



# Landtag von Baden-Württemberg

61. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 30. Januar 2004 • Haus des Landtags

Beginn: 9:30 Uhr

Schluss: 15:56 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	4319	c) <b>Einzelplan 06: Finanzministerium</b>	
1. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004)</b>		Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2806	
a) <b>Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr</b>		d) <b>Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung</b>	
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2810 . . . . .	4319	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2812	
Abg. Scheuermann CDU . . . . .	4319, 4331	e) <b>Staatshaushaltsgesetz 2004</b> – Drucksache 13/2706	
Abg. Göschel SPD . . . . .	4322, 4338	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2813	
Abg. Heiderose Berroth		2. <b>Haushaltsstrukturgesetz 2004</b> – Drucksache 13/2680	
FDP/DVP . . . . .	4323, 4327, 4339	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2816	
Abg. Boris Palmer GRÜNE . . . . .	4325, 4328, 4339	3. <b>Mittelfristiger Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2003 bis 2007</b> – Drucksache 13/2790	
Abg. Schebesta CDU . . . . .	4325	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2815 . . . . .	4362
Abg. Dr. Caroli SPD . . . . .	4325	Abg. Dr. Scheffold CDU . . . . .	4362
Minister Müller . . . . .	4331	Abg. Schmid SPD . . . . .	4363, 4378
Beschluss . . . . .	4340	Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . .	4366
b) <b>Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum</b>		Abg. Heike Dederer GRÜNE . . . . .	4370
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2808 . . . . .	4342	Abg. Reichardt CDU . . . . .	4374
Abg. Kiefl CDU . . . . .	4342, 4352	Minister Stratthaus . . . . .	4376
Abg. Teßmer SPD . . . . .	4344	Beschluss . . . . .	4379
Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	4347	Nächste Sitzung . . . . .	4383
Abg. Walter GRÜNE . . . . .	4349		
Minister Stächele . . . . .	4353		
Beschluss . . . . .	4360		

## Protokoll

über die 61. Sitzung vom 30. Januar 2004

Beginn: 9:30 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 61. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße diejenigen, die schon anwesend sind.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Herrmann CDU:  
Qualität! – Abg. Hauk CDU: Die Besten sind da!)

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Rust und Oelmayer erteilt.

Krank gemeldet sind die Herren Abg. Alfred Haas, Kretschmann und Nagel.

Dienstlich verhindert sind Herr Minister Professor Dr. Frankenberg und – heute Vormittag – Herr Minister Dr. Repnik.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Stichelberger SPD:  
Hauptsache, Frau Schavan ist da!)

Wir können dann in die Tagesordnung eintreten.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 (Staatshaushaltsgesetz 2004 – StHG 2004)**

**a) Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt und Verkehr**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2810**

**Berichterstatte(r)in: Abg. Heike Dederer**

Die Berichterstatte(r)in wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat eine Gesamtrededzeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Rededzeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was? – Abg. Kiefl CDU: Der ist doch krank! – Abg. Scheuermann CDU: Das bin ich nicht!)

– Entschuldigung!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Da gibt es schon Unterschiede! – Abg. Drexler SPD: Ja, jetzt!)

Ich habe noch an Herrn Kretschmann denken müssen, weil ich Sie fragen wollte, wie es ihm geht.

(Abg. Drexler SPD: Das nennt man „fausern“, Herr Präsident! – Abg. Blenke CDU: Ist das ansteckend?)

Bitte schön, Herr Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Immerhin stimmt der Vorname, und es stimmt der halbe Nachname.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Das sind schon 50 %! – Abg. Stichelberger SPD: Aber mehr wollen Sie nicht?)

– Bitte?

(Abg. Stichelberger SPD: Mehr wollen Sie nicht?)

– Dazu habe ich jetzt noch gar nichts gesagt. Das kommt im Verlauf meiner Rede.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn man für die CDU-Fraktion zum Haushalt des Umwelt- und Verkehrsministeriums sprechen soll, dann fällt einem das einmal schwerer und einmal leichter.

(Abg. Drexler SPD: Und wie ist es heute? – Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Heute, würde ich sagen, fällt es mir leichter, als es mir schon ab und zu gefallen ist. Dafür gibt es ein paar signifikante Beispiele.

Im Umwelt- und Verkehrshaushalt gibt es ein – zugegebenermaßen nicht sehr üppig ausgestattetes – Klimaschutzprogramm. Aber im Zuge der Sparmaßnahmen sollte auch an diesem Klimaschutzprogramm geknabbert werden. Dass es den Umweltpolitikern der Koalitionsfraktionen im Verbund mit unserem Minister gelungen ist, Sparmaßnahmen bei dem Klimaschutzprogramm abzuwenden, ist ein Grund, warum es mir heute leichter fällt, zu diesem Haushalt zu sprechen, als es schon einmal der Fall war.

(Abg. Drexler SPD: Aber wir klatschen jetzt noch nicht!)

Ein zweites Beispiel ist die Skihalle in Sasbachwalden.

(Abg. Drexler SPD: Ja, jetzt!)

(Scheuermann)

Das ist ein ganz typisches Beispiel für einen Konflikt, wie wir immer so schön sagen, zwischen Ökonomie und Ökologie. Dass dieser Konflikt dieses Mal eindeutig zugunsten der Ökologie gelöst worden ist, stärkt den Umweltpolitikern sicherlich den Rücken.

(Abg. Drexler SPD: Das liegt am schwachen Wirtschaftsminister!)

Jetzt sage ich noch etwas ganz vorsichtig dazu: Als Umweltpolitiker muss man sehr an sich halten, um bei einem solchen Objekt nicht zu unflätigen Äußerungen zu greifen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich als Drittes mit einer auffordernden Bitte an unseren Minister fortfahren. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz befindet sich im parlamentarischen Verfahren.

(Abg. Drexler SPD: In Berlin!)

– In Berlin. – Offensichtlich fällt die Sperre für die großen Wasserkraftanlagen. Herr Minister, jetzt habe ich die herzliche Bitte, dass Sie im Kabinett Ihren ganzen Einfluss geltend machen, um zu bewirken, dass die baden-württembergische Landesregierung der Novelle dieses Mal zustimmt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Lassen Sie uns ein paar Bedenken hintanstellen, damit die linke Seite hier in Zukunft nicht mehr sagen kann: „Was wollt ihr mit all euren Bekenntnissen zu regenerativen Energien? Wenn es darauf ankommt, stimmt ihr immer dagegen.“ So soll und darf es nach meinem Dafürhalten dieses Mal nicht sein.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: Unsere Reden wirken also! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wollen Sie einen Aufnameantrag von uns?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kollege Schebesta und ich haben uns den Part heute aufgeteilt.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Ich rede in erster Linie zur Verkehrspolitik, während er zur Umweltpolitik redet – mit Ausnahme dessen, was ich schon gesagt habe.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, zur Verkehrspolitik einige Grundsätze vorweg.

Wir lassen uns in der Verkehrspolitik leiten von den Grundsätzen Sicherheit, Umweltfreundlichkeit und Leichtigkeit des Verkehrs.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Leichtigkeit!)

Ein zweiter Grundsatz: Bei den Investitionen lassen wir uns davon leiten, dass eine moderne Infrastruktur von Straße und Schiene eine ganz wesentliche Voraussetzung für das weitere wirtschaftliche Gedeihen unseres Landes ist.

Zu den Grundsätzen unserer Verkehrspolitik gehört auch, dass wir angesichts der Prognosen in Bezug auf den Straßenverkehr bei uns gar nichts anderes machen können, als auch in der Zukunft die alternativen Verkehrsarten zum Straßenverkehr nachhaltig zu fördern, damit es uns gelingt – es muss uns gelingen –, dass wenigstens ein Teil des prognostizierten Verkehrszuwachses nicht auf der Straße stattfindet, sondern über alternative Verkehrsarten erfolgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man zur Verkehrspolitik spricht, muss man zunächst einmal darauf hinweisen, dass sie auch in einem Bundesland in sehr umfassender Weise vom Bund abhängig ist. Dazu nur ein paar Stichworte:

Wir erhalten jährlich fast 800 Millionen € an Regionalisierungsmitteln vom Bund.

(Abg. Drexler SPD: Geschenk!)

Investitionen im Bereich Bundesfernstraßen und bei der Bahn hängen ausschließlich von Entscheidungen auf der Bundesebene ab. Insofern muss man angesichts dessen, dass die Verkehrspolitik von bundespolitischen Voraussetzungen abhängt, sagen, dass es in diesem Bereich gegenwärtig alles andere als rosig aussieht.

Ich will zunächst einmal darauf hinweisen, dass wir in Baden-Württemberg mit den Regionalisierungsmitteln sicherlich erfolgreich und verantwortlich umgegangen sind. Letztlich ergibt sich das auch aus der Abstimmung mit der Fahrkarte. In den letzten Jahren haben wir vor allem bei der Inanspruchnahme des Schienenpersonennahverkehrs gewaltige Fortschritte erreicht.

(Abg. Drexler SPD: Das ist richtig!)

Ich füge in diesem Zusammenhang immer gern hinzu: Erfolge im ÖPNV zählen sicherlich auch zu den größten Erfolgen der baden-württembergischen Umweltpolitik. Denn jede Fahrt mit einem öffentlichen Verkehrsmittel ist eine vermiedene Fahrt mit dem Auto.

(Zurufe der Abg. Drexler SPD und Dr. Lasotta CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Bundesfernstraßen:

(Abg. Drexler SPD: Jetzt!)

Es ist noch gar nicht so lange her, dass von Ihrer Seite gesagt worden ist: „Endlich sind wir so weit,

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

dass Baden-Württemberg vom Bund jährlich so viel Geld erhält, wie es zu Zeiten unter der CDU noch nie der Fall war.“ Herr Drexler, wir sind uns sicherlich einig, dass dies für 2003 nicht gegolten hat.

(Abg. Drexler SPD: Noch nicht!)

Wir sind uns auch einig, dass dies für 2004 nicht gelten wird.

(Scheuermann)

(Abg. Drexler SPD: Da bin ich mir noch nicht sicher!)

Denn eine der größten Katastrophen der Politik in Berlin ist die Maut. Das Theater um die Maut ist einer der sinnfälligsten Beweise für die Art, wie in Berlin Politik gemacht wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Hat leider viel mit Stuttgart zu tun!)

Haben Sie in dem ganzen Geschacher um die Maut schon ein einziges Mal eine politische Entscheidung des Bundesverkehrsministers erlebt? Ich nicht. Er erzählt nur immer, worauf er bei den potenziellen Betreibern wartet. Wenn die Betreiber schließlich irgendeine Absicht erklären, sagt er: „Aber dieses Mal muss es wirklich so weit kommen.“ Wenn es dann dieses Mal doch nicht so weit kommt, spricht er wachsweiße Drohungen aus.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das Ende vom Lied sind Auswirkungen für uns. 2004 kriegen wir keinen Euro aus der Maut für Investitionen, und was noch viel schlimmer ist: Im Vertrauen auf die Maut haben Sie ja den Bundesverkehrshaushalt, was die Investitionen betrifft, noch gekürzt. Das heißt, wir kriegen nicht einmal mehr unseren üblichen, normalen Anteil an Investitionsmitteln aus dem Bundesfernstraßenhaushalt.

Meine Damen und Herren, ähnlich groß sind unsere Sorgen um die Bahninvestitionen. Angekündigt ist vieles, und wir sind auf diese Investitionen auch sehr angewiesen. Bloß glaube ich nicht, dass irgendjemand im Saal ist, der auch nur eine der angekündigten großen Bahninvestitionen in Baden-Württemberg heute quer schreiben würde. Es ist doch unser Problem, dass wir lange brauchen, bis etwas einmal so weit ist, dass es ins Werk gesetzt werden kann, und dass heute niemand auch nur bei einer einzigen Maßnahme sagen kann, wann es tatsächlich losgeht – wenn es denn losgehen sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt, wenn ich so sagen darf, zu dem Landesanteil der Verkehrspolitik. Lassen Sie mich mit den Landesstraßen beginnen. Wenn ich es richtig gesehen habe, gibt es von der Opposition Anträge, aus den Sonderprogrammen auszusteigen.

(Abg. Drexler SPD: Von uns nicht!)

– Ich habe gesagt: von den Oppositionsfractionen,

(Abg. Göschel SPD: Von einer Fraktion!)

weil mir im Moment nicht ganz klar war, von welcher. Nachdem Sie mich aber aufgeklärt haben, Herr Drexler: Die Anträge kommen also von den Grünen. Da kann ich nur sagen: Jeder möge uns vor entsprechenden Schritten bewahren, denn die Sparmaßnahmen haben uns jetzt so weit gezwungen, dass wir für Investitionen im Landesstraßenbau keine ordentlichen Haushaltsmittel mehr haben. Wenn Sie dann noch die Sonderprogramme streichen, haben Sie nicht nur einen Schritt getan, um die Höhe der Investitionen im Landesstraßenbau unter die für den ÖPNV zu bringen, sondern Sie haben den Landesstraßenbau ganz zum Erliegen gebracht.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Scheuermann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Abg. Scheuermann CDU:** Gern.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Was spricht denn dagegen, die Investitionen in den Landesstraßenbau ordentlich im Haushalt auszuweisen?

**Abg. Scheuermann CDU:** Dagegen spricht schlicht, dass ich gespannt bin, woher Sie entsprechende Finanzierungsmittel nehmen, ohne dass wir Ihnen wieder entgegen müssen: Eigentlich sind Ihre Deckungen nur Luftbuchungen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Dann müssen Sie halt ehrliche Schulden machen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum ÖPNV nur ein einziges Problem ansprechen. Ich glaube, da stoße ich auch auf Widerhall bei den Oppositionsfractionen. Wir geben jährlich – wie viel? – gut 50 Millionen € für Zuschüsse an Verbände aus, und zwar unter dem Oberbegriff „Förderung der verbundbedingten Mehrkosten“. Mittlerweile haben wir faktisch das ganze Land mit Verbänden und Kooperationen überzogen. Und was beobachten wir? Dass es außerordentlich schwierig ist, Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Verbänden zu erreichen, und dass es noch schwieriger ist, den Flickenteppich von Verbänden, den wir in Baden-Württemberg haben, ein wenig grobmaschiger zu machen, indem wir Verbände zusammenlegen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Jetzt haben wir in unserem zuständigen Fachausschuss einen Antrag, der in eine entsprechende Richtung zielt. Ich will heute auch sagen, dass bei den Ausschussmitgliedern der CDU-Fraktion große Sympathie dafür besteht, die Zuschüsse für Verbände ihrem Zweck nach ein klein wenig umzusteuern, nämlich in Zukunft auch Zuschüsse für verbundbedingte Mehrkosten, die die Durchlässigkeit der Verbände ermöglichen,

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und genauso Zuschüsse für den Zusammenschluss von Verbänden zu geben.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich habe die große Hoffnung, dass wir in diesem Punkt im Ausschuss zu einem interfraktionellen Antrag kommen, der dann sicherlich auch hier im Parlament verabschiedet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die finanziellen Verhältnisse sind so, wie sie sind, und sie gehen natürlich auch an Investitionen –

(Abg. Dr. Caroli SPD: Dem kann niemand widersprechen! – Heiterkeit)

(Scheuermann)

– Dann ist es ja gut. Es kommt selten vor, dass Sie das zu mir sagen, Herr Kollege.

(Heiterkeit – Abg. Teßmer SPD: Sie sagen auch selten so Richtiges! – Heiterkeit)

Deswegen haben wir es auch mit Kürzungen um jeweils etwa 30 Millionen € bei unseren Investitionen im GVFG-Kommunalstraßenbau und im ÖPNV zu tun.

Nun ist die Frage: Wie bewältigen wir diese Kürzung der Investitionsmittel? Wir haben zwei Alternativen. Wir können sagen: Wir lassen die Förderbedingungen, wie sie sind. Dann kommen eben entsprechend weniger Anträge zum Zuge. Oder wir sagen: Lasst uns überlegen, ob wir die Förderbedingungen verschärfen und damit nach wie vor, wie in der Vergangenheit, praktisch jeden berechtigten Antrag zum Zuge kommen lassen können. Wir haben uns zusammen mit dem Minister für die letztere Alternative ausgesprochen. Deswegen kommt es zu einer Verschärfung der Förderbedingungen mit allen nachteiligen Folgen, die das natürlich für eine konkrete Investition hat, aber das scheint uns unvermeidlich zu sein.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch ein paar Sätze zur Verkehrssicherheit sagen. Ich glaube – da wird mir Herr Caroli auch nicht widersprechen –, wir alle haben uns gefreut, als wir dieser Tage in der Zeitung gelesen haben, dass es im Jahr 2003 die geringste Zahl an Verkehrstoten in Baden-Württemberg und auch in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, seit es die entsprechende Statistik gibt. 784 Verkehrstote in Baden-Württemberg sind natürlich immer noch viel zu viel. Aber die Tatsache, dass wir im vergangenen Jahr die bisher geringste Zahl an Verkehrstoten hatten, zeigt doch, dass wir mit unseren Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf dem richtigen Weg sind. Nicht alles, was zur Verkehrssicherheit beiträgt, sind Erfolge der Politik.

(Abg. Fischer SPD: Jawohl!)

Die technischen Verbesserungen bei den Fahrzeugen zur Erhöhung der passiven und der aktiven Sicherheit dürfen wir nicht außer Acht lassen. Aber gleichwohl sind wir, glaube ich, mit dem, was wir machen, auf dem richtigen Weg, und die statistischen Zahlen zu den Unfallfolgen belegen uns das.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluss noch einmal sagen: Wir sind mit unserer Verkehrspolitik auf einem guten Weg. Wir machen Ernst mit der Förderung des ÖPNV und des SPNV als Alternativen zum Straßenverkehr.

Wir bedauern Verzögerungen bei den Investitionen des Bundes. Dazu möchte ich sagen: Der Bund soll sich sehr genau überlegen, ob er Investitionen verzögert. Verkehrsinvestitionen sind eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Man kann mit verzögerten Verkehrsinvestitionen die gute wirtschaftliche Situation der süddeutschen Bundesländer beeinträchtigen. Dagegen wehren wir uns. Das möchten wir auf gar keinen Fall erleben.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Fraktionen. Ich nehme immer noch

an, dass wir in unserem Fachausschuss, bei allen sachlichen Gegensätzen, ein persönlich ordentliches Klima haben. Dafür herzlichen Dank! Ich bedanke mich vor allem bei unserem Minister. Ich habe an der Art und Weise, wie wir zusammenarbeiten, nichts auszusetzen. Dafür vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Gute Rede!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

(Abg. Capezzuto SPD: Frau Fauser ist nicht da! – Gegenruf von der SPD: Ausgetreten! – Gegenruf des Abg. Stickelberger SPD: Damit wäre allen gedient! – Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

**Abg. Göschel SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kollege Scheuermann hat am Ende seiner Rede etwas angedeutet, was auch ich unterstreichen kann, dass es nämlich in vielen Bereichen der Diskussion, insbesondere über den Verkehr, großes Einvernehmen im Landtag gibt, weniger mit den Grünen, aber auf alle Fälle zwischen den beiden großen Fraktionen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: So stimmt's! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Buh!)

Ich kann gleich konkret auf das eingehen, was der Kollege Scheuermann zum ÖPNV und zur Verbundförderung gesagt hat. Seine Aussage, dass durch eine entsprechende Förderung die Durchlässigkeit zwischen den Verbänden und durch eine entsprechende Förderregelung auch der Zusammenschluss von Verbänden verstärkt werden kann, kann ich eigentlich nur unterstützen. Wir unterscheiden uns lediglich darin, dass wir das schon sehr viel früher und sehr viel stringenter gefordert haben.

Wobei ich Ihnen allerdings nicht zustimmen kann, Herr Scheuermann, ist das Thema „Neuregelung der Förderbedingungen im ÖPNV“. Über die Höhe der Fördersätze kann man reden. Angesichts der Mittelverknappung muss man darauf achten, dass man möglichst viele Maßnahmen fördern und unterstützen kann. Nur, der vorgesehene Selbstbehalt von 100 000 € bedeutet für kleine Maßnahmen, dass sie kaum noch zu 50 % gefördert werden. Damit werden ÖPNV-Investitionen im ländlichen Raum abgewürgt.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Die Benachteiligung des ländlichen Raumes durch eine solche Förderrichtlinie kann von uns nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Noch ein Wort zum Mautdesaster, das Herr Scheuermann auch angesprochen hat. Dazu habe ich klare Worte gegenüber den „Stuttgarter Nachrichten“ geäußert. Zusammengefasst: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Ein Neuanfang wäre sicher gut. Nur, eines muss ich auch noch sagen. Es handelt sich leider – leider, muss ich sagen, weil eine große baden-württembergische Firma maßgeblich beteiligt ist – in erster Linie um ein Versagen

(Göschel)

der Industrie und nicht der Politik. Ich gebe zu bedenken: Wollen Sie einem ostdeutschen Minister ernsthaft vorwerfen, dass er übergroßes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit zweier westdeutscher Weltfirmen und Vertrauen in die Verlässlichkeit der gemeinsamen Firmentochter Toll Collect gehabt hat und nicht von vornherein angezweifelt hat, dass diese Firma verlässlich ist?

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das Problem ist, dass er kein Vertrauen in sein Ministerium hat!)

Wir bedauern natürlich die Konsequenz fehlender Mittelaufnahmen in gleicher Weise.

Zur Landespolitik, denn wir sprechen heute in erster Linie über den Landeshaushalt. Da kann man es sich wirklich etwas leicht machen, denn viel ist darin gar nicht enthalten.

Ich habe mich nicht groß mit den zwangsläufigen Ausgaben beschäftigt, denn die sind zwangsläufig, wie der Name schon sagt. Aber bei Betrachtung der Mittelausstattung im Haushalt fällt auf: Das Land ist weiterhin gut mit Bundesmitteln ausgestattet – trotz der leider schmerzhaften Kürzungen, die uns die Beschlüsse des Vermittlungsausschusses auch da gebracht haben, aber zumindest abgemildert und bei den Regionalisierungsmitteln nur vorübergehend.

Doch auf der Suche nach originären Landesmitteln im Etat des Verkehrsministeriums stößt man auf drei „K“: Kürzungen, Kürzungen und nochmals Kürzungen. Wir sind der Meinung: Diese Fehlanzeige kann so nicht hingenommen werden. Deswegen haben wir entsprechende Erhöhungsanträge gestellt. Denn der einzige Verkehrsbereich, in dem noch nennenswert Geld investiert wird, das nicht direkt vom Bund kommt, ist der Landesstraßenbau. Dazu gilt: Erstens ist es viel zu wenig Geld – deswegen haben wir die schon angesprochenen Erhöhungsanträge gestellt –, und zweitens wird das Wenige auch noch auf Pump finanziert.

Ich frage mich angesichts dieser Tatsachen, ob wir überhaupt noch ein Landesverkehrsministerium brauchen.

(Zuruf der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Vielleicht täte es auch eine Abteilung in einem anderen Ministerium. Manchmal kommt es mir vor, als hätten wir mit dem Verkehrsministerium eine Drittmittelverwaltung und sonst nichts. Kurzum, der Etat im Verkehrsbereich ist eine einzige Kapitulationserklärung des Ministers. Erschwerend kommen noch die Vorgaben der globalen Minderausgaben hinzu. Im Grunde genommen ist der Haushalt in diesem Bereich schon jetzt Makulatur, obwohl er noch gar nicht verabschiedet ist.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einmal, weil das auch nachhaltige Auswirkungen auf den Haushalt haben wird, etwas zur Verwaltungsreform sagen. Als die Verwaltungsreform vom Ministerpräsidenten überfallartig verkündet wurde, hat er auch die Landesstraßenbauverwaltung nicht verschont, obwohl er nur wenige Monate zuvor stolz – zumindest erschien es so – gemeinsam mit dem Verkehrsminister verkündet hat, dass man jetzt endlich eine über lange Zeit tragende Reform der Straßenbauverwaltung gefunden habe, nämlich, was auch

wir begrüßt haben, dass auf Ebene der Ämter eine Zusammenfassung zu 18 integrierten Ämtern, von denen neun Autobahnzuständigkeit haben, erfolgte.

Dieses gute Ergebnis ist durch die jetzt mit der neuen so genannten Verwaltungsreform vorgesehene Zerstückelung der Straßenbauverwaltung in viele kleine Teile, Bruchstücke, leider sofort wieder rückgängig gemacht worden. Der Gipfel des Unsinn in diesem Bereich, will ich einmal sagen, ist es, dass die Zuständigkeit für Landes- und Bundesstraßen aufgesplittet worden ist: Für Planung, Bau und Erhalt sind die Regierungspräsidien zuständig, für Unterhaltung und Betrieb hingegen die „Kreisstraßenbauämter“, die es künftig geben soll. Wo aber die Grenze zwischen Erhalt und Unterhalt ist, weiß niemand so genau. Angesichts der zu erwartenden Mittelknappheit wird es ein Schwarzer-Peter-Spiel geben.

Kurzer Rede langer Sinn: Wer Ämterchaos sät, wird Schlaglöcher ernten.

(Heiterkeit)

Wir Sozialdemokraten werden diesen Irrweg nicht mitgehen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass wir nicht zum gemeinsamen Ernteeinsatz losziehen müssen, Herr Kollege Göschel, sondern dass die Organisation weit besser laufen wird, als Sie jetzt wieder mutmaßen.

Das Ministerium heißt bekanntermaßen „Ministerium für Umwelt und Verkehr“, und deshalb möchte ich meinen Redebeitrag auch mit Ausführungen zum Bereich Umwelt beginnen. Das ist übrigens derjenige, der weit mehr von Kürzungen verschont wurde. Ich halte das auch für richtig.

Der Haushalt insgesamt ist kein Anlass für einen Freuden ausbruch – das ist klar –, allerdings kann die Landespolitik am allerwenigsten etwas dafür. Mein Dank gilt ausdrücklich dem Ministerium, das mit großer Verantwortlichkeit, Sachverstand, Mut und Augenmaß einen der Lage angemessenen Haushalt vorgelegt hat. Ich bedanke mich insbesondere auch dafür, dass wir die Grundlagen für den Haushalt in relativ vielen vorbereitenden Gesprächen eigentlich miteinander erarbeitet haben. Ich denke, so sieht vernünftige Koalitionsarbeit aus.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dieser Haushalt beinhaltet allerdings, wie schon gesagt, nicht das Wünschenswerte, sondern das finanziell Machbare. Es ist eine Leistung, dass wir im Umweltbereich die Mittel stabil halten konnten.

Es gibt Schwerpunkte, zum Beispiel beim Klimaschutz. Das wurde schon erwähnt. Wir haben es geschafft, die Kürzungen in diesem Bereich wieder rückgängig zu machen. Der Haushaltsansatz zugunsten der kommunalen Klimaschutz-

(Heiderose Berroth)

programme wurde sogar erhöht, und es gilt nach wie vor, dass bei uns jeder Euro wesentlich effizienter eingesetzt wird als bei den entsprechenden Bundesprogrammen.

Ein wichtiger Faktor beim Klimaschutzprogramm sind in der Tat die Kraftwerke. Ich möchte das, was Kollege Scheuermann dazu gesagt hat, unterstützen. Auch Baden-Württemberg sollte voll und ganz hinter der Großen Wasserkraft stehen und die entsprechenden Beschlüsse im Bundesrat auch mittragen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Man braucht bei der Energiegewinnung einen preiswerten, umweltverträglichen und sicheren Mix, und deswegen braucht man die unterschiedlichsten Arten der Energiegewinnung. Man darf nicht nur auf eine Art der Energieerzeugung setzen, und zwar auch nicht nur auf die regenerativen Energien, weil die in der Regel eben nicht jederzeit verfügbar sind.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Große Erfolge hat das Land im Bereich Abwasser erzielt. Da gilt mein Dank insbesondere den Gebührenzahlern; denn die haben das über die Verbrauchsgebühren voll bezahlt. Wir können diese Last jetzt allerdings nicht weiter ansteigen lassen. Wir hatten ja kürzlich im Ausschuss die Aussage, dass die Abwasseraufgaben zu einem ganz großen Teil erledigt sind. Ich möchte hier noch einmal öffentlich dazu auffordern: Wir sollten auf den Rest verzichten und nicht noch den letzten Aussiedlerhof an eine sachgerechte Abwasseranlage anschließen wollen; denn das wäre unverhältnismäßig teuer. Mit dem gleichen Geld können wir durch Mittelumschichtung weit effizientere Maßnahmen an anderer Stelle finanzieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Gewässerökologie, Hochwasserschutz und Auenschutz sind die weiteren Themen. Ein großer Punkt davon ist das Integrierte Rheinprogramm. Auch da sollten wir weiterhin sehr umsichtig vorgehen und genau schauen, wo es sich im Verhältnis zu dem dabei erzielbaren Erfolg lohnt, große Beträge zu investieren. Von vielen Maßnahmen beim Rheinprogramm – ich erinnere an die Anhörung, die wir hier vor zwei Jahren hatten – weiß man noch nicht, wie sie sich auf die Ökologie auswirken. Wir müssen die ersten Maßnahmen umsetzen und danach noch einmal genau schauen, wie sinnvoll sie sind und in welche Richtung wir weitermachen wollen. Wir halten nichts davon, das mit der Brechstange durchzusetzen.

Allerdings werden immer mehr Entscheidungen des Landtags vor allem auch im Umweltbereich von der EU vorgegeben. Der in diesem Jahr noch stattfindenden Europawahl kommt ein ganz besonderes Gewicht zu. Die FDP/DVP ist für mehr parlamentarischen Einfluss und für eine Stärkung des EU-Parlaments. Ich hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger dem durch intensive Teilnahme an der Wahl entsprechend Rechnung tragen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Ihre Partei heißt bei Wahlen nicht mehr „DVP“! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Weitere Themen sind Flächenverbrauch und Bodenschutz. Beim Flächenverbrauch sind wir uns alle einig, was wir wollen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nein, nein!)

– Wir sind uns sehr wohl darüber einig, was wir wollen, Herr Dr. Caroli.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Und was wird getan?)

Allerdings muss man genau sagen, dass noch von keiner Seite – das sage ich ganz ehrlich – der Weg aufgezeigt worden ist, wie man da etwas Vernünftiges erreicht. Daran sollten wir miteinander weiter arbeiten. Keiner hat ein überzeugendes und durchgreifendes Projekt. Sicherlich müssen wir alle in kleinen Schritten an verschiedener Stelle dabei aktiv sein, denn den großen Wurf wird es nicht geben.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Deshalb unterstützt unsere Fraktion die zu diesem Thema eingesetzte Arbeitsgruppe, die nach Lösungen sucht.

Was den Bodenschutz angeht, so haben wir eindeutig einen Fortschritt bei der Klärschlammausbringung in Baden-Württemberg erzielt. Das hat neue Technologien gefördert. Die Klärschlamm-trocknung und die Energiegewinnung in diesem Bereich wurden weiterentwickelt. An diesem Thema müssen wir dranbleiben.

In der Abfallpolitik wird es Ende des Jahres 2005 mit dem Ende der Deponierung von unbehandelten Abfällen sowieso eine wesentliche Veränderung geben. Unser intensiver Anstoß geht noch einmal dahin, die Engpässe bei der Verbrennungskapazität ernst zu nehmen. Herr Minister, wir hatten dazu einen Antrag gestellt. Im Ausschuss haben Sie uns noch gesagt, das sei alles kein Problem. Drei Monate später habe ich plötzlich aus der Zeitung Ihre großen Bedenken vernommen.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Was hören wir denn da?)

Es ist schön, wenn Sie unsere Anstöße aufgreifen, aber wir können das künftig auch miteinander bedenken. Wir werden ein Problem beim Abfall bekommen. Hier fordern wir noch einmal deutlich dazu auf: Das Land muss das Autarkieprinzip aufgeben, damit wir eine vernünftige Lösung finden können:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

mehr Markt, mehr Wirtschaftlichkeit und eine Entlastung der Gebührenzahler.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Kollege Scheuermann hat eine gute Rede gehalten.

(Abg. Hauk CDU: Ein guter Mann hält gute Reden!)

Leider hat er aber eine gute Rede über einen schlechten Haushalt gehalten, denn dieser Haushalt bedeutet Sparen auf Kosten der Kommunen, Sparen auf Kosten der Umwelt und Sparen auf Kosten der Zukunft. Warum das so ist, erkläre ich Ihnen in der zweiten Runde.

(Heiterkeit)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

**Abg. Schebesta** CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wie Herr Kollege Scheuermann angekündigt hat, will ich in dieser Haushaltsdebatte einige Punkte zum Bereich Umwelt ansprechen.

Herr Göschel, erlauben Sie mir nur eine Bemerkung zu Ihrer Rede über den Verkehrsbereich. Sie gehören der Partei an, die den Minister stellt, der für die ausbleibenden Mittel für den Bundesfernstraßenbau durch den Wegfall der Einnahmen aus der Lkw-Maut verantwortlich ist und somit auch dafür, was im Vorfeld im Haushalt geschehen ist. Deswegen wäre ich sehr vorsichtig mit dem Fordern von Konsequenzen aus den Haushaltszahlen im Land für die Geschäftsverteilung im Bereich der Landesregierung. Erlauben Sie mir nur diesen Hinweis zu Ihren Ausführungen.

Zum Umweltbereich, bei dem ich insbesondere mit Blick auf den Klimaschutz etwas sagen will. In der Plenarsitzung vom 26. November 2003 haben wir die Große Anfrage der Fraktion der CDU – Zwei Jahre Umweltplan Baden-Württemberg – eine erste Zwischenbilanz – diskutiert. Natürlich müssen sich alle Maßnahmen, die wir in der Landespolitik treffen – also auch dieser Haushalt, selbst wenn es sich um einen Sparhaushalt handelt –, an den Zielen des Umweltplans messen lassen.

Zum Klimaschutz: Wir haben für diesen Bereich schon im Haushaltsentwurf Erhöhungen der Mittel aus dem Kommunalen Investitionsfonds von 4 Millionen € auf 5 Millionen € vorgesehen. Mit den Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses werden die Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden, Gemeindeverbände und private Unternehmen um insgesamt 1 Million € erhöht. Damit haben wir, was nicht bei vielen Titeln und Titelgruppen vorkommt, für die Titelgruppe 85 ebenfalls eine Erhöhung der Mittel gegenüber dem Vorjahr erreicht.

Im Jahr 2004 stehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds und aus der Titelgruppe 85 mehr Mittel als im Jahr 2003 zur Verfügung. Mit Ausgaben in entsprechender Größenordnung ist überhaupt erst im Jahr 2002 begonnen worden. Was das in den angespannten Haushaltsjahren, die wir derzeit erleben, heißt, muss ich nicht betonen. Damit kann das „Klimaschutz-Plus“-Programm fortgeführt werden.

Meine Damen und Herren, dass die SPD nicht die Größe hat, diese Mehrausgaben anzuerkennen, sondern meint, noch etwas obendrauf setzen zu müssen, finde ich bedauer-

lich. Ich will dazu nur aus dem Bericht der betreffenden Sitzung des Finanzausschusses einen Abgeordneten der Grünen zitieren, der zu Ihrem Änderungsantrag zum Klimaschutz, meine Damen und Herren von der SPD, gesagt hat: nicht finanzierbar.

Gleiches gilt, wenn wir über den Klimaschutz sprechen, auch für das Energieeinsparprogramm Altbau, über das gestern bei der Beratung des Haushaltsplans des Wirtschaftsministeriums gesprochen worden ist. Wir haben hier eine Fortführung erreichen können, wenn auch nur in der Größenordnung von 0,75 Millionen € – aber eine Fortführung wurde erreicht. Auch zu unserem Entschließungsantrag wurde gestern vonseiten der Grünen Respekt geäußert. Der SPD fällt nur ein, zusätzliche Mittel zu fordern.

(Zurufe der Abg. Göschel und Regina Schmidt-Kühner SPD)

Ich stelle fest: Es wird mehr gemacht, als im Haushaltsplanentwurf vorgesehen – auf Initiative der Regierungsfractionen. Dies halte ich für einen großen Erfolg.

Auch im Bereich der Holzhackschnitzelanlagen – der Einzelplan des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum wird im Anschluss aufgerufen – wurde im Zuge der Haushaltsberatungen erreicht, dass ein Sperrvermerk über 500 000 € für die eingestellten Mittel aufgehoben werden kann, womit neue Bewilligungen für solche Anlagen in diesem Jahr erfolgen können.

„Noch mehr“ wäre sicherlich besser, aber für den Klimaschutz sind im Haushalt – wenn er so verabschiedet wird, wie es der Finanzausschuss dem Landtag empfohlen hat – gegenüber dem Entwurf 2,25 Millionen € mehr vorgesehen. Dies halte ich für ein deutliches Signal, dass wir bereit sind, für den Klimaschutz mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, und dies heißt etwas in Zeiten einer angespannten Haushaltssituation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Mit Blick auf die Redezeit nur noch einen Hinweis: Das Gleiche gilt auch für den Hochwasserschutz. In schwierigen Zeiten sind in den letzten Haushaltsjahren zusätzliche Mittel eingestellt worden, deren Höhe wir im Haushaltsplanentwurf 2004 auch halten können.

Damit komme ich zum Ende. Es kann sich sehen lassen, was wir im Land Baden-Württemberg – auch an Finanzmitteln – für die Umweltpolitik übrig haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Caroli.

**Abg. Dr. Caroli** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Palmer hat eine gute Rede gehalten, vor allem, weil sie so kurz war.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Das rächt sich nachher wieder!)

(Dr. Caroli)

Als Umweltpolitiker möchte ich Herrn Kollegen Scheuermann ausdrücklich beipflichten, dass er begrüßt hat, dass der Moloch in Sasbachwalden abgewendet wurde. Aber, meine Damen und Herren, damit ist es mit der Einigkeit auch schon weitgehend vorbei.

Eine Fülle von Umweltaufgaben ist in Baden-Württemberg zu bewältigen. Leider spiegelt sich dies aber im Haushalt nicht wider. Das zentrale Programm Klimaschutz wird, wenn auch unterfinanziert, zwar fortgeführt, dies ist aber – Herr Schebesta, jetzt gehe ich direkt auf das ein, was Sie gesagt haben – kein Signal für die bitter nötige Energiewende. Weder verringert es die Unabhängigkeit unserer vor sich hin alternden Kernkraftwerke, noch gibt es merkliche Impulse für die Erreichung der Klimaschutzziele.

(Abg. Schebesta CDU: Sind Sie jetzt dafür oder nicht?)

Festzustellen ist: Baden-Württemberg lässt die Bundesregierung auf diesem ehrgeizigen, aber wichtigen Weg im Stich, denn die rot-grüne Bundesregierung hält trotz aller Haushaltswidrigkeiten Kurs.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, warum haben Sie nicht den Mut und die Weitsicht, durch weitere Umschichtungen im Haushalt die Förderung von Energieeinsparungen und von erneuerbaren Energien deutlich zu verbessern?

(Beifall bei der SPD und des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Herr Schebesta, die 1 Million €, die Sie angesprochen haben und die Sie dadurch wieder konterkarieren, dass Sie die Förderung der Sanierung im Altbau heruntergefahren haben, reicht doch bei weitem nicht aus.

(Abg. Schmiedel SPD: Lächerlich!)

Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen drei Anträge eingebracht, die zusammen 10 Millionen €, seriös gegenfinanziert, zusätzlich in den Bereich Klimaschutz und Ausbau der erneuerbaren Energien lenken würden. Damit würde zusammen mit den bestehenden Haushaltsansätzen im Umwelt- und im Agrarbereich eine Gesamtsumme von knapp 20 Millionen € an Landesmitteln erreicht.

Ich verweise auf die von Herrn Minister Döring in Auftrag gegebene Studie mehrerer Institute, in der es heißt, die Szenarioanalysen zeigten – Zitat –, „dass der Ersatz eines hohen Anteils Kernenergie in der Stromversorgung möglich ist, ohne klimapolitisch Schiffbruch zu erleiden“. Und jetzt kommt das Entscheidende für die Landespolitik:

*Allerdings muss dieser Umstieg mit sehr engagierten Anstrengungen in den klimastrategisch wichtigen Segmenten effizienter Stromeinsatz, Kraft-Wärme-Kopplung und regenerative Energien einhergehen.*

Genau diese Bemühungen haben sich in Ihrem Haushalt nicht niedergeschlagen.

In der Studie für das Szenario Nachhaltigkeit, mit dem die angesprochenen Ziele erreicht würden, müsste das Land jährliche Leistungen von 17 Millionen € für die Jahre 2002/

2003 und sogar 35 Millionen € im Jahr 2005 erbringen. Hinzu kommen die erheblichen Mittel, die durch Bundesprogramme und Kommunen sowie durch die Einspeisevergütungen aus dem EEG einfließen. Mit dieser Summe, meine Damen und Herren, wäre das Land bei ca. 25 % der Gesamtförderung für diesen Bereich, was im Vergleich zu anderen Förderbereichen absolut üblich ist und in Bayern und in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren auch so praktiziert wurde.

Mit unseren Anträgen zum Haushalt kämen wir auf 20 Millionen € für 2004, womit wir in etwa auf diesen Pfad einschwenken würden. Sie aber bleiben jenseits aller Leitplanken, die die Gutachter und Wissenschaftler als praktikabel und zielführend ansehen.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Ich bedauere im Übrigen, dass die grüne Fraktion keine Möglichkeit gesehen hat mitzuziehen.

(Abg. Schebesta CDU: Das spricht ja wohl für sich!)

– Ach, Herr Schebesta, Sie haben sich jetzt sicherlich Mühe gegeben mit diesem Zwischenruf, aber er hätte etwas qualifizierter ausfallen können.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Für die Eindämmung des Flächenverbrauchs, der von Frau Berroth angesprochen worden ist, wurde schon in der Vergangenheit zu wenig getan. Schöne Zielvorstellungen im Umweltplan und richtige Analysen ersetzen aber nicht das notwendige Handeln. Im neuen Haushalt finden wir dazu nichts. Es wird wohl bei winzigen Pilotprojekten in einzelnen Kommunen bleiben; das aber bremsst diese verhängnisvolle Entwicklung nicht einmal.

Das Statistische Landesamt hat eine Entwicklung des Flächenverbrauchs bis zu über 15 Hektar pro Tag in Baden-Württemberg vorausgesagt. Ganze 999 000 € sind für den Bodenschutz im Haushalt veranschlagt, davon nur knapp die Hälfte für die Eindämmung des Flächenverbrauchs. Das passt nicht zu den regelmäßig wiederkehrenden Aussagen unseres Ministers, Herrn Müller, dass es sich hierbei um das größte Problem im Umweltbereich handle.

Meine Damen und Herren, Naturkatastrophen nehmen leider keine Rücksicht auf Haushaltsengpässe und Steuerausfälle. Es bleibt zu hoffen, dass die großen Projekte zum Hochwasserschutz, insbesondere am Rhein, nun auch zügig Gestalt annehmen und schon vor dem nächsten Jahrhunderthochwasser wirksam sein werden. Wenig hilfreich sind in diesem Zusammenhang die Aktivitäten einiger Landtagsabgeordneter der CDU und des ehemaligen Staatssekretärs Ruder, die aus populistischen Gründen den Beschluss aller Fraktionen dieses Hauses konterkarieren.

Meine Damen und Herren, wir, die Fraktionen dieses Landtags, haben beschlossen, dass das Integrierte Rheinprogramm an allen 13 Standorten zügig durchgeführt wird und dass im Verfahren auf die Sorgen und Bedürfnisse vor Ort Rücksicht genommen werden soll und auch Änderungen

(Dr. Caroli)

durchaus möglich sein sollen. Dazu sollten Sie aber stehen und nicht die Strategie der gespaltenen Zunge anwenden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, die Umweltpolitik ist bei der Landesregierung leider immer noch das fünfte Rad am Wagen.

(Zuruf des Abg. Schebesta CDU)

Ich nehme einige Abgeordnete ausdrücklich aus, die den Zusammenhang von Ökologie, Sozialem und Ökonomie verstanden haben und sich für eine nachhaltige Politik in diesem Land einsetzen. Namen nenne ich nicht,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Stickelberger SPD: Schade!)

denn das Lob eines Sozialdemokraten führt bei Ihnen in der Regel nicht zu einem Karrieresprung.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Meine Damen und Herren, im Haushalt fehlt die durchgreifende Zielsetzung einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise in unserem Land. Wir mahnen das stetig an. Die Verwaltungsreform verschlechtert sogar die Situation für die naturnahe Forstwirtschaft, für den Naturschutz und für den Hochwasserschutz, weil sie die zuständigen Behörden zerschlägt und zersplittert. Wir werden deswegen den vorgelegten Haushaltsansatz grundsätzlich ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Herr Dr. Caroli, vielen Dank für Ihre persönliche Fürsorge. Ich werde Sie jetzt auch nicht loben, damit auch Sie keine Probleme bekommen.

(Zuruf des Abg. Gaßmann SPD)

Ich möchte aber lobend erwähnen, dass der weibliche Teil der Landesregierung zu 100 % anwesend ist. Ich denke, das ist positiv zu vermerken.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der Verkehrsteil dieses Haushalts steht unter totalem „Mautvorbehalt“. Das heißt, eigentlich könnte man ihn gleich abschreiben. Ich weiß nicht, mit welcher Chuzpe Verkehrsminister Stolpe gestern noch einmal verkünden konnte, man müsse sich um die Finanzierung keine Sorgen machen. Hat er inzwischen einen Gelddrucker organisiert? In welchem Keller in Berlin steht dieser? Es wäre interessant, dem einmal nachzugehen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Goldesel!)

Weitere Einschränkungen von Bundesseite resultieren natürlich auch aus der Kürzung der Regionalisierungsmittel.

Die Herren Koch und Steinbrück haben eine recht verwegene Definition dessen, was sie unter Subvention verstehen. Diese Definition können wir nicht nachvollziehen. Baden-Württemberg hat das Ganze im Bundesrat nur zähneknirschend passieren lassen, weil es im Verbund mit anderen Fakten stand, die uns sehr wichtig waren.

Leider muss das alles auch im Landtag diskutiert werden, obwohl es Bundesthemen sind, weil gerade beim Verkehr – wie übrigens auch beim Umweltschutz – ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen notwendig ist. Sie können nicht Bundesstraßen, Landes- und Kreisstraßen separat voneinander planen, weil diese Straßen aneinander anschließen. Ein größerer Teil der Vorhaben wird auch gemeinsam finanziert und gemeinsam umgesetzt.

Die Verwaltungsreform wurde angesprochen. Ich verhehle nicht, dass wir eigentlich die erst Anfang letzten Jahres beschlossene Lösung bei der Straßenbauverwaltung, nachdem wir lange darüber diskutiert haben, für richtig gehalten haben. Das wird jetzt anders geplant. Ich sage Ihnen als Organisationsfachfrau: Die Welt wird deshalb nicht untergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Man kann in Organisationsfragen die gleichen Ziele gut auf ganz unterschiedlichen Wegen erreichen. Wir werden schauen, dass wir das auch so ordentlich hinbringen und dass vor allem auch für das Personal genügend Fürsorge getragen ist.

(Zuruf des Abg. Stickelberger SPD)

Ein wichtiges Anliegen ist mir dabei zum Beispiel, dass die Straßenbaumeister auch künftig solide ausgebildet und gut weitergebildet werden.

(Abg. Göschel SPD: Das nützt Ihnen nichts, wenn Sie kein Geld haben!)

Aber das ist ein Thema, bei dem wir auch im Rahmen der Verwaltungsreform noch etwas aufpassen müssen.

Was Herr Palmer bisher noch nicht gesagt hat, steht ja heute in der Zeitung: Die Grünen wollen die geplante Kürzung der Fördermittel im Nahverkehr verhindern. Er behauptet, das Land bremse Bahnen und Busse aus. Sie verbrämen Ihre Ideologie jetzt mit hehren Umweltzielen. Sie realisieren nicht einmal, welchen Bärendienst Sie zum Beispiel dem Klimaschutz mit Ihrer Blockade in bestimmten Dingen, die den Straßenbau betreffen, leisten. Ich will Ihnen nur sagen: Ihre Politik der Dreistigkeit hat unser Land noch nie vorangebracht. Sie wird es auch diesmal nicht tun.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich komme noch zu ein paar Zahlen im Haushalt. Es gibt keine wesentlichen Veränderungen. Wir haben im Investitionsprogramm erfreulicherweise keine Kürzungen. Wir halten es für wichtig – gerade weil von anderer Seite viel zu wenig Geld kommt –, dass man das so durchzieht. Wir haben einen hohen Privatisierungsgrad bei Maßnahmen der Straßenunterhaltung. Das finden wir sehr gut. Wir haben keine Kürzung bei der Beseitigung von Unfallstellen.

(Heiderose Berroth)

Zum Ausgleich von Steuermindereinnahmen mussten leider kräftige Kürzungen bei den Straßenbaumitteln für Erhaltungsmaßnahmen vorgenommen werden, obwohl hier ein großer Nachholbedarf besteht. Deswegen hoffen wir sehr, dass es gelingt, die Wirtschaft in ganz Deutschland wieder richtig in Gang zu bringen, damit wir auch dieser Aufgabe bald wieder nachkommen können.

(Abg. Göschel SPD: Als die Wirtschaft in Gang war, hat die FDP mitgekürzt!)

Die Kürzungen bei der Unterhaltung von Landes- und Bundesstraßen und Brücken sind ebenfalls aufgrund von Steuermindereinnahmen erfolgt.

Zum ÖPNV will ich heute gar nicht mehr viel sagen, weil wir am nächsten Donnerstag über unsere Große Anfrage zu diesem Thema debattieren werden. Deshalb spare ich mir diese Zeit.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Aber kurz noch zu dem, was selbst Herr Kollege Göschel als „Mautdesaster“ bezeichnet hat.

(Abg. Göschel SPD: Was heißt „selbst“?)

Es ist schon toll, dass Sie nun sagen, das sei ein Versagen der Industrie.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist es doch auch überwiegend! Von wem denn sonst? – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Nein. Das ist ein Versagen derjenigen, die sich von dieser Industrie bis zum Schluss an der Nase haben herumführen lassen. Jeder hat doch gewusst, dass eine zeitgerechte Umsetzung nicht möglich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Was waren Sie denn da so gutgläubig? Offensichtlich weil irgendwelche anderen Bindungen bestehen. Geben Sie das doch endlich zu, und schieben Sie das nicht auf andere ab.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Da hätten Sie rechtzeitig ein Gutachten machen müssen!)

Ich halte dem Minister Stolpe auch gar nicht vor, dass er aus Ostdeutschland kommt und das deshalb vielleicht nicht richtig blickt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was haben Sie gerade über Ostdeutsche gesagt?)

Ich habe noch nie verlangt, dass ein Chef alles selbst wissen muss. Aber er muss eine vernünftige Mannschaft haben, die ihn richtig informiert,

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Haben Sie gerade gesagt: „Ostdeutsche blicken es nicht“?)

und er muss aus diesen Erkenntnissen dann die richtigen Schlüsse ziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zurufe der Abg. Boris Palmer GRÜNE und Carla Bregenzer SPD – Abg. Stickelberger SPD: Jetzt haben Sie alle Ostdeutschen beleidigt, Frau Berroth!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich es richtig gehört habe, hat Frau Kollegin Berroth gerade versucht, Herrn Minister Stolpe für seine Herkunft als Ostdeutscher in Schutz zu nehmen, indem sie sagte,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nein! Das war der Herr Göschel!)

dass aufgrund seiner Herkunft entschuldigt sei, dass er nichts wisse.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das hat er so formuliert! Das ist nicht mein Thema!)

Anscheinend gibt es bei Ihnen in der Fraktion einen Wettbewerb um die peinlichsten Bemerkungen. Mein lieber Mann!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich komme jetzt zu den sicher mit Spannung erwarteten Ausführungen über meine These, dieser Landeshaushalt bedeute Sparen auf Kosten der Umwelt, Sparen auf Kosten der Kommunen und Sparen auf Kosten der Zukunft.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Spannung ist etwas anderes!)

Erstes Beispiel ist der Landesstraßenbau. Meine Damen und Herren, die Landesregierung selbst hat sich vorgenommen, 60 Millionen € jährlich in die Erhaltung des Landesstraßennetzes zu investieren. Dieser Haushalt weist 48 Millionen € für diesen Zweck aus. Das heißt, Sie sparen hier 12 Millionen € an der Zukunft; denn irgendwann müssen Sie diese Erhaltungsinvestitionen tätigen.

Meine Damen und Herren, 85 Millionen € für den Landesstraßenbau kommen aus zwei kreditfinanzierten Sonderprogrammen, das heißt, aus einem Schattenhaushalt. Die Einsparung, die Sie in diesem Bereich vorgenommen haben, funktioniert folgendermaßen: Würden Sie ordentlich tilgen – so, wie es mit den kreditgebenden Banken vereinbart war –, müssten Sie in diesem Jahr 60 Millionen € an die Banken zurückzahlen. Sie strecken die Tilgung und führen nur 30 Millionen € dieser Schulden zurück. Das nennen Sie „30 Millionen € sparen“. Wenn ein Privatmann mit solchen Vorgaben zu einer Bank geht, müsste er eigentlich Insolvenz anmelden, wenn er schon seine Zinsen nicht mehr zahlen kann. So weit sind Sie mit Ihrem Landesstraßenbau.

Man kann es auch so formulieren: Sie haben nicht genügend Geld für die Erhaltung Ihres Straßennetzes, und Sie haben noch nicht einmal die Möglichkeit, die Zinsen für Ihre Neubauprojekte zu zahlen. Das nenne ich Sparen auf Kosten der Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Boris Palmer)

Meine Damen und Herren, der Rechnungshof ist mit uns darin einig, dass diese Sonderprogramme gestoppt werden müssen. Wenn überhaupt Investitionen in Landesstraßen getätigt werden können, müssen sie im Haushalt ordentlich ausgewiesen werden. Das Ergebnis wäre dann eben, Herr Scheuermann, dass in der Zeitung nicht „2 Milliarden € Schulden“, sondern „2,1 Milliarden € Schulden“ steht. So ehrlich müssten Sie sein, dafür den Kopf hinzuhalten und sich nicht in Schattenhaushalte zu flüchten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Zweites Beispiel: Kürzungen beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Hier ist ein Einsparbetrag von 53 Millionen € vorgesehen. Gerade in diesen Tagen hat das Ministerium konkretisiert, wie diese Einsparung durch eine Änderung der Förderrichtlinien erbracht werden soll. Ich stelle fest: Kürzungen der Fördersätze erfolgen ausschließlich beim öffentlichen Personennahverkehr – von 85 auf 75 % bei der Infrastruktur, von 50 auf 35 % bei der Fahrzeugförderung. Der Fördersatz für den kommunalen Straßenbau bleibt mit 70 % unverändert.

Das ist eine einseitige Benachteiligung des öffentlichen Verkehrs. Das ist der Abschied von einer grünen Phase in der Verkehrspolitik des Landes. Sie kehren zu der alten Methode zurück, die da heißt: Straßen bauen und Busse und Bahnen vernachlässigen. Das ist traurig und entspricht überhaupt nicht den Zielen, die Sie, Herr Scheuermann, genannt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Hinzu kommt, dass die Begründung, die Minister Müller für diese einseitige Kürzungsgorgie gibt, überhaupt nicht trägt. Der Minister sagt: „Wir haben weniger Geld. Deswegen müssen wir die Fördersätze senken, sonst würden einige Projekte mit hohen Mitteln gefördert, andere dagegen gar nicht.“ Nur, meine Damen und Herren: Vor zwei Monaten hat derselbe Minister eine Stellungnahme zu einem Antrag der Fraktion der Grünen unterzeichnet, worin ausgeführt wird, dass es nur im Straßenbaubereich einen Antragstau gibt, während alle Anträge zum öffentlichen Verkehr bedient werden können. Das heißt, die vom Minister gegebene Begründung würde eigentlich dazu dienen, die Sätze beim öffentlichen Verkehr zu belassen und sie beim Straßenbau zu kürzen. Das Gegenteil passiert. Auch hieran wird deutlich: Mit Logik hat das nichts zu tun, bestenfalls mit Ideologie.

Hier findet ein Paradigmenwechsel statt, den wir bedauern. Denn schon im Jahr 2003 wurden die notwendigen Einsparungen zu 100 % vom öffentlichen Verkehr erbracht – 45 Millionen € –, während der Straßenbau 0 Millionen € an Einsparungen zu tragen hatte. Meine Damen und Herren, das nenne ich Sparen auf Kosten der Umwelt und der Kommunen, die diese Zuschüsse entweder selbst begleichen müssen oder die Projekte eben nicht mehr finanzieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben deswegen auch hierzu einen Antrag gestellt, nach dem eine Rückumschichtung vorgenommen und den Kommunen die Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel im bisherigen Umfang gewährt werden soll.

Drittes Beispiel: generelles Sparen beim öffentlichen Verkehr. Meine Damen und Herren, immer wieder hebt der Minister hervor, dass das Land 1 Milliarde € pro Jahr für die Förderung des öffentlichen Verkehrs ausgibt. Das ist buchhalterisch richtig. Aber Tatsache ist auch: Von dieser 1 Milliarde € stammen gerade einmal 28 Millionen € aus originären Landesmitteln – das sind 2,8 %. Der Rest sind Bundesmittel und Mittel der Kommunen. Hier gibt es also wirklich nichts mehr, was gerühmt werden könnte. Sie haben die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr aus Landesmitteln in den letzten sieben Jahren so systematisch zurückgefahren, dass man heute eigentlich nicht mehr von einer Förderung der öffentlichen Verkehrsmittel aufgrund Ihrer eigenen Initiative sprechen kann. Hinzu kommt: Die Restmittel von 28 Millionen € werden mit einer globalen Minderausgabe von 30 Millionen € belegt, sodass man schon jetzt sagen kann: In diesem Jahr exakt null Euro für den öffentlichen Verkehr. Meine Damen und Herren, das nenne ich Sparen auf Kosten der Umwelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sie können schlecht rechnen!)

– Rechnungen sind entweder richtig oder falsch, aber nie schlecht, Frau Kollegin.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann sind sie falsch!)

Viertes Beispiel: der Kommunale Umweltschutzfonds. In diesem Bereich kürzen Sie 27 Millionen €. Dieses Geld fehlt den Kommunen und der Umwelt. Die Conclusio ist einfach: Ich nenne das Sparen bei den Kommunen und der Umwelt. Auch hierzu haben wir einen Antrag eingereicht, in dem wir einen Verzicht auf diese Kürzung fordern. Dieses Begehren ist selbstverständlich mit einer Gegenfinanzierung verknüpft.

Fünftes Beispiel: Hier geht es um die Bereiche, in denen man nicht spart. Darüber hat seltsamerweise noch niemand gesprochen. Es gibt auch Posten im Haushalt, bei denen nicht gespart wird.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Sehr bewusst!)

– Sehr bewusst. Ich habe das vermutet. – Ich nenne Ihnen jetzt das Beispiel. Dieses Jahr werden 12 Millionen € Subventionen für Billigflieger aus dem Landeshaushalt ausgereicht, 12 Millionen € Schuldendiensthilfe für den Flughafen Stuttgart, der dieses Geld an den Flughafen Söllingen für den dortigen Ausbau weiterreicht. Wie Sie wissen, gibt es dort praktisch keinen Linienverkehr, sondern überwiegend Billigflug- und Charterverkehr. Man kann bei den für dieses Jahr prognostizierten 300 000 Fluggästen ausrechnen, dass jeder Passagier, der in Söllingen in einen Billigflieger einsteigt, aus dem Landeshaushalt 40 € in die Tasche gesteckt bekommt. Meine Damen und Herren, wie das mit der jetzigen Finanzlage zu vereinbaren ist, dürfen Sie mir gerne erklären.

(Beifall bei den Grünen)

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Finanzierung dieser 12 Millionen € im laufenden Haushalt eine gehörige Porti-

(Boris Palmer)

on Erfindungskraft benötigt hat, denn die Finanzierung dieser 12 Millionen € erfolgt dadurch, dass die Schuldendiensthilfe für die neue Messe gestreckt wird. Das heißt, Sie finanzieren diese Subvention für Billigflieger mit Geld, das Sie noch gar nicht haben, nämlich mit Schuldendiensthilfe, die Sie im Haushalt 2010 oder 2012 noch erbringen müssen. Meine Damen und Herren, dazu fällt mir nur noch eine neue Bezeichnung ein: Das nenne ich Sparen beim Verstand.

(Beifall bei den Grünen)

Ich nenne weitere Bereiche, in denen nicht gespart wird. Beim Klimaschutzprogramm – Herr Scheuermann, hierfür ausdrücklich meine Anerkennung – sparen Sie entgegen den ursprünglichen Absichten des Entwurfs nicht. Wir haben für kurze Zeit darüber gerätselt, ob es möglicherweise ein Erfolg der Opposition sein könnte, dass Sie diesen Kürzungsantrag zurückgezogen haben.

(Abg. Scheuermann CDU: Das haben wir allein gemacht!)

Selbstverständlich hatten wir beantragt, diese Kürzung nicht zu vollziehen. Die SPD ist sogar noch weiter gegangen. Es ist aber schnell klar geworden, dass dies kein Erfolg der Opposition ist, sondern dass Ihnen aufgegangen ist, dass ein Minister, der den Klimaschutz auf seine Fahne schreibt, ziemlich mit abgeschnittenen Hosen

(Abg. Dr. Caroli SPD: Mit abgesägten!)

dasteht, wenn er nachher im Haushalt keine Gelder mehr dafür hat. Aber sei es drum. Wenn die Sorge um das Image des Ministers dazu dient, dass Sie eine etwas bessere Klimaschutzpolitik machen, soll uns das recht sein. Wenn Sie an dieser Stelle das EEG erwähnen, das Sie jetzt loben, soll uns das ja freuen – das ist uns recht –, aber wenn Sie dadurch in der Umweltdebatte gut dastehen wollen, indem Sie ein Instrument, das Sie lange Jahre bekämpft haben, endlich akzeptieren – –

(Abg. Hauk CDU: Das ist ja gar nicht wahr! – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: Natürlich haben Sie das bekämpft!)

– Entschuldigung, Herr Kollege Hauk. Herr Minister Müller hat immer gesagt,

(Abg. Hauk CDU: Das Instrument haben wir nicht bekämpft, sondern nur die Inhalte!)

das EEG taue nichts, und kam mit seinen Quotenmodellen. Jetzt sagen Sie: Wir stimmen dem zu. Damit akzeptieren Sie doch das Instrument.

(Abg. Hauk CDU: Mangels einer Alternative! – Lachen des Abg. Dr. Caroli SPD)

Immerhin haben Sie sich bewegt. Früher haben Sie es abgelehnt, jetzt stimmen Sie zu. Das begrüße ich. Aber es geht nicht, hier ein Prestigeobjekt der Ökologie, eine Bewegung in der Umweltpolitik zu loben und am nächsten Tag in der Parlamentsdebatte oder draußen im Land darüber herzuziehen, dass der Verbraucher höhere Umlagen beim Strom bezahlen muss. Sie können nicht beides haben: den Beifall der

Stromverbraucher und den Beifall der Umweltschützer. Das geht nicht.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Brigitte Lösch  
GRÜNE: Entweder – oder! – Abg. Hauk CDU:  
Sehr wohl!)

Weil die SPD mehrfach darauf hingewiesen hat, dass ihre Anträge in diesem Bereich weiter gehen als unsere – Herr Kollege Caroli, Sie haben die Zahlen genannt –, möchte ich doch noch erwähnen, dass die Schwierigkeit der Fraktion GRÜNE darin besteht, dass wir weder Banken noch Brauereien zu verkaufen haben und deswegen auch nicht genügend Spielgeld haben, um schöne Anträge zu finanzieren. Sie mögen uns das bitte nachsehen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Caroli SPD:  
Diese Begründung bleibt aber unzureichend! Wer etwas will, muss das Geld dafür bereitstellen!)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, bei dem nicht gespart wird, meine Damen und Herren: zur Länderkommission Kerntechnik. Die Länderkommission Kerntechnik hat im Rahmen des Skandals um Philippsburg, der den Minister beinahe zum Rücktritt gebracht hätte, hinreichend bewiesen, dass sie vollkommen unfähig und überflüssig ist; denn zu keinem Zeitpunkt hat sie irgendetwas unternommen, um diesen Skandal aufzuklären oder Abhilfe zu schaffen. Sie ist ausschließlich ein parteipolitisches Instrument. Sie wurde gegründet, um gegen die Reaktorsicherheitskommission des Bundes zu polemisieren und eigenständige Experten einzusetzen, die offenbar nichts zu tun haben. Meine Damen und Herren, der Landeshaushalt ist so eng gestrikt, dass wir uns derartigen parteipolitisch motivierten Blödsinn – Doppelstrukturen, wie Sie es im Sozialbereich gerne nennen – nicht mehr leisten können, und die 500 000 €, die Ihnen dieser Quatsch wert ist, hätten wir gern wieder im Landeshaushalt zurück.

(Beifall bei den Grünen)

Wir haben deswegen auch hierzu einem Antrag gestellt: Diese Kommission muss abgeschafft werden.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Volle Zustimmung bei diesem Punkt!)

Fassen wir das finanzielle Ergebnis dieser Haushaltsberatungen zusammen: Im Einzelplan des Umwelt- und Verkehrsministeriums werden erstaunliche 140 Millionen € „eingespart“, 80 Millionen € davon ausschließlich bei den Kommunen – GVFG und Kommunaler Umweltschutzfonds – und 60 Millionen € in Form von Luftbuchungen, nämlich mit globalen Minderausgaben und einer Tilgungstreckung bei kreditfinanzierten Sonderprogrammen. Meine Damen und Herren, wenn ich immer lese, dass Sie 1 Milliarde € in diesem Haushalt einsparen, und mir genauer anschau, wie Sie das beim Haushalt des Umwelt- und Verkehrsministeriums machen, dann ist das wirklich eine Lachnummer. Nicht ein Euro dieser Einsparungen ist in irgendeiner Weise seriös oder im eigenen Bereich im Landeshaushalt erbracht.

(Zuruf von der CDU: He, Palmer!)

– Die Wahrheit tut so weh, dass Sie still sind.

(Boris Palmer)

Wir haben selbstverständlich versucht, innerhalb des gegebenen Finanzrahmens mit Gegenvorschlägen, die durch Anträge hinterlegt sind, bessere Ergebnisse zu erzielen. Wir haben dazu – das ist sicherlich nicht populär, auf gar keinen Fall populistisch – einen Vorschlag von Minister Müller aus dem Jahr 2002 aufgegriffen. Herr Minister Müller hat damals wegen der Finanznot vorgeschlagen – er konnte sich aber damit im Kabinett nicht durchsetzen –, den Wasserpfehnig zu erhöhen. Herr Minister Müller, nochmals Respekt für diese Initiative, die Sie damals im Zusammenhang mit dem Integrierten Rheinprogramm gestartet haben!

Die finanzielle Situation ist seither noch schlimmer geworden. Deswegen glauben wir, dass die Finanzierung des Integrierten Rheinprogramms, dass die Finanzierung des Grundwasserschutzes vollständig aus Mitteln des Wasserpfehnigs erbracht werden kann. Das hätte den Vorteil, dass man den Verbrauchern wieder sagen könnte, wozu der Wasserpfehnig dient – denn die Zweckentfremdung dieser Mittel in der jüngeren Vergangenheit ist ein Ärgernis –, und es hätte den Vorteil, dass wir dadurch originäre Landesmittel wieder für Aufgaben frei hätten, die wir derzeit nicht vernünftig erfüllen können.

(Beifall bei den Grünen)

Wir möchten, dass die Aufgaben im Umweltbereich wieder erfüllt werden können. Wir möchten die Billigflieger vom Himmel holen,

(Zurufe von der CDU: Vom Himmel holen? – Luftabwehr? – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Abschießen!)

ihnen jedenfalls nicht noch Landesgeld hinterherschicken. Wir möchten die Schattenhaushalte ans Tageslicht bringen, und wir wollen Kürzungen im Umweltbereich in Höhe von 60 Millionen € vermeiden und haben dafür Gegenfinanzierungen – und zwar nicht den Verkauf von Brauereien und Bankanteilen – vorgesehen.

Zusammenfassend und zum Schluss möchte ich nochmals betonen, meine Damen und Herren: Der Sparzwang in diesem Landeshaushalt ist völlig unbestritten. Wir haben hier jetzt gerade eine Debatte geführt, die sich von Debatten über andere Einzelpläne insbesondere dadurch unterscheidet, dass nicht die Frage war, ob man die Einsparungen insgesamt mitträgt oder nicht. Die Summe der notwendigen Einsparungen ist akzeptiert und unbestritten. Unsere Anträge sehen ausschließlich Umschichtungen innerhalb des Einzelplans 10 vor und gewährleisten dadurch eine vollständige Gegenfinanzierung. Das heißt, der Unterschied zwischen der Art des Sparens, die Sie vornehmen, und der Art des Sparens, die wir vornehmen, ist ganz simpel: Sie sparen am Verstand, wir sparen mit Verstand.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Einbildung ist auch Bildung!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

**Abg. Scheuermann** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nicht mehr viel Redezeit. Deswegen im Telegrammstil:

Erstens: Die SPD macht sich offensichtlich viele Sorgen um die Karrieren in meiner Fraktion. Ich kann daraus nur schließen: An eine eigene Karriere glauben Sie schon lange nicht mehr.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD)

Zweitens: Der Kollege Palmer hat ständig erzählt, wir sparen auf Kosten der Umwelt, wir sparen auf Kosten der Kommunen, wir sparen auf Kosten des Verkehrs. Mit durch Ihre Politik in Berlin, Herr Palmer, sind wir zu solchen Sparmaßnahmen gezwungen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Endlich kommt's! – Abg. Stickleberger SPD: Tata, tata! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wir sparen nicht nur im Haushalt des Ministeriums für Umwelt und Verkehr, sondern wir sparen in allen anderen Haushalten ebenso.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Vorhin war es besser!)

Drittens und als Vorletztes: Flughafen Söllingen. Wenn wir das machen würden, was Sie beantragt haben, dann wären die letzten Dinge schlimmer als alle bisherigen. Wir hätten eine „glänzende“ Investitionsruine dastehen. Das können Sie mit allen machen, nur nicht mit uns.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die haben Sie nachher auch, nur viel teurer!)

Als Letztes, Herr Palmer: Wenn Ihnen nichts mehr einfällt – mit „Ihnen“ meine ich Sie persönlich, aber auch Ihre Partei –,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Gibt's gar nicht!)

dann flüchten Sie sich in Erhöhungen von Steuern und Abgaben. Das ist das Letzte, was wir in der gegenwärtigen Zeit brauchen. Deswegen machen wir auch das nicht mit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Die Idee ist von Herrn Müller!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller.

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Wir haben uns bei einigen kurzen Beiträgen mit dem Beifall von der falschen Seite beschäftigt. Ich will Ihnen ein Beispiel geben, wie es einem so gehen kann, wenn man sich auf diesem Feld bewegt. Der Herr Bundesaußenminister ist neulich im Zusammenhang mit der Ehrung von Kofi Annan in Baden-Baden auf dem Flughafen in Söllingen gelandet. Er hat diesen Flughafen gelobt.

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Was lernen wir daraus?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Keine Ahnung!)

Seine Karriere ist am Ende. Allerdings gibt es einen Unterschied: Er ist nicht mit einem Billigflieger gelandet, sondern mit der Challenger der Bundesregierung. Die gehört nicht zu den Billigfliegern.

(Minister Müller)

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Abg. Blenke CDU: Mit der „Struck-Air“, nicht mit der Ryanair! – Abg. Dr. Caroli und Abg. Göschel SPD: Was schließen Sie daraus?)

– Ich schließe daraus, dass es bei den Grünen schon Politiker gegeben hat, die wegen Flugreisen politisch gestolpert sind.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Das soll eine scherzhafte Vorbemerkung gewesen sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Gut, dass Sie uns mitgeteilt haben, dass das ein Scherz ist! – Heiterkeit)

– Ich habe noch etwas Seriöseres zu sagen. Dafür bin ich ja, glaube ich, bekannt.

Meine Damen und Herren, Sparen ist angesagt, Haushaltskonsolidierung, Schuldenbegrenzung. Wenn es gut ist, zu sparen, dann steht vor Ihnen der Musterschüler.

(Abg. Birzele SPD: Wow! – Abg. Fischer SPD: Jetzt gibt es ein Ranking in der Landesregierung, wer der beste Musterschüler ist! – Abg. Göschel SPD: Lauter Musterschüler!)

– Jawohl, so ist es: der Musterschüler, der mit 170 Millionen € den größten einzelnen Sparbeitrag eines Ressorts zur Konsolidierung des Haushalts geleistet hat. Wenn Sparen gut ist, dann ist dies eine politische Leistung.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ja.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Birzele.

**Abg. Birzele SPD:** Herr Minister, wenn Sie der Musterschüler sind, wer ist Ihr Lehrer?

(Heiterkeit)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ganz einfach: der Finanzminister.

(Beifall bei Abgeordneten CDU und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zurufe von der SPD: Oje!)

Aber ich wäre froh, wenn wir in der Schule, also in der Bundesrepublik Deutschland, nicht zu solchen Sparmaßnahmen greifen müssten.

(Beifall bei der CDU)

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass man Erhöhungsanträge der Opposition im eigenen Ressortbereich als Minister an sich gerne dankend entgegennehmen würde. Ich muss sie aber dankend ablehnen, und zwar nicht einfach aus Kabinettsdisziplin heraus, sondern zum einen wegen meiner Gesamtverantwortung und zum anderen deshalb, weil sie entweder politisch falsch gedeckt – nehmen Sie die Anträge

der Grünen, die natürlich wieder bei den Mitteln für den Straßenbau kürzen wollen, oder den Antrag der SPD zur Rothaus-Brauerei – oder nicht seriös sind, wie etwa die Deckungsvorschläge qua Landesstiftung. Solange Sie keine seriösen Deckungsvorschläge bringen, müssen wir mit Erhöhungsanträgen von Ihrer Seite sehr zurückhaltend und ablehnend umgehen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wie wir gespart haben, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen jetzt anhand von ein paar Prinzipien deutlich machen. Wir sind bei diesen 170 Millionen € nicht nach dem Rasenmäherprinzip verfahren, obwohl immer wieder gesagt wird, wenn das die Politik nicht machen würde, dann würde es nie klappen. Man meint ja immer, nur gleichmäßige Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip seien politisch durchsetzbar.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Das haben wir nicht gemacht. Wir haben an einigen Stellen tief gepflügt, aber wir haben an anderen Stellen auch Blumen stehen lassen. Dieser Haushalt ist ein Stück weit politischer geworden; er ist enger geworden, aber er ist ein Stück weit politischer geworden, als er es vorher war, weil wir nicht schematisch vorgegangen sind.

Die wesentlichen Teile, die mir persönlich auch wichtigen Teile im Umweltbereich, sind ungekürzt geblieben, ja sogar erhöht worden. Und das ist in diesen Zeiten nicht so ganz einfach.

(Abg. Göschel SPD: Warten wir die Abrechnung ab!)

Ungekürzt geblieben sind erstens der Lärmschutz, zweitens – leicht erhöht innerhalb des KUF – der Klimaschutz und drittens – sogar noch etwas stärker erhöht, über den KUF – der Hochwasserschutz. Diese drei Elemente sind in einem Haushalt, in dem 170 Millionen € herausgestrichen worden sind, zum Schluss besser herausgekommen, als sie es vorher waren. Daran mögen Sie sehen, dass man schon Politik machen kann, indem man nicht nur mit dem Rasenmäher vorgeht, sondern mit politischen Entscheidungen mutig Konturen schafft und das Notwendige tatsächlich tut.

Ich kann Ihnen am Beispiel des Hochwasserschutzes sagen: Wir haben insgesamt im Landeshaushalt – KUF und Landesmittel – zusammen mit den Anteilen, die die Kommunen komplementär erbringen, zusammen mit den Mitteln, die der Bund im Integrierten Rheinprogramm erbringt, über 100 Millionen € jährlich für den Hochwasserschutz zur Verfügung. Es kommt hier zu permanenten Verbesserungen. Das ist notwendig. Das wird eine lange Strecke sein, aber man kann sagen: Wir haben uns dieser Aufgabe in glänzender Weise gestellt.

Zweite Bemerkung: Wenn man 170 Millionen € aus dem Haushalt herausstreichen muss, geht das nicht mehr, indem man da und dort ein bisschen herummacht, sondern da kann man nur ein Prinzip anwenden: Große Sparbeiträge können nur bei großen Etatansätzen erbracht werden. Das kann gar nicht anders sein. Deswegen geraten ganz automatisch unsere großen Brocken ins Visier. Anders ist das nicht zu er-

(Minister Müller)

reichen. Das hat auch eine gewisse innere Logik und innere Gerechtigkeit, abgesehen davon, dass es rechnerisch gar nicht anders geht.

Deswegen haben wir zum Dritten auch in den Bereich der kommunalen Zuschüsse eingegriffen. Sie wissen, dass die größten Beträge – Stichwort Kfz-Steuer-Verbundmasse, Stichwort Kommunaler Umweltfonds – dort geholt worden sind. Warum? Nicht deshalb, weil wir einfach hätten auf Kosten anderer sparen wollen, sondern deshalb, weil ich es schon für richtig halte, bei der Abwägung zwischen Landesaufgaben und kommunalen Aufgaben – und bei kommunalen Aufgaben geben wir „nur“ Zuschüsse – zu einer gerechten Verteilung zu kommen, dass wir dabei den Erfüllungsgrad der jeweiligen Aufgabe zu berücksichtigen haben – das heißt, dort, wo schon relativ große Fortschritte erzielt worden sind, kann man eher hinlangen –, dass die Eigenfinanzierbarkeit von Aufgaben berücksichtigt wird – das heißt, wenn eine Aufgabe auch anders, zum Beispiel gebührenfinanziert, erfüllt werden kann, dann darf man das zum Anlass nehmen, entsprechend etwas zu tun – und dass die Hilfsbedürftigkeit der Kommunen in der einen oder anderen Frage differenziert berücksichtigt wird.

Deswegen haben wir die Förderrichtlinien angepasst. Ich komme auf diesen Punkt gleich noch etwas differenzierter zu sprechen. Wir waren so frech und mutig, in dieser Woche, in der die Debatte hier stattfindet, zu sagen, wo und wie genau wir die Förderrichtlinien anpassen wollen, damit es nicht zu falschen Verdächtigungen kommt, sondern damit klar auf dem Tisch liegt, was wir für richtig halten. Wir machen das im GVFG-Bereich, und wir werden das auch innerhalb des KUF – was Wasser, Abwasser und die anderen Zwecke des KUF anbelangt – vor uns haben.

Dabei geht es uns einfach darum, bei einem geringer werdenden Spielraum die Mittel gerechter zu verteilen. Aber es geht auch darum, bei dieser Gelegenheit einige Schwächen oder Fehler des bisherigen Fördersystems zu bereinigen.

Wenn wir jetzt an die Förderrichtlinien herangehen, dann wird eines deutlich: Sparen ist immer auch eine Chance für Reformen, etwas zu tun, was man ohne den Druck des Sparens gar nicht machen würde.

Nächstes Prinzip unserer Politik: Wir haben natürlich sehr wohl ausgewogen beim ÖPNV und beim Straßenbau gekürzt.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ha, ha!)

Herr Kollege Palmer – jetzt mache auch ich eine Andeutung von Kompliment –, Sie arbeiten sich ja durchaus ordentlich in unsere Aufgaben und in unseren Haushalt ein.

(Heiterkeit des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Deswegen muss ich Ihnen leider vorhalten, dass Sie etwas wider besseres Wissen gesagt haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: So ist es!)

Es ist das Bedauerliche, dass jemand, der ein bisschen durchblickt, dann, wenn er einen Fehler macht, vorgehalten bekommt, er hätte ihn mit Absicht gemacht.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Jetzt bin ich aber gespannt!)

Wenn Sie sagen, wir würden im kommunalen Straßenbau nicht kürzen, dann vernachlässigen Sie ganz einfach den Umstand, dass wir natürlich den Haushaltsansatz gekürzt haben. Sie wissen ganz genau – wir haben uns gestern darüber unterhalten –, dass wir das mit einem differenzierten, und zwar durchaus kräftigen Selbstbehalt auch in den Förderrichtlinien umsetzen. Das tun wir.

Jetzt sage ich Ihnen in aller Vorsicht in Klammern dazu, weil ich mich damit gar nicht produzieren will: Würde man jetzt noch die Sparmaßnahmen im Landesstraßenbau hinzuzählen und dann den ÖPNV und den Straßenbau nebeneinander legen, dann ergäbe sich, dass das – das kann ich Ihnen mit aller Vorsicht sagen – mehr als ausgewogen ist, was wir in diesen beiden Bereichen tun. Ich will mich nicht damit brüsten, dass wir beim Kürzen im Straßenbau ganz tolle Hechte seien, aber der Vorwurf, die Kürzungen geschähen in diesen beiden Bereichen unausgewogen, stimmt mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ja, bitte schön.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wird auf seine Redezeit angerechnet!)

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Palmer.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Minister, trifft es zu, dass im kommunalen Straßenbau die Fördersätze unverändert bleiben – 70 % –, während sie beim öffentlichen Personennahverkehr deutlich abgesenkt werden, und dass, was den von Ihnen angesprochenen Selbstbehalt angeht, auch beim öffentlichen Personennahverkehr eine Veränderung stattfindet, die im Ergebnis ungefähr die gleichen Effekte hat wie beim kommunalen Straßenbau, sodass hier insgesamt eine deutliche Ungleichbehandlung festzustellen ist?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Sie haben gestern das System verstanden,

(Heiterkeit der Abg. Boris Palmer und Brigitte Lösch GRÜNE)

und jetzt tun Sie so, als würden Sie es nicht verstehen. Der Selbstbehalt im ÖPNV liegt bei exakt 100 000 €, egal, ob die Maßnahme 5 Millionen €, 10 Millionen € oder was auch immer kostet.

(Abg. Göschel SPD: Oder 500 000 €!)

Der Selbstbehalt im Straßenbau ist differenziert und kann dazu führen, dass beispielsweise ein kleines Projekt einer größeren Kommune entweder überhaupt keinen Zuschuss mehr bekommt oder einen von 200 000 € oder von 300 000 €. Das heißt, der Selbstbehalt kann bis zu 80 % gehen.

(Minister Müller)

Wir haben versucht, in diesen Förderrichtlinien zwei Dinge miteinander zu kombinieren. Wir wollten von der Förderung kleiner Maßnahmen wegkommen und dabei die Kommunen im ländlichen Raum nicht benachteiligen. Deswegen haben wir einen Einwohnerschlüssel eingeführt. Das ist ein hoch differenziertes und intelligentes System. Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Leider – ich brüste mich damit nicht – wird auch im Straßenbau gekürzt, differenzierter und intelligenter, als Sie es uns vielleicht zuge-  
traut hätten.

Zu diesem Teil meiner Ausführungen will ich schließlich noch sagen, dass wir natürlich auch eine relativ hohe globale Minderausgabe zu erbringen haben. Ich bin kein Gegner von globalen Minderausgaben. In der Tat können wir quer durch das ganze Haus ein bisschen den Rasenmäher ansetzen. Bei der globalen Minderausgabe kann man das durchaus machen –

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Ein bisschen Rasenmäher ist auch Rasenmäher!)

wobei wir Randaufgaben zum Teil auch ganz abgeschnitten haben –, weil wir Flexibilität im Jahresverlauf haben.

Jetzt will ich zu einem größeren Brocken etwas sagen, der in der politischen Diskussion eine erhebliche Rolle spielt: das Thema ÖPNV, öffentlicher Personennahverkehr. Ich will einfach einmal eine simple These aufstellen: Die goldenen Zeiten des öffentlichen Personennahverkehrs sind vorbei. Der öffentliche Personennahverkehr kehrt in die Normalität der Politik und auch in die Normalität der Haushaltspolitik zurück. Er ist aber immer noch auf einem sehr hohen Niveau. Wir haben keinen Sündenfall, aber wir haben die Vertreibung aus dem Paradies.

(Abg. Teßmer SPD: Waren wir denn da drin?)

So kann man die Situation etwa beschreiben. Auch nach Kürzungen in der Größenordnung von 53 Millionen € – davon nur ein Teil beim ÖPNV – haben wir jetzt noch 1,1 Milliarden € und damit mehr als 50 % unseres gesamten Haushalts für eine einzige Aufgabe; das ist der öffentliche Personennahverkehr. Trotzdem sind die goldenen Zeiten vorbei, in denen wir buchstäblich alles, was wir in den letzten Jahren an Anträgen bekommen haben und was über dem Nutzen-Kosten-Faktor von 1,0 lag, bezuschussen konnten. Die Sätze waren unglaublich hoch, sie lagen bei 85 %.

Das hat riesige Fortschritte erbracht.

(Abg. Fischer SPD: Die aber notwendig waren!)

Das hat den Fortschritt erbracht, dass wir in den letzten Jahren den Schienenpersonennahverkehr insgesamt um 46 % ausgeweitet haben. Das hat den Fortschritt gebracht, dass wir eine gewaltige Verbesserung der Qualität – damit meine ich beispielsweise Wagenmaterial, Taktverdichtung und dergleichen mehr – erreicht haben. Beispielsweise liegt das durchschnittliche Alter unserer Busse im öffentlichen Busverkehr bei drei bis vier Jahren. Es gibt überhaupt keine alten Busse mehr.

Um es konkret in Zahlen zu sagen: In den letzten fünf Jahren haben wir für die Infrastrukturförderung im öffentlichen

Personennahverkehr 760 Millionen € ausgegeben. Für das Wagenmaterial haben wir in fünf Jahren 610 Millionen € ausgegeben. Deswegen spreche ich von paradiesischen Zeiten.

Meine Damen und Herren, wenn jetzt gespart wird, dann gehe ich nicht in Sack und Asche. Es ist die größte Selbstverständlichkeit,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

dass wir in einem Bereich, in dem wir diese Summen aufgebracht und diese Fortschritte erzielt haben, auch einen Beitrag leisten müssen. Wir können feststellen, dass wir in Verbindung mit einer klugen Konzeption einen Spitzenplatz im ÖPNV haben.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Die Frage ist: Warum muss jetzt gespart werden? Das kann ich Ihnen einfach beschreiben. Natürlich gibt es einen Konsolidierungsbeitrag im Landeshaushalt. Auch gibt es einen uns unfreiwillig auferlegten Konsolidierungsbeitrag seitens des Bundes. Ich meine nicht nur die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses. Beispielsweise denke ich ganz konkret daran, dass der Interregio, der bisher von der DB bezahlt worden ist, plötzlich zur Nahverkehrsaufgabe gemacht wird. Das kostet uns jedes Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag.

Im investiven Bereich muss gespart werden, weil nach dem unglaublichen Anstieg und den tollen Verbesserungen, die wir erreicht haben, der konsumtive Teil des ÖPNV eine immer größere Rolle spielt; denn die Züge, die wir bestellt haben, fahren jetzt eben. Wenn sie fahren, kosten sie etwas. Deswegen haben wir nicht mehr so viel Geld für Investitionen zur Verfügung.

Deswegen will ich in aller Deutlichkeit sagen: Es gibt eine klare Trendwende, eine Kurswende. Ohne diese Wende geht es im ÖPNV nicht mehr. Sie betrifft nicht so sehr die Summen, sondern die Verteilung zwischen den investiven und konsumtiven Bereichen und die Spielregeln, nach denen in Zukunft Investives, aber auch Konsumtives noch gemacht werden kann.

Bei 85 % Zuschuss ist vieles wünschbar. Da wird auch vieles gewünscht. Da ist zu vieles wünschbar. Es ist sehr einfach, zu sagen: „Diese Aufgabe ist schrecklich wichtig“, wenn sie von einem anderen bezahlt wird. In dem Moment, in dem der Anteil dessen, was ich selber aufzubringen habe, ein bisschen höher wird, sagt man dann: „Das können wir leider nicht mehr machen.“ Meine Damen und Herren, ich will es einmal mit einer etwas flapsigen Bemerkung ausdrücken: In fremden Hosen ist gut stinken.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Abg. Göschel SPD: Das tut der ja ständig mit Bundesmitteln! – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das fällt auf Sie zurück!)

Wenn wir die Fördersätze jetzt ein bisschen senken, dann werden wir eine realistischere Antragstellung bekommen,

(Minister Müller)

weil sozusagen nicht alles nur mit fremden Mitteln bezahlt wird.

(Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Dr. Caroli – Unruhe)

Wer in Zukunft Verbesserungen haben will, wird einen größeren Eigenbeitrag leisten müssen. Das gilt auch für den Straßenbau.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD – Abg. Göschel SPD: Zum Nachteil des ländlichen Raums! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Jetzt kommt noch eine paradoxe Geschichte hinzu. Wir müssen schon sparen. Wenn wir dabei die Fördersätze nicht verändern würden, dann würde für die einzelnen Förderzwecke jeweils weniger Geld zur Verfügung stehen als vorher. Wenn ich aber spare und dabei die Fördersätze verändere, sodass ein anderer ein bisschen mehr mitfinanzieren muss, dann lasse ich im Prinzip das Volumen des Geldes, das für einen bestimmten Zweck zur Verfügung steht, unverändert. Wer also noch genauso viel will, muss die Sätze senken.

Wir haben bei der Änderung der Fördersätze auch an eine Fehlentwicklung gedacht, die wir bei dieser Gelegenheit korrigieren wollen – da sind auch noch ein paar andere Dinge –, nämlich dass wir sowohl beim ÖPNV als auch beim Straßenbau zu viel Geld für kleinere und Kleinstmaßnahmen ausgeben. Das ist nicht richtig. Wir wollen uns auf die verkehrlich wichtigen Dinge konzentrieren. Wir wollen uns auf die „Hilfsbedürftigkeit“ der einzelnen Kommunen konzentrieren. Wir wollen keine falschen Anreize setzen.

Auch das will ich Ihnen einmal deutlich machen. Bisher war es so, dass wir, wenn irgendein Förderprojekt – weil es nicht sorgfältig genug berechnet war – verteuert worden ist, bei der Verteuerung schlicht mitgezogen haben. Das heißt, wenn ein Projekt, sagen wir einmal, zehn Millionen kosten sollte, man sich aber verrechnet hatte und es dann zwölf Millionen kostete, dann haben wir statt 85 % der zehn Millionen eben 85 % von zwölf Millionen übernommen.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Dass dann nicht so genau gerechnet wird oder vielleicht auch einmal ein Projekt ein bisschen „günstiger gerechnet“ wird – in der Erwartung, dass man es bei einer Verteuerung ja sowieso bezuschusst bekommt –, halte ich für eine Fehlentwicklung, die wir bei dieser Gelegenheit korrigieren wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Sie mögen daran sehen, dass dies alles schon ein ziemlich intelligentes System ist, wobei ich nicht ausschließe, dass im Wege der Anhörung noch die eine oder andere Feinkorrektur zustande kommt.

Schlussbemerkung zum Thema ÖPNV: Im vergangenen Jahr haben wir ein paar größere Eier gelegt. Der Verkehrsvertrag ist der größte Vertrag, den das Land Baden-Württemberg je geschlossen hat. Ich glaube, es ist ein guter Vertrag.

Wir haben die Rhein-Neckar-S-Bahn installiert – mit einer tollen Konzeption und mit nicht wenig Geld.

Wenn ich einen Blick in die Zukunft werfe, muss ich bei der Frage, welche Züge wir noch bestellen könnten, auch fragen: Können wir es uns erlauben, auf bestimmten Strecken zu bestimmten Tageszeiten oder an bestimmten Wochentagen mehr oder weniger leere Fahrzeuge durch die Gegend fahren zu lassen? Wir müssen uns dieser Aufgabe zuwenden. Auch insofern muss ich sagen: Die goldenen Zeiten sind vorbei. Das ökonomische Denken wird innerhalb des ÖPNV eine größere Rolle spielen müssen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Meine Damen und Herren, ich habe dieses Beispiel erwähnt, um Ihnen eine Linie deutlich zu machen, die für unser Haus insgesamt kennzeichnend ist. Ich sage es einmal so: klare Handschrift, klares Konzept, wohl überlegt, eindeutig entscheidend, nicht ausweichend, nicht lavierend.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Jetzt sage ich ganz einfach: Welch ein Kontrastprogramm zu Berlin!

(Beifall bei der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt endlich! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Die Leier musste ja noch kommen! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ja, es fehlte einem was!)

Die Umwelt- und Verkehrspolitik dieses Landes ist ein Hort der Stabilität, der Rationalität, der Seriosität, der Berechenbarkeit und der Effizienz.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Die Landesstraßen sehen danach aus! – Gegenruf des Abg. Stickleberger SPD: Ein Fall für den Denkmalschutz! – Abg. Drexler SPD: Dann fahren Sie mal über Ihre Landesstraßen! – Weitere Zurufe)

Ich bin ja ein Mensch, der durchaus zu selbstkritischen Anpassungen in der Lage ist. Wenn mich je einmal etwas anfährt, dann schaue ich einmal nach Berlin, und schon geht es mir wieder ganz hervorragend.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Kümmern Sie sich einmal um das Land Baden-Württemberg! – Weitere Zurufe von der SPD und den Grünen)

Ich kann Ihnen nur sagen: Was auf der Berliner Bühne geboten wird, ist ein wunderschönes Kontrastprogramm zu dem, was wir tun.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Das hat alles Auswirkungen. Es tut Ihnen weh, ich weiß.

(Anhaltende Unruhe)

Ich nehme einmal ein Beispiel der Berliner Politik mit unmittelbarer Auswirkung auf das Land. Nehmen Sie einmal den Monat Januar. Wir sind am letzten Tag des Monats Januar. In diesem Monat hatten wir drei normale Arbeitswochen. Nehmen Sie nur das Thema „Auto und Steuern bzw.

(Minister Müller)

Finanzierung durch das Auto“. Was ist auf der Berliner Bühne in den letzten drei Wochen zu diesem Thema passiert?

Erstens die Maut – eine Symbiose des Versagens!

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD, beim Verlassen des Plenarsaals: Das sind baden-württembergische Betriebe!)

– Jetzt bleiben Sie doch noch ein bisschen da, Herr Drexler!

(Abg. Drexler SPD: Nein, das ist ja nicht auszuhalten! – Zurufe von der CDU und der SPD)

– Das ist nicht auszuhalten, gut. – Das ist eine Symbiose des Versagens zwischen den beteiligten Industrieunternehmen – sehr wohl – auf der einen Seite und der Politik auf der anderen Seite. Es ist fast nicht mehr auszuhalten, und das hat für uns schwerwiegende Folgen.

Zweitens: In denselben drei Wochen hat Herr Clement gesagt, wir sollten eigentlich die Pkw-Maut einführen. Dieses Thema ist innerhalb von drei Tagen wieder aus dem Verkehr gezogen worden. Ein wunderschönes Thema!

Drittens: In denselben drei Wochen hat Herr Trittin gesagt, dass die Kfz-Steuer umgestellt und – so zumindest sein Vorschlag, den er dann aber eilfertig aus dem Verkehr gezogen hat – auch noch kräftig erhöht werden sollte. Es ist doch das pure Chaos, was Sie da anrichten. Da wundern mich Ihre demoskopischen Werte nicht mehr.

Wenn man das alles zusammennimmt, muss man sagen: Der Bundesverkehrswegeplan, der noch gar nicht verabschiedet ist, ist schon heute das Papier nicht mehr wert, auf dem er steht. Er gehört eigentlich grundsätzlich revidiert.

Herr Kollege Drexler, es ist geschickt, dass Sie wieder zurückgekommen sind. Sie wissen ja, dass wir eine Wette eingegangen sind. Zwei Jahre sind schon vergangen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir haben gesagt: Wenn die 330 Millionen € einmal in das Land Baden-Württemberg kommen, dann gehen Herr Scheuermann und ich in den Straßenbau.

(Abg. Drexler SPD: Der Herr Scheuermann geht nicht, Sie wollten allein gehen!)

– Nein, nein, wir zwei gehen.

(Abg. Drexler SPD: Da gehe ich mit dem Herrn Scheuermann!)

Und wenn diese 330 Millionen € per anno nicht kommen, müssen Herr Göschel und Sie gehen. Und Sie werden gehen!

(Abg. Schebesta CDU: Da wünsche ich viel Spaß dabei! – Weitere lebhaftere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Palmer?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Jawohl, bitte schön.

**Abg. Boris Palmer GRÜNE:** Herr Minister Müller, könnten Sie so freundlich sein, mir den Titel im Einzelplan Ihres Haushalts zu benennen, auf den sich die soeben von Ihnen getätigten Ausführungen bezogen haben.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Sie meinen, weil ich mich jetzt ein bisschen mit der Bundespolitik befasse?

(Abg. Drexler SPD: Ja, ein bisschen!)

– Das ist klar. Es gibt einen Unterschied zwischen Buchhaltern und Politikern. Jetzt bin ich gerade bei der politischen Abteilung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich kann Ihnen nur sagen: Dieses Scheitern der Bundesverkehrs politik hat natürlich Auswirkungen auf das Land Baden-Württemberg. Wir brauchen dringend eine Ersatzfinanzierung. Nehmen Sie nur einmal die Agonie, in der sich das Bundesverkehrsministerium befindet.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Bekommen die irgendeine Entscheidung zu dem Thema Kleinlastertempolimit heute noch hin, oder vertagen sie alles? Ich kann Ihnen meine persönliche Einschätzung dazu sagen. Sie lautet, dass wir sehr wohl ein Tempolimit in diesem Bereich brauchen.

Ich nehme einen zweiten Komplex neben der Verkehrspolitik zum Aufzeigen des Kontrastes zwischen Land und Bund. Das ist das Thema „Klimaschutz- und Energiepolitik“, wobei Sie glauben, dort wahnsinnig stark dazustehen. Ich will Ihnen jetzt einmal sagen, was die wirklich bewegenden Faktoren der Klimaschutz- und Energiepolitik der Bundesregierung sind, wobei da nicht alles falsch ist. Es ist bei uns nicht alles richtig, und bei Ihnen ist nicht alles falsch, aber in der Regel ist es gerade umgekehrt.

Die Klimaschutz- und Energiepolitik des Bundes ist von zwei Elementen geprägt: von grüner Ideologie und roter Pro-Kohle-Politik. Das sind die eigentlichen bewegenden Faktoren.

Nehmen Sie das Thema „Zertifikatehandel beim Klimaschutz“ – ein ungemein kompliziertes Gebilde, auf das ich nicht im Einzelnen eingehen will. Wie die Verteilung dieser Zertifikate im Moment als geheime Kommandosache und unter höchstem Zeitdruck stattfindet – eine Sache, die für den Wirtschaftsstandort und für den Klimaschutz von entscheidender Bedeutung ist –, das spottet jeder Beschreibung.

Nehmen Sie das Thema Endlagerproblematik. Wir haben in Niedersachsen eine neue Landesregierung. Sie ist so mutig, sich erneut zum Schacht Konrad und zu Gorleben zu bekennen.

(Abg. Teßmer SPD: Die haben aber eine andere Verwaltungsreform gemacht als Sie!)

(Minister Müller)

Diese Regierung knüpft wieder da an, wo Albrecht seinerzeit aufgehört hat. Sie besitzt diesen Mut.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Es gibt eine andere Vereinbarung!)

Die Bundesregierung trägt ihren Teil dazu bei, die Endlagerproblematik unlösbar zu machen. Interessanterweise – ich weiß nicht, ob Sie den „Focus“ in dieser Woche gelesen haben – beschäftigt sich mittlerweile der Bundesrechnungshof mit dieser Trittin'schen Endlagerpolitik, indem er sagt, hier würden Milliarden von öffentlichen Geldern und Milliarden aus potenziellen Schadenersatzansprüchen in den Sand gesetzt, weil man eine bestimmte ideologische Politik vertritt.

(Beifall der Abg. Hauk und Schebesta CDU)

Nehmen Sie das Thema „Terrorismusgefahr in Bezug auf die Kernkraftwerke“, das zufällig gerade in diesen Tagen – ich verstehe nicht, weshalb – wieder hochkommt. Seit einem Jahr gibt es eine Untersuchung der GRS, der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, und dem Bundesumweltminister beliebt es, obwohl er ein Jahr lang nichts tut, dieses Thema wieder einmal aus der Versenkung zu holen und mit den Ängsten der Bevölkerung zu spielen. Er könnte sehr wohl einen Beitrag dazu leisten –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Wie? Sagen Sie einmal, wie!)

– Ich könnte das jetzt im Einzelnen ausführen.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Letztes Stichwort zum Thema „Klimaschutz und Energiepolitik des EEG“.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Zu seiner komischen Kommission fällt ihm nichts ein! – Abg. Drexler SPD: Abschalten! – Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Die EEG-Novelle steht an. Meine Damen und Herren, der Vorläufer des EEG stammt von einer schwarz-gelben Bundesregierung.

(Abg. Drexler SPD: Und dann haben Sie es aufgegeben! – Abg. Knapp SPD: Jetzt aber nichts Falsches sagen! – Abg. Drexler SPD: Sie haben anschließend dagegen gestimmt!)

– Wir haben das nicht aufgegeben, sondern Sie sind an die Regierung gekommen. Das war der Unterschied.

(Zurufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Sie haben anschließend dagegen gestimmt!)

Jetzt haben Sie das EEG eingeführt. Wir haben etliches davon für falsch gehalten und haben es deswegen abgelehnt.

(Abg. Drexler SPD: Immer!)

– Sie halten es auch für falsch; deswegen novellieren Sie es. Jetzt wird das Ding besser, jetzt können wir zustimmen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Die CDU-Bundestagsfraktion stimmt zu! – Zuruf von der SPD: So ein Schwachsinn, was Sie sagen! – Weitere Zurufe)

So einfach ist das.

Ich kann Ihnen nur sagen, was das Land tun wird.

(Abg. Drexler SPD: Aha!)

Die Geschichte war bei uns noch nicht im Kabinett. Aber ich bin mir ziemlich sicher und sehr optimistisch, dass ich die Wünsche, die mir mit auf den Weg gegeben worden sind – dass ich im Kabinett dafür sorgen möge, dass das Land Baden-Württemberg im Bundesrat zustimmt – erfüllen kann.

(Abg. Teßmer SPD: Da werden Sie die Verwaltungsreform sehr bald reformieren müssen!)

Denn in der Tat ist für uns das Thema Revision – übrigens zum Beispiel bei der Windkraft; weniger Förderung, man soll es kaum glauben, ich meine, ich höre da irgendeinen Ministerpräsidenten heraus –

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Nicht weniger! Effizienter!)

– Effizienter? Völlig richtig! Ja, ja, und damit an bestimmten Stellen auch weniger.

Umgekehrt bei der Förderung der Großen Wasserkraft: Diese Novelle ist eine vernünftige Novelle, und deswegen wird sie die Zustimmung des Landes Baden-Württemberg bekommen.

(Abg. Drexler SPD: Endlich! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Jawohl.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Minister, wollen Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass die Novellierung des EEG nicht eine politische Korrektur ist, sondern dass es im ursprünglichen Entwurf des EEG schon angelegt war, dass die Preise, die ja politisch festgelegt werden, anhand der Marktentwicklung korrigiert werden müssen und dass, damit es nicht zu einer Überförderung kommt, diese Novellierung des EEG notwendig und von der Sache her angemessen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer SPD: Das versteht er doch nicht! – Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Warum stellen Sie es falsch dar, Herr Minister? So viel Redlichkeit muss sein!)

**Minister für Umwelt und Verkehr Müller:** Ich habe nichts dagegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Minister Müller)

Das war auch keine Frage. Wer reformfähig ist, dem sollte man nicht in den Arm fallen. Deswegen wird diese Novelle unsere Zustimmung finden.

Meine Damen und Herren, letzte Bemerkung zur Umweltsituation: Es ist die übliche Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition, dass die einen alles in rosigen Farben und die anderen alles in schwarzen Farben schildern. Das Beste ist immer, man hält sich an Fakten.

(Abg. Fischer SPD: Für beide Seiten!)

Das Bild ist natürlich immer differenziert, vor allem gemessen an dem, was man eigentlich erreichen möchte. Wenn man das Bild aber darauf basierend zeichnet, was man messen und wägen kann, und wenn man es mit anderen Bundesländern und mit dem Ausland vergleicht, dann kommt man zum Ergebnis, und das will ich Ihnen nur einmal sagen: Baden-Württemberg, Österreich und die Schweiz haben, was die Inanspruchnahme von Naturgütern oder was die Belastung der Umwelt anbelangt, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt bzw. bezogen auf die Einwohnerzahl die günstigste Situation. Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland im letzten Jahr eine umweltökonomische Gesamtrechnung aufgestellt und dabei eine sehr gute Position erzielt. Das heißt, wenn man sich wirklich auf die Fakten konzentriert, ist dieses Bild, Umweltpolitik sei bei uns das fünfte Rad am Wagen, ein falsches Bild. Dieser Wagen läuft auch auf diesem Rad.

Natürlich haben wir Aufgaben. Der Klimaschutz bleibt eine Aufgabe. Das, was wir da tun, ist insgesamt noch zu wenig; das ist für mich überhaupt keine Frage. Das Flächensparen bleibt eine Aufgabe. Aber glauben Sie bitte nicht, dass man Flächen dadurch sparen kann, dass man besonders viel Geld ausgibt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Richtig! Das ist genau der Punkt!)

Dafür braucht man die richtigen Konzepte.

Und damit komme ich zu meinem letzten Gedanken, meine Damen und Herren: Es geht nicht nur um Geld. Es geht auch darum, was man mit dem Geld tut. Das gilt in der Bildungspolitik genauso, wie es in der Umweltpolitik gilt. Wenn ich ein intelligentes Konzept habe – im ÖPNV oder mit dem „Klimaschutz-Plus“-Programm –, dann kann ich mit einem bestimmten Betrag entweder Effektiveres erreichen, oder ich kann sogar sparen, ohne dass ich dem Ziel schade. Deswegen sage ich – auch bei einem Sparhaushalt –: Wir haben die besseren Konzepte. Deswegen machen wir auch mit weniger Geld gute Politik.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Göschel SPD: Bitte keine Zugabe!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Göschel.

(Abg. Hillebrand CDU: Helmut, jetzt lob uns! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

**Abg. Göschel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Äußerungen des Fachministers haben mich nun doch gereizt, noch etwas zu sagen.

(Abg. Hillebrand CDU: Lob! Lob!)

Da ich noch Redezeit habe, mache ich das auch.

Zunächst komme ich zu den Kleintransportern. Herr Minister Müller, Sie finden unsere volle Unterstützung, wenn Sie entschieden für ein Tempolimit für Kleintransporter eintreten. Aber unterstützen kann man nur jemanden, der handelt. Wenn jemand nur redet, kann man ihn nicht so recht unterstützen. Also starten Sie eine Initiative! Wir unterstützen Sie.

Zweiter Punkt: Die Ansätze in manchen Umweltbereichen finden wir durchaus lobenswert. Das gilt speziell beim Hochwasserschutz. Es ist angesichts der Haushaltslage sehr zu begrüßen, dass dafür jetzt richtig Geld in den Haushalt eingestellt wird. Aber angesichts der drohenden globalen Minderausgaben glaube ich, dass der schöne Schein trügt. Wir werden die Jahresrechnung abwarten müssen. Dann werden wir sehen: schöne Worte, wenig Taten.

Mein dritter Punkt betrifft die Schuldendiensthilfe für den Flughafen Söllingen. Wir haben ja einen Antrag gestellt, sie zu streichen. Ich will einmal salopp sagen: Ich halte es nicht für eine Aufgabe der Steuerzahler,

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

das erfreuliche Landeprogramm des von mir geschätzten Herrn Bundesaußenministers in Söllingen mit einer Challenger zu unterstützen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr richtig!)

Das ist keine Landesaufgabe. Ich meine, dass der Flugverkehr insgesamt durchaus weniger öffentliche Förderung braucht. Das gilt speziell auch in diesem Fall.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Herr Minister Müller, Sie haben vom „Ende der goldenen Zeiten im ÖPNV“ gesprochen. Es ist richtig, dass aufgrund der durch die Investitionen geschaffenen Folgekosten im Laufe der Zeit eine Umschichtung der Investitionsmittel in Konsum erfolgt. Aber die Regionalisierungsmittel sind ja den Ländern eigentlich vorrangig dafür gegeben worden, damit den Betrieb zu unterstützen. Insofern ist das keine Überraschung, die jetzt plötzlich über uns hereinbricht.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Fischer SPD: Und sie sind gern genommen worden!)

Aber wenn Sie von der „Vertreibung aus dem Paradies“ sprechen, muss ich sagen: Ich habe das Paradies nicht sehen können – ohne dass ich abstreite, dass die Situation gut war.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das Paradies ist den Lebenden nicht gegeben!)

Wir leben auch jetzt nicht im Paradies. Aber wenn wir bei dieser Wortwahl bleiben, möchte ich sagen: Wenn ein Verkehrsverbund bzw. eine Region wie die Rhein-Neckar-Re-

(Göschel)

gion aus unterschiedlichen Gründen erst jetzt an der Pforte des Paradieses anklopfen kann, aber dort sofort abgewiesen wird, dann ist das eine Schieflage und Benachteiligung einer großen Region unseres Landes.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Letzter Punkt: Wir haben nicht kritisiert, die Kürzungen seien nicht ausgewogen; denn wir sind durchaus der Meinung, dass sowohl beim ÖPNV als auch beim kommunalen Straßenbau zu viel gekürzt wird. Deswegen haben wir auch entsprechende Erhöhungsanträge gestellt. Wir fordern beispielsweise, die gesamte Kürzung um 53 Millionen €, die das Land bisher als Eigenmittel, als Komplementärmittel zum GVFG dazugegeben hat, wieder aufzuheben, und zwar sowohl die Kürzung um 23 Millionen € im kommunalen Straßenbau als auch die Kürzung um 30 Millionen € beim ÖPNV. Wir kritisieren nicht, Sie würden einseitig streichen, sondern wir kritisieren, dass Sie überhaupt eigene Mittel des Landes streichen. Oder, um in Ihren Worten zu bleiben, Herr Minister Müller: Wir kritisieren, dass Sie nur noch in fremden Hosen stinken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Palmer.

(Abg. Hoffmann CDU: Schon wieder?)

**Abg. Boris Palmer** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, für eine Minute nehme ich die Rolle des Buchhalters an.

(Abg. Hoffmann CDU: Was?)

Eine Bemerkung vorweg: Sie haben sich nicht mehr zu dem geäußert, was es bedeutet, Ihre Einsparleistungen dadurch zu erbringen, dass Sie einfach nur Tilgungsleistungen für Schulden aussetzen. Ich glaube, aus dieser Stille spricht das schlechte Gewissen.

Punkt 2: Ich habe mich heute Nacht bis etwa 1:30 Uhr mit Ihrer schönen Formel für den Selbstbehalt im kommunalen Straßenverkehr beschäftigt, die lautet: Zwei mal Einwohner plus 50 mal Wurzel aus Bausummenkosten.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Phänomenal!)

Diese Formel hat mich lange beschäftigt. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, dass sie im Endeffekt eine etwa vierprozentige Reduktion des Fördersatzes im kommunalen Straßenbau bewirkt. Ich habe aber auch durchgerechnet, was es für den öffentlichen Personennahverkehr bedeutet, einen Selbstbehalt von 100 000 € einzuführen, und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass die Größenordnung in etwa dieselbe ist.

Aus diesem Grund glaube ich, dass ich nicht wider besseres Wissen, sondern aufgrund fundierter mathematischer Berechnungen, die Sie im Ministerium gern noch etwas detaillierter durchführen können, um mich vom Gegenteil zu überzeugen, nach dem Stand der Dinge das Richtige gesagt habe, nämlich: Die Kürzungen treffen ausschließlich den öffentlichen Verkehr beim Fördersatz, und beim Selbstbehalt sind öffentlicher Verkehr und Straßenverkehr gleich schlecht dran.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Zeller SPD: Tosender Beifall der Abg. Brigitte Lösch! – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Für Mathematik gibt es nie Beifall!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Berroth.

**Abg. Heiderose Berroth** FDP/DVP: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe noch etwas klarzustellen, weil mir meine Worte vorhin im Mund umgedreht worden sind. Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen:

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Es liegt mir wirklich fern, jemanden wegen seiner Herkunft zu verunglimpfen. Ich habe ein Wort des Kollegen Göschel aufgegriffen, der seinem Parteifreund und Bundesverkehrsminister unterstellt hat, dieser sei leichtgläubig gewesen.

(Abg. Göschel SPD: „Leichtgläubig“ habe ich nicht gesagt! Falsch! „Großes Vertrauen“! „Übergroßes Vertrauen in westdeutsche Technik“!)

– Wir lesen es nach. „Zu großes Vertrauen“ ist in dieser Position nach meiner Ansicht mit Leichtgläubigkeit gleichzusetzen. Seien Sie mir nicht böse.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man in einer solchen Position ist, sollte man eine Sachlage beurteilen können.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was hat das mit Ostdeutsch zu tun?)

– Überhaupt nichts. Das hat Herr Göschel gesagt – das ist ja genau der Punkt – und nicht ich.

(Abg. Göschel SPD: Es wird nicht besser!)

Herr Minister Müller, ich möchte mich bei Ihnen dafür bedanken, dass Sie die Blumen stehen gelassen haben. Jeder, der sich etwas mit der Botanik beschäftigt, weiß, dass sich die allermeisten Pflanzen über Samen vermehren. Dazu muss eine Blüte befruchtet werden. Deswegen ist es wichtig, dass die Blumen noch stehen.

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

Zu den Haushaltsanträgen noch vorab eine Bemerkung.

(Unruhe)

Ich habe das vorhin nicht deutlich gesagt: Auch die FDP/DVP steht zum Selbstbehalt, vor allem dort, wo er sich in so phänomenaler Weise an der Leistungskraft der Kommunen orientiert. Ich finde die Formel wirklich gut.

Weiter haben die Grünen einen Antrag eingebracht, nach dem der Wasserpfennig erhöht werden soll. Ich finde es erstaunlich, dass Sie eine Veränderung vornehmen wollen, ohne wenigstens auch den Begriff „Pfennig“ anzupassen. Ich werde dazu aber keinen Antrag stellen, weil wir dieses Instrument ohnehin nicht für richtig halten. Wir wollen da mittelfristig eine Veränderung. Das erreichen wir zwar nicht in diesem Haushalt, aber wir müssen dranbleiben.

(Heiderose Berroth)

Zum Thema Söllingen, Schuldendiensthilfe: Herr Kollege Palmer, auch wenn Sie jetzt die Flucht ergreifen:

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein! – Abg. Fischer SPD: Nein, das macht er nicht!)

Es handelt sich hierbei in keiner Weise um Zuschüsse für Billigflieger. Vielmehr handelt es sich um eine außerordentlich wichtige Investition in die Infrastruktur im Wirtschaftsraum Mittelbaden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das merkt man auch daran, dass vor allem die zuständige IHK und die Handwerkskammer ganz deutlich hinter dieser Förderung stehen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von der SPD)

Sie wollen die Mittel für die ILK streichen. Das würde vielleicht dann einmal einen Sinn ergeben, wenn wir auf Bundesebene wieder eine vernünftige Einrichtung in dieser Richtung haben –

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

nicht eine solch parteiische, wie sie gegenwärtig besteht.

Insgesamt muss man zusammenfassend feststellen: Die Grünen haben keine vernünftigen Gegenfinanzierungsvorschläge vorgelegt.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Na ja!)

Sie haben sich wieder einmal als grüne Gutmenschen präsentiert.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mein Gott!)

Sie jammern und vergießen Krokodilstränen, aber Sie tun nichts.

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Handeln Sie endlich in Berlin, und sagen Sie nicht, Sie könnten dort nichts erreichen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Im negativen Sinn nämlich haben Sie in Berlin für Baden-Württemberg leider sehr viel erreicht. Ich nenne als Beispiel nur das Projekt Stuttgart 21, das Sie verhindern wollen, ich nenne Ihre fatalen Einflüsse auf den Bundesverkehrswegeplan und den Stopp des Schleusenausbau bei der Bundeswasserstraße Neckar. Es ließe sich noch vieles andere mehr anführen.

Ein Beispiel aus meinem Wahlkreis: die S 60. Ursprünglich war einmal geplant – sie stellt eine wichtige Verbindung im S-Bahn-Ring um Stuttgart dar –, dass sie unter Landeshoheit hätte gebaut werden können, mit Kosten unter 100 Millionen €. Schließlich wurde das Ganze – durch das Eisenbahnbundesamt und wen weiß ich noch alles – mit tausend Anforderungen hochgezont, bis der Bund entscheiden musste. Es hat endlos lang gedauert, bis es weiterging. Jetzt wären wir so weit, haben aber bald wahrscheinlich nicht mehr genügend Geld. Die Nutzer des öffentlichen Nahver-

kehrs im Großraum Stuttgart bekommen das bitter zu spüren.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Aber die Bundesmittel GVFG sind nicht gekürzt! – Abg. Göschel SPD: Das liegt an den fehlenden Landesmitteln! – Abg. Drexler SPD: Sie wollen bloß immer Geld, Geld, Geld! – Weitere Zurufe von der SPD)

Des Weiteren: Die S 60 führt auch durch Magstadt, und Magstadt ist mit der B 464 doppelt betroffen. Viele, viele Jahre wurde die S 60 generell bekämpft, vor allem auch von Ihren grünen Kollegen auf Landes- und Bundesebene; die sind da regelmäßig aufgetaucht.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Jetzt haben wir endlich einen Planfeststellungsbeschluss. Jetzt könnten wir sofort bauen, und jetzt liegt das Ganze unter dem Fallbeil Mautausfall. Sie reden immer von der Umwelt. Denken Sie doch endlich auch einmal an die Menschen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Alles das, was ich jetzt aufgezählt habe, ist intensiv mit der wirtschaftlichen Zukunft unseres Landes und damit mit der Zukunft der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger verbunden. Hierfür lohnt sich der Einsatz jedes Landespolitikers. Diesen Einsatz werde ich gerne weiter leisten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Verkehr. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2810. Die Änderungsanträge werden wie üblich bei den einzelnen Kapiteln aufgerufen.

Ich rufe auf

Kapitel 1001

Ministerium

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2850-1.

Ich lasse zunächst über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 1001 abstimmen. Wer Kapitel 1001 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1002

Allgemeine Bewilligungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2850-2.

(Präsident Straub)

Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen und bitte diejenigen um das Handzeichen, die dem Antrag zustimmen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 1002 abstimmen. Wer Kapitel 1002 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun auf

### Kapitel 1003

#### Verkehr

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2850-3.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann rufe ich Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2850-8, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ziffer 1 des Änderungsantrags ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2850-4, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über das Kapitel 1003 abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe jetzt auf

### Kapitel 1004

#### Straßenbau

und dazu zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2850-5.

Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2850-8, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2850-6, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2850-9, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2850-7, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich über das Kapitel 1004 – Straßenbau – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 1004 – Straßenbau – ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe jetzt auf

### Kapitel 1005

#### Wasser- und Abfallwirtschaft

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2850-10.

Wer dem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über das Kapitel 1005 – Wasser- und Abfallwirtschaft – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich über die Kapitel 1006 bis 1011 gemeinsam abstimmen lassen?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE und Abg. Schmid SPD: Nein!)

– Nein.

Ich rufe auf

### Kapitel 1006

#### Gewerbeaufsicht

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen ist dem Kapitel mit Mehrheit zugestimmt.

Ich rufe auf

### Kapitel 1008

#### Landesamt für Straßenwesen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Enthaltungen ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

(Präsident Straub)

Ich rufe auf

Kapitel 1010

Landesanstalt für Umweltschutz

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei mehreren Enthaltungen ist dem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Schließlich rufe ich auf

Kapitel 1011

Gewässerdirektionen

Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 10.

Ich rufe unter **Tagesordnungspunkt 1** den **Buchstaben b** auf:

**Einzelplan 08: Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2808**

**Berichterstatter: Abg. Kleinmann**

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nein, danke! – Unruhe)

Das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 08 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kiefl.

(Anhaltende Unruhe)

**Abg. Kiefl** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich müssen wir auch im Bereich des MLR einen Sparhaushalt fahren. Ich hätte es natürlich lieber anders. Aber ich stelle fest, dass wir dadurch den Weg einer eigenständigen Agrarpolitik in Baden-Württemberg nicht verlassen. Wir wollen mit den Kräften, die uns im Land zur Verfügung stehen, und mit unseren Programmen auch künftig ein positives Umfeld für die weitere, nicht leichte Entwicklung unserer familienbäuerlichen Landwirtschaft schaffen und dies natürlich in gleicher Weise auch für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und für die Entwicklung des ganzen ländlichen Raums tun.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPD-Fraktion legt in der Zeit dieser Haushaltsdebatte ein Arbeitsprogramm für den ländlichen Raum vor. Das ist an und für sich ein lobenswertes Unterfangen. Aber was ist die Botschaft dieses Arbeitsprogramms bei seiner öffentlichen Vorstellung?

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

In der „Schwäbischen Zeitung“ vom 16. September 2003 steht – ich zitiere –:

(Abg. Teßmer SPD: Ach! Alte Kamellen, Herr Kollege!)

*Bauern den Herausforderungen nicht gewachsen*

*Um gegenzusteuern, sollen vor allem die jungen Bauern umerzogen werden.*

(Abg. Rüeck CDU: Hoppla! Ja wo sind wir denn?)

Das ist nicht nur ein hässlicher Patzer

(Abg. Teßmer SPD: Das habe ich doch gar nicht gesagt! Sie sind ja beratungsresistent! – Abg. Marianne Wonnay SPD: Nur billig!)

– ich zitiere es; ich lese Ihnen aus der Zeitung vor –, sondern das grenzt schon an Offenbarung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die Bauern nicht umerziehen. Welch fürchterliche Anmaßung steht allein hinter diesem Wort.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Bauern in unserem Land haben im Verlauf der gesamten technischen Entwicklung gezeigt, dass sie den Strukturwandel gestalten und nicht nur erleiden, ohne dass unser Land drangsaliert wird und ohne dass es zu Agrarinseln kommt. Das Land verliert sein Gesicht nicht – trotz dieses Strukturwandels, den unsere Landwirtschaft hinter sich gebracht hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir sind im Gegensatz zur SPD nicht der Meinung, dass unsere Bauern den Herausforderungen nicht gewachsen seien – ich zitiere nochmals die Überschrift aus der „Schwäbischen Zeitung“ vom 16. September: „Bauern den Herausforderungen nicht gewachsen“ –, denn noch nie waren unsere familienbäuerlichen Betriebe in Bezug auf Ökonomie und Ökologie so effizient wie heute. 3 % der Bevölkerung machen 97 % der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln satt, und dies zu historischen Tiefstpreisen – 2 Cent macht der Weizenanteil in einer Brezel noch aus – und beim Erhalt unserer viel gegliederten und liebenswerten Kulturlandschaft.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Die Bauern brauchen aber eine Stärkung der Wettbewerbskraft. Setzen Sie sich mit uns dafür ein, dass – jetzt bin ich einmal bescheiden – zumindest annähernd gleiche Standards gegeben sind, damit endlich dieser qualvolle Unsinn aufhört, dass wir eigene Produkte quasi als Sondermüll entsorgen müssen, während unsere Mitwettbewerber auf dem gemeinsamen Marktplatz in Europa Produkte mit höchsten Lobpreisungen verkaufen, obwohl sie in der Produktion nicht unseren Standards entsprechen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

(Kiefl)

Ich weiß natürlich, dass die Frau Verbraucherschutzministerin das nicht sagen kann, denn was in der EG zulässig ist, muss auch auf dem europäischen Marktplatz verkauft werden können. Aber man stelle sich diesen Unsinn vor. Ich nenne nur ein Beispiel zu BSE. Wir untersuchen nach 24 Monaten, müssen aber das Risikomaterial entfernen – sehr zu Recht; das betone ich, damit da kein Missverständnis bleibt. In anderen Ländern untersuchen sie nach 30 Monaten, lassen aber das Risikomaterial drin. Das Ganze nennt sich Verbraucherschutz. Das ist eine Verarschung der Verbraucher, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir weisen zurück, dass der agrarpolitische Sprecher Ihrer Fraktion einen ganzen Berufsstand mit der Aussage beleidigt – ich zitiere –:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch bei der SPD)

*Von Partnerschaft in der Ehe halten die Bauern wenig.*

Das ist auch sachlich – ich möchte darauf nicht persönlich eingehen – so etwas von daneben!

(Abg. Marianne Wonnay SPD: Sie wissen doch genau, dass er das nicht gesagt hat! – Zuruf von der SPD: Lüge!)

Denn jeder halbwegs Kundige weiß,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

dass Familienbetriebe – auch im Handwerk, im kleinen Mittelstand – nicht überleben, wenn nicht ein auf Achtung und Verstehen, eben ein auf Partnerschaft aufgebautes Familienleben Grundlage für den Fortbestand dieser mittelständischen Betriebsform wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das haben Sie gar nicht gelesen!)

Davon könnten sich viele eine Scheibe abschneiden.

(Abg. Drexler SPD: Wenn Sie die Zeitung gelesen hätten, wüssten Sie, dass er das nicht gesagt hat!)

– Deutlicher, Herr Drexler, kann die SPD die Fremdheit, die Ferne – –

(Abg. Drexler SPD: Sie wissen doch, dass es nicht stimmt!)

– Die Zeitung liegt mir vor, es ist nie in der SZ richtig gestellt worden.

(Abg. Drexler SPD: Natürlich ist es richtig gestellt worden!)

In der „Schwäbischen Zeitung“, aus der ich zitiere, ist es nie richtig gestellt worden.

(Abg. Drexler SPD: Selbst da ist es richtig gestellt worden! Sagen Sie doch nicht die Unwahrheit!)

Deutlicher kann die SPD die Fremdheit, die Ferne zum ländlichen Raum und seinen Menschen nicht zum Ausdruck bringen.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Ungeheuerlich! – Abg. Junginger SPD: Verleumder!)

Wir weisen mit Nachdruck zurück – –

(Abg. Drexler SPD: Er kann gar nicht lesen!)

– Das Volk kann lesen, Herr Drexler.

(Abg. Drexler SPD: Sie aber offenbar nicht! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Nehmen Sie eine Auszeit, Herr Drexler, Sie regen sich viel zu sehr auf!)

Wieder ein Zitat, das ich interpretiere: Bauern würden betriebswirtschaftlich versagen. Das mache ich an der Aussage fest, dass unsinnig viel Kapital für unsinnig viele Maschinen aufgewendet wird. Was ist dagegen zu sagen?

(Abg. Walter GRÜNE: Jetzt sag doch einmal etwas zum Thema! Hast du auch etwas zum Thema zu sagen?)

Wir haben eine flächendeckende Maschinenringorganisation bei uns. Nebenerwerbsbetriebe könnten anders gar nicht überleben. Wir müssen natürlich bei den Maschinen auch saisonal klotzen, das ist klar. Im Sommer braucht man alle Mähdrescher, im Winter stehen sie herum, obwohl manche immer noch meinen, man könnte im Dezember Wintergerste dreschen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Phrasen dreschen!)

Aber das Entscheidende ist, meine Damen und Herren: Wenn Sie die Buchführungsergebnisse untersuchen, dann werden Sie feststellen, dass sich alle Kostensenkungsmaßnahmen im Bereich der Technik, der Mechanisierung, des Bauens und der Arbeiterledigung konzentrieren. Denn Menschen können aus den bäuerlichen Betrieben nicht entlassen werden, und Preiserhöhungen sind natürlich auch nicht drin, wenn man weiß, dass 500 Gramm Butter weniger kosten als 500 Gramm Schuhcreme, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Aber die isst doch niemand!)

Man kann nur sagen: „Hättest du geschwiegen, wärest du ein Philosoph geblieben.“

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Unser Fazit, meine Damen und Herren: Unsere politische Zielsetzung ist klar. Wir reden niemandem nach dem Mund, den Bauern nicht und auch weltfremden Nostalgikern nicht, wenn ich formuliere: Wer in der Landwirtschaft bleiben will, muss sich entweder entwickeln und größer werden oder etwas Besonderes produzieren. Damit reden wir niemandem nach dem Mund. Das eine heißt, alle von der Verarbeitungswirtschaft geforderten Rohstoffe in hoher Quali-

(Kiefl)

tät und zu jeder gewünschten Zeit in ausreichendem Umfang liefern zu können, und das andere heißt, regionale Schwerpunkte zu setzen, Marken anzubieten und Dienstleistungen anzubieten. Je vielfältiger die Innovationen und die Innovationsstrategien im ländlichen Raum sind, umso vielfältiger ist dann natürlich auch das Leben im ländlichen Raum und umso stabiler sind die Verhältnisse dort.

Ich hoffe, dass nach diesen Er widerungen von mir und nach unseren Aussagen – das musste sein – die Zusammenarbeit im Ausschuss wieder normal über die Bühne geht, was ja meistens der Fall ist, wenn wir es an Sachthemen festmachen, und dass wir diese Geschichte damit ausräumen können.

(Abg. Fischer SPD: Dann sollten Sie aber keine Sachen behaupten, die nicht stimmen! – Zuruf der Abg. Marianne Wonnay SPD)

Aber das, was damit draußen angerichtet worden ist, ist im Grunde genommen unsäglich.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Ja-wohl! Sehr gut! – Abg. Drexler SPD: Das war wieder die Rede eines Bauernfunktionärs!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Teßmer.

(Abg. Herrmann CDU: Jetzt entschuldigt er sich! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Er muss sich überhaupt nicht entschuldigen! Ihr Redner muss halt lesen können! Das ist der Punkt!)

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf zunächst auf Herrn Kiefl eingehen. Herr Kiefl, ich bin eigentlich sehr enttäuscht von Ihnen, weil ich gedacht habe, dass Sie, wenn Sie etwas lesen, was Ihnen unglaublich vorkommt, zunächst einmal fragen, wie das wirklich gesagt worden ist. Es handelte sich um eine öffentliche Presseerklärung, und bis auf einen haben alle Journalisten ordnungsgemäß wiedergegeben, was die SPD durch mich verkündet hat.

Damit das gleich klar ist: Ich hätte mich sofort bei allen Bäuerinnen und Bauern entschuldigt, wenn das, was in jenem Artikel steht, von mir gesagt oder gedacht worden wäre.

(Unruhe)

Das ist aber nicht der Fall. Es ist schade, dass Sie sich nicht einmal die Mühe gemacht haben, die anderen Zeitungen oder Pressemeldungen zu lesen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Beschämend! – Weitere Zurufe)

Herr Kiefl, ich verlange von Ihnen, dass Sie sich noch heute persönlich bei mir entschuldigen, und biete Ihnen eine kleine Hilfe an.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Jetzt will er schon wieder umerziehen! – Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

– Herr Fleischer, lassen Sie mich jetzt wenigstens einmal ausreden!

Herr Kiefl, ich biete Ihnen an, sich zusammen mit mir und Zeugen das Band des Südwestrundfunks – das ist ja wohl neutral – anzuhören. Dann werden Sie hören, was tatsächlich gesagt wurde. Es ging um inhaltliche Zukunftsperspektiven, um die Diskussion darüber, wie unsere Landwirtschaft und unsere ländlichen Räume besser gestaltet werden können, und nicht um Diffamierung derer, deren Hilfe und Unterstützung wir ja gerade haben möchten.

(Zuruf von der SPD: Das weiß er!)

Dass Sie sich diese Mühe nicht machen, enttäuscht mich. Die veröffentlichende Zeitung war nicht bereit, meine Gegendarstellung zu drucken. Sogar Herr Maurer vom „Wochenblatt“, der das ebenfalls ungeprüft übernahm, hat eingeräumt, dass er das bringt; meine Gegendarstellung steht diese Woche drin. Das interessiert Sie aber gar nicht.

(Abg. Kiefl CDU: Was haben Sie denn gemacht? Sie haben eben nichts gemacht! Sie müssen es richtig stellen! – Abg. Fleischer CDU: Was haben Sie denn dann gemacht?)

– Kommen Sie, Herr Fleischer, bitte nachher auch mit! Hören wir uns gemeinsam das Band an, und dann werden Sie sehen!

(Zurufe von der CDU)

Es ist schade, dass Sie Verleumdungen, denen Sie gern glauben möchten, glauben, ohne dass Sie die Inhalte überprüfen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Drexler SPD: Klima vergiftet!)

Herr Kiefl, Sie können mir ja nachher mitteilen, ob Sie ein Verleumder bleiben wollen oder ob Sie der Wahrheit die Ehre geben wollen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kiefl CDU: Es gibt ein Presserecht! Sie wissen, warum Sie es nicht machen! – Abg. Hauk CDU: Wenn es nicht so war, können Sie eine Gegendarstellung verlangen! – Abg. Fleischer CDU: Presserecht! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Fleischer, ich habe eine Klarstellung dorthin geschickt. Sie haben es nicht abgedruckt. Mehr kann ich nicht machen.

(Abg. Fleischer CDU: Doch!)

Wenn ich da prozessiere, heißt es: Jetzt prozessiert der auch noch!

(Abg. Hauk CDU: Ja! – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Das „Wochenblatt“ war da etwas fairer. Das freut mich.

Aber jetzt möchte ich endlich auf den Haushalt eingehen.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sehr gut!)

Ich bin nach wie vor bereit, das andere zu klären, aber die Zukunft der Landwirtschaft hängt nicht davon ab, ob eine Zeitungsmeldung von Herrn Kiefl widerspruchlos übernommen wird oder nicht.

(Teßmer)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen  
– Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, mit 1,065 Milliarden € ist der Etat des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum im Vergleich zu den Vorjahren tatsächlich erneut deutlich weiter geschrumpft; denn die jetzt beim MLR gesondert ausgewiesenen Personalkosten müsste ich eigentlich abziehen. Das darf aber nicht daraus abgeleitet und damit begründet werden, dass nur 2 % der Bevölkerung direkt in der Landwirtschaft beschäftigt sind und die Landesbevölkerung mehrheitlich in den Ballungsräumen wohnt. Wer sich an dieser Zahl orientiert, unterschätzt die in weit höherem Maße und Prozentanteil vorhandene Bedeutung der Landwirtschaft und ihrer nachgelagerten Gewerbe und vergisst die eigene Art unserer ländlichen Räume. Aufgabe des Ministeriums ist es auch, dem ländlichen Raum sein eigenes Gepräge zu erhalten und im ländlichen Raum nicht ein verkleinertes Abbild der Ballungsräume zu sehen.

Gleich zu Anfang möchte ich darauf hinweisen, dass der ländliche Raum nicht nur aus Landwirtschaft besteht. Aber ohne die Leistung unserer bäuerlichen Familienbetriebe ist eine einigermaßen flächendeckende Landbewirtschaftung und ein Erhalt unserer gewachsenen Kultur- und Tourismuslandschaft nicht möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn nun fast die Hälfte des Agraretats auf Personalkosten entfällt, dann sei die Frage gestattet, wie viel noch direkt bei den Landwirten und ihren Familien ankommt. Das ist ein sehr kleiner Teil. In einem Sparetat sind Streichungen nicht zu vermeiden. Mit den Streichungen setzt man aber Prioritäten oder zeigt, worauf man weniger Wert legt. Leider werden die Einsparmaßnahmen fast ausnahmslos auf der Ebene direkter Zahlungen an Landwirte vorgenommen, nicht aber im Ministerium selbst, in der Verwaltung oder bei den Forstdirektionen. Neudeutsch heißt das „top down“ – oben mit Sparen anfangen und unten aufhören, nicht umgekehrt.

Während für die Informationstechnik trotz Haushaltsmisere locker 2 Millionen € draufgeschlagen werden, werden beispielsweise in den Titeln des Regionalprogramms einige Millionen Euro an Investitionszuschüssen für die landwirtschaftlichen Betriebe gestrichen. Das können Sie schlecht allein dem Bund anlasten, auch wenn die Gemeinschaftsaufgabe gekürzt wurde.

Umschichtungen und teils deutliche Verbesserungen sind dort im Haushalt zu verzeichnen, wo es um Grünlandwirtschaft, den Einsatz der noch geringen Modulationsmittel und ökologische Anbauverfahren sowie um tiergerechte Haltungformen geht. Ich hoffe nur, dass Sie diese Haushaltsansätze auch mit Leben füllen und so erreichen, dass ein Umdenken in der Tierhaltung sowie eine Stabilisierung und Rentabilität der Grünlandbewirtschaftung, aber auch ein verändertes Verbraucherverhalten erkennbar werden.

Ich möchte nicht mehr den Vorwurf hören, in Berlin presche man mit übertriebenem Tierschutz zulasten unserer Landwirte im Bereich der Käfighaltung bei Legehennen vor. Am 24. November des letzten Jahres hätten die Länder diesen vorgezogenen Sonderweg mit der Zustimmung zu ei-

nem bayerischen Antrag beenden können. Aber Tierschutz nimmt im Verbraucherdenken einen sehr hohen Wert ein. Den Tierschutz kann man nicht einfach übergehen. Dies hat auch Sie, Herr Minister Stächele, für Baden-Württemberg zustimmen lassen. Gut so! Aber dann ist, bitte schön, auch Schluss mit der Debatte um die Käfighaltungsverordnung bei Legehennen.

(Beifall bei der SPD)

Von dieser Landesregierung hören wir regelmäßig, Wind- und Solarenergie seien nicht die alleinige Lösung beim Einstieg in die Nutzung erneuerbarer Energien. Baden-Württemberg brauche stattdessen die verstärkte Nutzung von Holz, Stroh und anderer Biomasse sowie die Wasserkraft.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Warum ist dies im Einzelplan 08 nicht erkennbar? Der Ansatz für Holzheizanlagen und Blockheizkraftwerke auf Holzbasis ist lächerlich gering und wird keineswegs ausreichen, um das Gefühl zu bekommen, dass Sie in diesem Bereich wirklich etwas nach vorne bringen wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das müssen Sie aber, um die Klimaschutzziele zu erreichen und die nach und nach vom Netz gehenden Kernkraftwerke durch zukunftsgerichtete eigene Energieträger zu ersetzen. Ohne Not vergeben Sie eine Chance, den Landwirten und dem ländlichen Raum insgesamt ein neues wirtschaftliches Standbein zu ermöglichen und neue Wertschöpfung in die ländlichen Regionen zu bringen.

Dies ginge übrigens auch mit Windkraft, aber mengenmäßig in weit höherem Maße mit der verstärkten Nutzung von Biomasse in modernsten Blockheizkraftwerken. Auch die Förderung der Verstromung von Energiegetreide, zum Beispiel durch die Gestattung der Anwendung dieser Stromerzeugung in kleineren Blockheizkraftwerken, geht bei Ihnen nicht voran.

Wieso kann ein Baden-Württemberger in Bayern – mit ständig steigender Tendenz – beim Rapsanbau auf 62 000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche, davon gerade einmal 1 200 Hektar in Baden-Württemberg, etwa 70 Millionen Liter Biodiesel herstellen? In Nordrhein-Westfalen geschieht dasselbe – inzwischen gibt das sogar fast 100 Millionen Liter Biodiesel. Für BP und Shell geht es schon jetzt immer mehr darum, auf 5,75 % Beimischung zu kommen. Wie viel Raps wird in Baden-Württemberg in Biodiesel umgeestert? Null.

Inzwischen steigt aber die Zahl der Biodieselbenutzer im Lkw-Bereich immer weiter. Entgegen immer wieder zu hörenden Behauptungen tritt der Leistungsabfall bei Biodiesel im Schwerverkehr prozentual weit weniger in Erscheinung, als die sofort spürbare Kosteneinsparung Vorteile bringt. Dass die Beimischung zum normalen Dieseltreibstoff kommt, ist hier doch bekannt, oder?

Hier liegt auch für unsere Rapsanbauer eine Zukunftschance, wenn es zum Bau einer eigenen Verarbeitungsanlage in Baden-Württemberg kommt. Die Chancen dazu wären da – übrigens auch die Bereitschaft –, aber die Unterstützung der

(Teßmer)

Landesregierung hält sich – ich will es lieb sagen – in Grenzen. Sie haben zwar freundlicherweise im Ethanolbereich eine Machbarkeitsstudie finanziell gefördert, Herr Minister. Zur Erhöhung des umweltfreundlichen, unsere Landwirtschaft stärkenden Biodieselanteils höre und finde ich in diesem Haushalt aber nichts.

Es fehlt auch völlig das eigene Vorbild. Warum fährt kein einziges Fahrzeug des Ministeriums – oder noch besser der gesamte Fuhrpark des Ministeriums – mit Biodiesel? Wenn hier nicht das MLR mit gutem Beispiel vorangeht, wer denn dann?

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur Bayern, sondern auch Dänemark und Österreich sind da wesentlich weiter. Warum haben Sie unseren Antrag auf Aufstockung dieses Ansatzes um 3,5 Millionen € bisher abgelehnt? Das wäre ein echter Quantensprung gewesen und hätte nicht zuletzt auch für das Handwerk im ländlichen Raum Arbeit und Aufträge bedeutet.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nachher noch einmal eine Chance dazu. Vielleicht stimmen Sie dann zu.

Ganz unabhängig von der widersinnigen und schädlichen Verwaltungsreform im Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum, mit der Sie das auch von Ihnen immer gelobte, erfolgreiche Einheitsforstamt zerstören, sparen Sie auch hier am falschen Ende und lassen jede Kreativität vermissen. Die bestehenden beiden Forstdirektionen ließen sich problemlos verschlanken, zusammenlegen oder gar einsparen. Da ließen sich nämlich tatsächlich Gelder zurückfahren.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Beide einsparen?)

– Ja, das kann man alles sehr wohl im Ministerium machen. Es gibt schließlich einen Landesforstpräsidenten.

Es ist auch schwer zu begründen, dass einerseits alle Forstämter über das Internet miteinander verbunden sind – auch mit den Oberbehörden –, die Dienstaufsicht aber, etwa im nördlichen Baden, zum Beispiel in Adelsheim, bei Herrn Hauk, von Freiburg aus stattfindet, obwohl Stuttgart genau in der Mitte liegt. In Wertheim am Main kontrolliert jemand aus Bebenhausen und fährt beim Kontrollbesuch an Stuttgart vorbei. Das bringt zwar Reisekosten, aber keine Effizienz.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Hier wäre ohne Wertverlust leicht eine Effizienzrendite zu erwirtschaften. Stattdessen legen Sie Hand an die Forstämter und machen es dem einfachen Förster immer schwerer, denn die geforderte und von den Landkreisen auszubadende Effizienzrendite wird natürlich zu vergrößerten Revieren führen.

(Widerspruch des Abg. Fleischer CDU)

– Das sagen Ihnen alle Förster; vielleicht denkt es sogar Herr Hauk.

Sie sagen gerne und oft, dass Ihnen die Subsidiarität und die Kleinunternehmer am Herzen lägen. Gleichzeitig aber machen Sie mit millionenschweren neuen Holzerte- und -rückemaschinen den privaten Forstunternehmen das Leben schwer.

(Widerspruch bei der CDU)

– Das stimmt sehr wohl. – Landesbedienstete verrichten mit hoch produktiven Geräten die Arbeit, die kleine Unternehmen, meist Familienbetriebe, preiswerter erledigen könnten. Jetzt sind wieder 1,1 Millionen € für Neuanschaffungen im Haushalt ausgewiesen. Und was stellen wir fest? Die alten Geräte laufen noch jahrelang weiter. Dieses Geld hätten Sie besser den Landwirten zukommen lassen. Aber ich stelle ja schon keine Anträge mehr, weil sie eh immer abgelehnt werden.

In einem einzigen Fall konnte wenigstens zugunsten der Landesarbeitsgemeinschaft „Urlaub auf dem Bauernhof“ ein zählbarer Erfolg verbucht werden: Die bekommen weiterhin ihre 50 000 €.

Herr Minister, bitte schreiben Sie Ihr Jawort für 2004 aber so in den Haushalt, dass wir nächstes Jahr nicht wieder das selbe Theater haben.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich müssten wir uns auch freuen, dass es im Naturschutz angeblich weiter vorwärts geht, aber es scheint, dass das nur ein Etikett ist und dass man dort tatsächlich wenig tut.

Die Verwaltungsreform bedeutet aber auch die Abkehr von einem Konzept. Ich meine die naturnahe Waldwirtschaft. Ich habe das Gefühl, die Ökonomie geht wieder zulasten der Ökologie nach vorn.

Mit der Eingliederung der Flurneuordnung und der Landwirtschaftsämter in die Kreisverwaltungen geraten auch die Schulen an diesen Ämtern in die Diskussion. Niemand kann und will uns sagen, ob und wie es mit ihnen weitergeht. Seit Jahren wandern junge Landwirte zur Aus- und Weiterbildung in Nachbarländer ab. Immer noch fehlt ein echtes grünes Zentrum, in dem neue Technologien, Marketing, Aus- und Weiterbildung und all das, was ein junger Landwirt heute können muss, zentral vermittelt werden. Hier ist Kupferzell vorbildlich. Aber mit drei Lehrbeauftragten im Winter kann man doch nicht von einem Zentrum sprechen.

Die Entwicklung der letzten Jahre macht deutlich: Die Abgabe von eigenen Ämtern und Landesanstalten und auch der Forstverwaltung wird Schritt für Schritt dazu führen, dass das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum sich selbst schwächt. Allein die Abgabe der Forstämter und der Flurneuordnung an die Landkreise verringert seinen Geschäftsanteil drastisch um 336 Millionen €, also um fast ein Drittel des Haushalts. Zuvor gab es schon die Ausbeinung der Bezirksstellen für Naturschutz. Wenn jetzt die 242 Millionen € aus Landesmitteln, die von der EU und vom Bund kommen, auch noch weggebracht werden, bleiben nicht einmal mehr 500 Millionen € im Einzelplan 08 übrig.

(Abg. Käppeler SPD: Beschämend!)

(Teßmer)

Das ist die fatale Folge Ihrer eigenen Politik und nicht die Schuld der Opposition.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss.

Wir wollen aber, dass Sie, Herr Minister, und Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, sich um die Eigenart und den Eigenwert der ländlichen Räume kümmern, ist doch der ländliche Raum mehr als nur das Ziel von Wochenenderholung in schönen Landschaften mit romantischen Hausformen, billigen Schnitzeln und alten Tierrassen. Der ländliche Raum ist auch mehr als der Bereitstellungsraum für Enteignungsflächen für die Interessen der Bewohner der Ballungsräume. Er ist eine eigene, eigenartige Mischung aus Kulturlandschaft, dörflicher Lebensqualität und ökologisch-ökonomischem Handeln.

(Abg. Fleischer CDU: Gut, dass Sie das auch so sehen! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Entschuldigung! Das steht in unserem Grundsatzprogramm! Wir haben nichts abgeschrieben!)

In den Dörfern und Städten könnte sehr wohl deutlich werden, wie wertvoll sie sind.

(Zurufe der Abg. Drexler SPD und Fleischer CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP und der CDU, aus dem Königsrecht des Parlaments, der Festlegung der Einnahmen und Ausgaben und der damit verbundenen Gestaltungsprioritäten, haben Sie mit diesem Haushalt für das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum einen schon fast an Unterwürfigkeit grenzenden freiwilligen Gestaltungsverzicht und Offenbarungseid geleistet.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt doch nicht!)

Und Sie tragen dafür auch mit Verantwortung!

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Von eigenem Gestaltungswillen ist außer Marginalien nichts zu erkennen, von Prioritäten besonders im Bereich der Einkommens- und Zukunftssicherung für unsere bäuerlichen Familienbetriebe und zukunftsweisende Entwicklungsvorhaben für unsere ländlichen Räume mit ihren lieblichen Dörfern und Städten ist in diesem Haushalt nichts zu spüren.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wo bleiben die haushaltsrechtlichen Konsequenzen?)

Ein positives Signal kann ich nicht erkennen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Teßmer SPD:** Ich komme zum letzten Satz. – So einen Un-Etat haben unsere ländlichen Räume und ihre Bewohner einfach nicht verdient.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richard, sag mal, wo es langgeht!)

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des MLR ist von den allgemeinen Sparzwängen genauso betroffen wie alle anderen Ministerien. Haushaltsberatungen früherer Jahre entschieden darüber, was wünschenswert ist. In den letzten Jahren waren sie von der Frage geprägt: Was ist machbar? Jetzt sind wir so weit gekommen, dass wir fragen müssen: Welche Kürzungen sind am wenigsten schmerzhaft?

Feststellen möchte ich, dass die Kürzungen zum größten Teil in den Bereichen der klassischen Landwirtschaft stattgefunden haben. Der Bereich des Naturschutzes konnte von Kürzungen weitgehend ausgenommen werden.

Meine Damen und Herren, die Kürzungen treffen die Landwirtschaft umso mehr, als wir nach wie vor zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Einkommen in der Landwirtschaft weiter gesunken sind und die Schere zur übrigen Wirtschaft noch weiter auseinander gegangen ist.

Nach wie vor herrscht Unsicherheit innerhalb der Landwirtschaft. Demnächst steht die Halbzeitbilanz der Agenda 2000 an, die der Landwirtschaft damals Rechtssicherheit geben und über Jahre eine verlässliche Agrarpolitik garantieren sollte. Jetzt stehen die neuen EU-Reformen vor der Tür. Obwohl wir erst die Halbzeit der Agenda 2000 erreicht haben, kommt eine weitere Umsteuerung. Anders als die übrigen EU-Länder, die auf die Betriebsprämie setzen,

(Abg. Drexler SPD: Rothaus!)

steuern wir in Deutschland auf die Flächenprämie zu. Das freut mich natürlich, weil die Agrarmarktpolitik seit Jahren in diese Richtung geht.

Das Grundkonzept der vollständigen Entkopplung der Ausgleichsleistungen von der Produktion ist eine längst überfällige Maßnahme. Die FDP tritt bundesweit seit langem für die Einführung einer Kulturlandschaftsprämie ein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das, was jetzt in den Regionalprogrammen vorgesehen ist, ist an und für sich nichts anderes als die schon lange von der FDP geforderte Kulturlandschaftsprämie.

Meine Damen und Herren, ich fordere alle auf, und ich fordere auch die Landesregierung auf, diesen Reformprozess weiter zu unterstützen und den Mut aufzubringen, Entscheidungen in Richtung mehr Marktwirtschaft, mehr Handlungsspielraum für die Landwirtschaft und eines einschneidenden Bürokratieabbaus zu treffen. Die baden-württembergische Landwirtschaft braucht endlich unternehmerischen Spielraum, um sich besser am Markt behaupten zu können. Dies wollen auch unsere Landwirte, die heutzutage sehr gut ausgebildet sind.

Meine Damen und Herren, die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik eröffnet die Chance, dem Bürger und der Gesellschaft klar zu machen, welche Leistungen die Landwirt-

(Drautz)

schaft für die Allgemeinheit erbringt und wofür der Staat Ausgleichszahlungen leisten wird.

Meine Damen und Herren, wir müssen künftig erreichen, dass der Bürger die Landwirtschaft nicht als Subventionsempfänger betrachtet, sondern dass ihm klar wird, dass der Landwirt eine gute Arbeit für die Gesellschaft und für die Allgemeinheit erbringt, eine Arbeit, die nur durch die Landwirte so gut und dabei auch noch so kostengünstig geleistet werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft braucht nicht nur mehr unternehmerischen Spielraum, sie braucht vor allem klare Rahmenbedingungen und längerfristige, verlässliche Zukunftsperspektiven. Mit unserem MEKA-Programm haben wir in Baden-Württemberg ein Programm, das europaweit beispielhaft ist und das sich vor allem durch seine Freiwilligkeit auszeichnet.

Wir wollen den Weg weiter gehen, die Landwirtschaft zu Produzenten hochwertiger Lebensmittel zu entwickeln. Ich denke, unsere Landwirtschaft hat insbesondere dann Chancen, wenn es darum geht, veredelte Produkte zu produzieren. Mit ihrem Know-how und dem Einsatz modernster Technik kann sie der EU-Erweiterung und dem Beitritt großer Agrarstaaten leicht Paroli bieten.

(Abg. Stichelberger SPD: Ha, ha!)

Meine Damen und Herren, dazu ist es allerdings erforderlich, dass wir auch weiterhin alle Anstrengungen unternehmen und in den Bereichen Bildung und Weiterbildung Schwerpunkte setzen.

Nach der Kelter in Weinsberg haben wir jetzt erreicht, dass trotz der drastischen Haushaltslage schon mit dem Bau des Grünen Zentrums in Boxberg begonnen wurde. Zusammen mit meinem Kollegen Hauk haben wir über Jahre gekämpft, bis es so weit kam. Kollege Teßmer, Sie haben immer gesagt, Sie seien dafür und wollten das, aber die Regierung werde das jetzt vielleicht doch wieder nicht machen und die Betroffenen würden auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet. Nein, die Schweinezüchter sind nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertröstet worden. In Boxberg wird jetzt gebaut. Dies haben wir jetzt erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Und warum wird es gebaut? Bundeszuschuss! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Weil wir das in der Koalition beschlossen haben.

(Abg. Drexler SPD: Bundeszuschuss!)

– Den Bundeszuschuss nimmt man natürlich mit. Das ist doch logisch, Herr Drexler.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Wir nehmen alles! – Abg. Walter GRÜNE: Wir sind nicht bestechlich, aber wir nehmen alles!)

Meine Damen und Herren, im Gegensatz zum Kollegen Teßmer muss ich sagen, dass die Verwaltungsreform richtig angesetzt ist

(Zurufe von der SPD: Ui! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

und dass wir mit der Eingliederung der Landwirtschaftsämter in die Landkreise

(Abg. Drexler SPD: Und der Forstämter! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

auch für die Zukunft gesichert haben, dass vor Ort eine Beratung stattfinden kann.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Der Landrat als Oberförster!)

Wenn die SPD jetzt so aufheult, dann möchte ich einmal zu ihren Anträgen kommen. Ich nehme Herrn Teßmer ab, dass er das, was vorhin angesprochen wurde, nicht gesagt hat.

(Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Mir geht es aber um die Geisteshaltung, die in der SPD vorherrscht.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Schön, dass Sie von Geisteshaltung reden!)

– Entschuldigung! – Große Tränen hat Herr Teßmer über den Haushalt vergossen und darüber gejamert, wie schlimm und wie furchtbar der sei. Ich greife jetzt nur einmal drei Anträge heraus. Wir sprechen ja über den Haushalt. Sie haben Ihre Anträge gar nicht begründet. Es ist immer besser, wenn man auf die Anträge zum Haushalt eingeht.

Als Erstes zu Ihrem Antrag zur Flurneuordnung. Hier wollen Sie um ein Drittel kürzen. Sie sprechen über die Dramatik, die durch den Strukturwandel auf den Höfen besteht.

(Abg. Drexler SPD: Top-down! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Gerade jetzt werden dringend Mittel in der Flurneuordnung gebraucht. Wir sollten wesentlich mehr Mittel für die Flurneuordnung haben. Durch die drastischen Sparzwänge, die wir in diesem Haushalt haben, ist es leider nicht möglich, mehr Mittel zur Verfügung stellen. Aber Sie kürzen noch locker herunter.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Durch die Vorgaben der EU-Politik ist mehr Technik in der Überwachung erforderlich. Die Einrichtungen, die dafür zusätzlich beschafft werden müssen, wollen Sie aber aus dem Haushalt herausstreichen. Zuerst sagen Sie, Sie seien für die EU-Politik, und dann wollen Sie das Geld dafür aus dem Haushalt streichen.

(Abg. Teßmer SPD: Hätten Sie NSI gestrichen, hätten wir viel gespart!)

Dann kommt der ganz große Clou. Das ist der absolute Hammer: Als der Sturm Lothar vorbei war, haben Sie mit Krokodilstränen gesagt: „Die Regierung gibt zu wenig. Sie müsste mehr geben. Die armen Bauern!“

(Drautz)

(Abg. Drexler SPD: Wie lange soll denn das noch dauern? – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Da sieht man, wer vom Fach nichts versteht. Jetzt befindet man sich gerade mitten in den Aufforstungsmaßnahmen,

(Abg. Drexler SPD: Mittendrin? Warum wollen Sie eigentlich noch aufforsten nach vier Jahren? – Abg. Teßmer SPD: Aber das hört doch irgendwann einmal auf, oder nicht?)

und Sie wollen die Hälfte der Mittel für die Aufforstungsmaßnahmen streichen. Das ist meines Erachtens eine Achterbahnpolitik, die Sie da betreiben.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Döpper CDU: Das war Beifall!)

Dies ist der agrarpolitische Offenbarungseid, den Sie hier mit Ihren Anträgen abgelegt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Döpper CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Die Verwaltungsreform müssen Sie mal gegenüberstellen! Lothar haben Sie überstanden, Erwin werden Sie nicht überstehen!)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich feststellen: Die Landwirtschaft ist der zentrale Kern und eine Säule des ländlichen Raumes.

(Abg. Teßmer SPD: Da sind wir uns ja wenigstens einig!)

Der ländliche Raum, der vor Jahren noch als Sorgenkind galt, hat gegenüber den Ballungsgebieten nicht nur aufgeholt, sondern er hat sich inzwischen zu einem wirtschaftlich stabilen Fundament unserer Gesamtwirtschaft entwickelt. Die Wirtschaft wächst im ländlichen Raum stärker als in Ballungsgebieten.

(Abg. Drexler SPD: Prozentual richtig!)

Wir haben dort weniger Arbeitslose, und wir haben dort einen starken Mittelstand. Nach wie vor ist der ländliche Raum das touristische Gebiet von Baden-Württemberg.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Ja! Großstädte können das nicht sein!)

Meine Damen und Herren, wir werden auch in den kommenden Jahren diese erfolgreiche Politik für den ländlichen Raum fortsetzen – eine Politik für eine starke Wirtschaft und einen starken Mittelstand.

(Abg. Walter GRÜNE: Starke Besenwirtschaft!)

Wir stehen für eine Politik, in der die Landwirtschaft und Natur- und Umweltschutz gleichrangige Partner sind.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Oettinger CDU: In e i n e m Ministerium! – Abg. Drexler SPD: E i n Ministerium!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft steht vor der größten Reform, vor der sie je gestanden hat. Deswegen finde ich es schon etwas seltsam, dass man sich hier über eine Pressemitteilung, die in einer einzigen Zeitung stand, stundenlang die Köpfe heiß redet. Ich glaube, den Interessen der Landwirte dient das überhaupt nicht.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Wir sollten darauf zukünftig verzichten.

(Beifall der Abg. Theresia Bauer GRÜNE und Sakkellariou SPD)

Die Reform, die jetzt ansteht, ist deswegen so dramatisch, weil sie vom bisherigen System abgeht, weg von der Förderung durch Direktzahlungen, wodurch die Überproduktion unterstützt wurde, hin zu einer kombinierten Flächenprämie. Das ist in unserem Sinn, und das nützt der baden-württembergischen Landwirtschaft. Man darf auch nicht vergessen: Nach den gegenwärtigen Berechnungen kommen dadurch jährlich ca. 20 Millionen € mehr nach Baden-Württemberg. Das ist ein Erfolg, den Frau Künast in Brüssel erzielt hat – in diesem Fall konkret in Luxemburg.

(Beifall des Abg. Drexler SPD)

Verglichen mit dem, was Herr Borchert bei der Agenda 2000 erreicht hat, ist das mehr als ein gutes Ergebnis.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Ein anderes Ergebnis lautet, Herr Kollege Hauk: Europa nimmt Kurs auf die Agrarwende.

(Abg. Hauk CDU: 1999!)

Baden-Württemberg hat dabei im Verhältnis Bund/Länder eine gute Rolle gespielt. Da können wir Ihnen nur gratulieren. Sie waren auch gut informiert. Ich glaube, Sie wurden selten so gut informiert – auch nicht von Agrarministern, die der CDU angehörten – wie in diesem Fall von Staatssekretär Müller.

Deshalb, Herr Minister, mein erster Appell an Sie: Stellen Sie ab sofort die Parteitag rhetorik gegen Frau Künast ein. Denn wir können bei dieser Agrarreform die Interessen der Landwirte nur gemeinsam vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Es ist doch eine zu würdigende Leistung, dass es eine gemeinsame Anstrengung gibt – da nehme ich niemanden aus –, sowohl auf europäischer Ebene als auch auf Bundesebene und jetzt, mit gewissen Abstrichen, auf Landesebene, wodurch es uns in sehr schwierigen Zeiten gelungen ist, den größten Teil des Geldes für den ländlichen Raum zu erhalten. Beispielsweise ist es gelungen, auf europäischer Ebene bis zum Jahr 2013 festzuschreiben, dass wir für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum 48 Milliarden € zur Verfügung haben. Das ist ein Riesenerfolg, wenn man sieht, welche Kürzungen in anderen Bereichen vorgenommen werden. Ich erwarte deswegen, Herr Minister, dass Sie Ihren Kurs weiterverfolgen und in den entsprechenden Gremien der kombinierten Flächenprämie zustimmen.

(Walter)

Eine echte Gefahr für die Landwirtschaft sehe ich in der Gentechnik.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Der Gesetzentwurf, den Frau Künast jetzt vorgelegt hat, Frau Kollegin, holt das Optimale heraus, was ein einzelnes Land herausholen kann.

(Abg. Traub CDU: Weiß man das? Optimal?)

Diese Gesetzgebung findet nun schon weltweit Beachtung. Denn Sie alle wissen, wie schwer die Koexistenz zwischen konventioneller und gentechnisch manipulierter Landwirtschaft zu handhaben sein wird. Denken Sie zum Beispiel nur an die Imker. Wie soll es zukünftig noch Honig in Baden-Württemberg geben, wenn wir eine gentechnisch manipulierte Landwirtschaft haben?

Dass die Bauern kein Interesse an der Gentechnik haben, zeigen die 2 600 Unterschriften, die Frau Anselm, die Vorsitzende der südbadischen Landfrauen, Frau Künast anlässlich der Grünen Woche in Berlin überreicht hat. 2 600 Unterschriften allein aus dem südbadischen Raum: Das müsste Ihnen, Herr Minister, zu denken geben.

Wir haben gefordert – ich hoffe, Sie stimmen dem zu –: Wir wollen ein gentechnikfreies Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das wollen alle Leute!)

Dies wäre wichtig für das Image der Produkte unseres Landes. Wie wollen Sie denn noch für das HQZ werben, wenn die Gefahr besteht, dass sich die entsprechenden Produkte nicht von der anonymen Massenware im Supermarkt unterscheiden, weil sie genauso gentechnisch bedingte Verunreinigungen aufweisen können? Ich kann Ihnen versichern, Herr Minister: Sie bekommen jetzt –

(Abg. Hauk CDU: Schon allein Ihre Sprache ist verräterisch! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU – Gegenruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE: Er kann alles außer Hochdeutsch!)

Vielleicht haben Sie, Herr Kollege Hauk, es auch gelesen: Sie können sich dabei auf den Beistand von ganz oben verlassen,

(Abg. Traub CDU: Herr Kollege, was ist oben?)

also was die Regierung anbelangt. Ich habe nämlich gelesen: Es gibt jetzt ein neues Papier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken; diesem Gremium gehören auch Frau Ministerin Schavan und der Herr Ministerpräsident an.

(Abg. Drexler SPD: Oh! Da sollten wir sie gleich herbeizitieren!)

– Ja, das können wir auch noch machen. – In diesem Papier wird ganz klar gesagt, was die Gentechnik für unsere Landwirtschaft bedeutet und dass sie mit der Idee einer nachhaltigen Agrarwirtschaft nicht zu vereinbaren ist. Ich denke, diesen Kurs sollten wir auch in Baden-Württemberg durchsetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen voraus, Herr Minister: Sie werden isoliert werden. Viele Regionen wie beispielsweise Kärnten haben sich gegen die Gentechnik entschieden. Dazu werden sich noch sehr viele Regionen in Europa entschließen. Die EU-Kommission hat Kärnten grünes Licht gegeben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Kollege Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Walter GRÜNE:** Ja, von der Kollegin natürlich gern. Ich hoffe, es dient auch der Wahrheitsfindung.

(Heiterkeit)

**Abg. Dr. Carmina Brenner CDU:** Herr Kollege Walter, sehen Sie das Problem auch darin, dass wir eine Gentechnikfreiheit Baden-Württembergs, selbst wenn wir wollten, nicht per Gesetz verordnen können? Wir haben jetzt EU-„Gesetze“, die das zulassen, wir haben Bundesgesetze, die das zulassen, und wir müssen diese Gesetze in Landesrecht umsetzen. Das heißt, wir können es nicht verordnen. Sehen Sie es wie ich, dass das dann nur auf freiwilliger Basis mit den Landwirten geschehen kann?

**Abg. Walter GRÜNE:** Selbstverständlich. Sie haben das Gesetz richtig verstanden. Ich kann Ihnen nur zustimmen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Abg. Hauk CDU: Aber so ist es doch!)

– Ja natürlich, ich rede auch nur von einer freiwilligen Vereinbarung.

(Abg. Traub CDU: Sie haben doch vorhin das Gegenteil gesagt!)

Unser Antrag zielt doch auf eine freiwillige Vereinbarung ab. Aber es gehört natürlich auch der Wille der Landesregierung dazu. Daran habe ich appelliert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb, Herr Stächele, entscheiden Sie sich für die Interessen der Landwirte dieses Landes und nicht für die Interessen der Industrie!

(Abg. Traub CDU: Jetzt hat er es auch begriffen!)

Dies gilt auch für das nächste Thema, die Legehennenverordnung. Baden-Württemberg war ja noch etwas moderater als andere.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Diese Debatte haben wir doch erst kürzlich geführt!)

– Ja, Herr Kollege, das kann man nicht oft genug sagen. Auch der FDP/DVP schadet es nicht.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

– Das hat alles mit dem Haushalt zu tun.

(Heiterkeit)

(Walter)

Herr Kollege, im Haushaltsbericht des MLR – den lesen Sie wahrscheinlich gar nicht – wird zum Beispiel darauf hingewiesen – deswegen habe ich es hier erwähnt –, dass Baden-Württemberg ganz schön stolz ist, dass von den Legehennenhaltungen mit über 3 000 Hühnern schon 18 % alternative Haltungssysteme haben. Das ist ein Erfolg. Aber da müssen wir weitermachen. Deswegen auch hier weg mit der Rhetorik! Die Umstellungshilfen, die es von Frau Künast gibt, muss man nach Baden-Württemberg holen. Damit dienen wir den Landwirten und nicht mit irgendwelcher Rhetorik.

(Beifall bei den Grünen)

Bayern war da viel pragmatischer. In Bayern hat man sich halt ausgerechnet, wie viel Tierschützer und wie viel Hühnerbarone es gibt, und dann hat man sich auf die Seite der Tierschützer gestellt,

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Hat der Minister hier schon gezählt?)

wenn man schon nicht ideologisch, sondern pragmatisch im Sinne der Wählerinnen und Wähler zählt.

Meine Damen und Herren, der Tierschutz ist prinzipiell eine Schwachstelle dieser Regierung. Beispielsweise hätten wir uns bei der Schweinehaltungsverordnung etwas mehr gewünscht. Sie haben es abgelehnt, die höheren Anforderungen des HQZ, wie es der Tierschutzbeirat gefordert hat, festzulegen. Die Umsetzung der Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung haben wir bisher nicht gesehen.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wir haben es drin, im Gegensatz zum Bund! – Abg. Drautz FDP/DVP: Wir haben es doch in der Verfassung drin!)

– Aber nicht die Umsetzung in der täglichen Politik.

Noch schlimmer, Herr Kollege Drautz, sieht es beim Naturschutz aus. Wenn wir eine Umfrage machen würden, wer in Baden-Württemberg für den Naturschutz zuständig ist, würde Ihnen sicherlich niemand den Namen Stächele nennen. Haben Sie in diesem Zusammenhang schon einmal den Namen Stächele gehört?

(Abg. Drexler SPD: Nein, sondern Teufel wird da öfter genannt!)

– Herr Kollege Drexler, ich würde den Naturschutz gern in ein anderes Ministerium geben, aber ehrlich gesagt, es fällt mir kein anderes ein, wo er besser aufgehoben wäre.

(Abg. Drexler SPD: Umwelt!)

Das ist die groteske Situation. Ich schaue mir auch die Personen an. Der Naturschutz ist ein ungeliebtes Kind. Schauen Sie sich einmal den ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen an, eine einmalige Fläche, 6 700 Hektar fast unzerstörte Fläche. Das ist aus der Sicht des Naturschutzes ein echtes Juwel. Die Bestrebungen vor Ort, dort ein Biosphärenreservat zu machen, können deswegen von unserer Seite nur unterstützt werden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Caroli SPD)

Die Bürgermeister wollen es, der Landrat will es, der Regierungspräsident will es. Alle reden darüber, nur von dem zuständigen Minister hören wir nichts.

(Abg. Hauk CDU: Gemach, gemacht!)

Jetzt hatten wir den Chef des Bundesamts für Naturschutz, Herrn Vogtmann, eingeladen, und der sagte: Da kommen noch mehrere Millionen Euro, aber ihr müsst einmal ein Konzept vorlegen.

(Abg. Traub CDU: Ein teures Gutachten!)

Was hören wir? Nichts mehr, gar nichts mehr! Ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie sich nicht beeilen, werden andere Bundesländer, die da schneller sind, dieses Geld abkassieren, und Baden-Württemberg schaut in die Röhre. Es geht hier um 75 % der Summe. Es ist wirklich absurd, dass wir hier nichts hören.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt wollen Sie das über die Stiftung kofinanzieren. Dagegen habe ich nichts. Wenn es die Stiftung schon gibt, kann man auch einmal etwas Sinnvolles damit machen. Dann müssen Sie sich aber auch dafür einsetzen, dass diejenigen, die im Stiftungsrat sitzen, das Thema nicht absetzen, sondern zustimmen. Wir müssen uns wirklich beeilen.

Genauso brauchen wir mehr Elan beim Nachmelden der FFH-Gebiete. Der Herr Umweltminister Trittin hat erst diese Woche darauf hingewiesen: Jeden Tag müssen wir, wenn wir nicht rechtzeitig melden, 750 000 € Strafe zahlen – jeden Tag! Sie können sicher sein, diese Strafe wird nicht vom Bund bezahlt, sondern von den Ländern, die hier nicht schnell genug sind. Deshalb muss der Kabinettsbeschluss hierzu möglichst schnell getroffen werden.

Wie wenig von dieser Landesregierung – jetzt kommen wir zur Verwaltungsreform; aber das interessiert Sie vielleicht auch weniger, Kollege Drautz, beim Naturschutz – bei der Verwaltungsreform dem Naturschutzgedanken Rechnung getragen wird, entnehmen wir dem „Naturschutz-Info“, Heft 3/2003, dessen Herausgeber das MLR ist. Dort schreibt ein Vertreter des MLR – ich kann das nur unterstützen; ich zitiere –:

*Die unabhängige fachliche Beratung dieser Behörden*

– es geht um die Eingliederung der BNLs –

*ist allerdings mit dieser Verwaltungsreform infrage gestellt.*

Das ist ja noch milde ausgedrückt. Sie wird es nicht mehr geben.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Sie wird es nicht mehr geben!)

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die Aufgaben – Stichwort Natura 2000 – nicht mehr richtig erfüllt werden können.

(Zuruf von der SPD: Genau so ist es! – Abg. Drexler SPD: Genau, Herr Drautz! – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Kann da der Drexler auch mit-schwätzen?)

Das ist das Ergebnis Ihrer Verwaltungsreform.

(Walter)

Ich verstehe schon, Herr Minister: Es ist nicht einfach, sich gegen einen Sturkopf wie den Ministerpräsidenten, bei dem der Naturschutz auf der Abschlusliste steht,

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das stimmt so nicht!)

durchzusetzen. Aber etwas mehr Widerstand hätten wir uns schon gewünscht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Drexler SPD: Einmal!)

Dasselbe gilt auch für den WKD. Der WKD, sonst das Aushängeschild der Landesregierung, mit dem man sich jahrelang gebrüstet hat, wird mit dieser Verwaltungsreform einfach wegrasiert. Was das für die Lebensmittelkontrolle in Baden-Württemberg bedeutet, werden wir noch sehen.

(Abg. Drexler SPD: Zum Landratsamt! – Zuruf von der CDU: Sie reden über ungelegte Eier! – Abg. Kiefl CDU: Der wird eingegliedert, nicht wegrasiert! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Was sollen die anfangen? 40 000 Proben durch die Gegend schicken? Die haben doch keine Fahrzeuge!)

Ich sage Ihnen: Der WKD wird zerschlagen, und das tut unserer Lebensmittelkontrolle nicht gut.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Traub CDU)

Nach all den Lebensmittelskandalen, die wir hatten, ist doch das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher das wichtigste Gut, das unsere Landwirte haben.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Sie verstehen das nicht!)

Das verspielen Sie natürlich auch, wenn eine Institution wie der WKD hier fahrlässig aufs Spiel gesetzt wird.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Der wird doch nicht aufgelöst! – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Aber kaputtgemacht! – Abg. Fischer SPD: Und der Bock wird zum Gärtner gemacht!)

Dafür müssen Sie sich schon noch eine richtig gute Entschuldigung einfallen lassen.

Noch ein letzter Punkt, meine Damen und Herren: die Kinderernährung. Das MLR hat jetzt wieder ein neues Ringbuch für die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer vorgelegt. Damit wird es aber nicht getan sein, Herr Minister. Wir bekommen mehr Ganztagschulen. Das achtjährige Gymnasium ist de facto eine Ganztagschule. Dann reicht es nicht mehr, Ringbücher vorzulegen und auf die Verantwortung der Eltern zu verweisen,

(Zuruf des Abg. Traub CDU)

weil dann das Essen zunehmend in der Schule eingenommen wird. Deswegen ist es unsere Pflichtaufgabe, dafür zu sorgen, dass die Kinder dort eine gute Ernährung bekommen, damit nicht noch mehr Kinder übergewichtig werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiefl.

(Zurufe von der SPD: Entschuldigen!)

**Abg. Kiefl CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Teßmer, ich werde mir gern das Band anhören; das ist klar.

(Abg. Fischer SPD: Ja! – Abg. Teßmer SPD: Jetzt haben Sie ja schon gekotzt! Danach ist es leichter zu reden!)

– Ja, gut. Ich höre mir das Band an. Anschließend unterhalten wir uns darüber. Ich stelle aber fest: Bei mir in der Zeitung gab es keine Gegendarstellung.

(Abg. Fischer SPD: Aber dafür kann doch er nichts, Herr Kiefl! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Dann muss er von diesem Angebot Gebrauch machen, das ihm aus der Raumschaft heraus gemacht worden ist, hinzugehen und das dort vor Ort richtig zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kiefl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Käppeler?

**Abg. Kiefl CDU:** Bitte, ja.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön.

**Abg. Käppeler SPD:** Herr Kollege Kiefl, kennen Sie die Überschriften aus dem „Pressespiegel“ des Landtags, die da heißen: „Strukturpolitik – Offensive für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg“ und – ganz groß – „SPD und Kirchen ziehen an einem Strang“ im „Reutlinger Generalanzeiger“ vom 16. Januar 2004 oder in der „Stuttgarter Zeitung“ – auch vom 16. Januar –: „SPD bemüht sich um Landbewohner“? Kennen Sie diese beiden Artikel?

**Abg. Kiefl CDU:** Nein, ich kenne den Artikel aus dem „Reutlinger Generalanzeiger“ nicht.

(Zurufe von der SPD: „Pressespiegel“!)

– „Pressespiegel“? Nein. – Aber ich nehme das Angebot an, dass wir uns das Band anhören. Anschließend können wir uns darüber unterhalten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das war schlicht unanständig! – Zuruf von der SPD: Pfu! Teufel! – Abg. Zeller SPD: Das ist keine Entschuldigung! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Nein, nein. Ich habe mich für nichts zu entschuldigen. Es gibt ein sachliches Gespräch nach Anhörung des Bands,

(Zurufe von der SPD – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

obwohl ich nicht verpflichtet wäre, mir ein Band anzuhören.

(Zurufe von der SPD)

– Jetzt Schluss!

(Kiefl)

Meine Damen und Herren, zu vier Punkten, die von Vorrednern angesprochen worden sind.

Erstens – die Personalkosten sind von Ihnen, Herr Teßmer, angesprochen worden –: Wie viel Geld kommt eigentlich bei den Bauern an? Dass die Personalkosten beim MLR sehr hoch sind, ist bekannt. Man weiß auch, warum das so ist. Das hängt einfach damit zusammen, dass die deutsche, die baden-württembergische Landwirtschaft in das EU-System eingebunden ist und ein entsprechend schwieriges bürokratisches Verfahren bei allen Fördermaßnahmen durchlaufen muss.

Was kommt konkret in Mark und Pfennig an? Das kann man aus dem Haushalt herauslesen. Das sind einmal die Programme, die nach wie vor so im Haushalt stehen, wie sie immer drinstanden. Und das ist zweitens – das deckt sich mit unserer politischen Absicht – nach wie vor das Investitionsförderprogramm. Das ist ferner nach wie vor die Flurbereinigung, weil natürlich, wie ich sagte, wer in der Landwirtschaft bleiben will, sich entwickeln muss und darum diese unterstützenden Maßnahmen braucht. Das sind die Dinge, die in Mark und Pfennig nachmessbar bei den Bauern ankommen.

Zum zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben – es waren mehrere Punkte, ich greife aber nur ein paar heraus –: die erneuerbaren Energien. Stimmt, da würden wir gerne mehr Fördermittel vorhalten. Aber Vorhalten von Geld ist jetzt nicht drin; das wissen wir.

(Abg. Teßmer SPD: War noch nie drin!)

Aber wir bedienen die Anträge, die gestellt werden, ohne dass man puscht; die bedienen wir. Ich bin nach wie vor der Auffassung, dass das behutsam laufen muss und dass wir nicht künstlich versuchen dürfen, denen etwas überzustülpen. Wenn jemand aus betriebswirtschaftlichen Gründen entscheidet: „Jawohl, ich mache das entweder mit den Hackschnitzeln oder mit der Biogasanlage“, oder sich auch eine Kommune für eine zentrale Hackschnitzelheizanlage entscheidet, um öffentliche Gebäude, Kindergärten, Schulen und was weiß ich noch alles zu beheizen, dann werden diese Anträge bedient. Das ist mir viel lieber. Es ist viel besser, wenn die Leute selber kommen, als wenn man ihnen etwas überstülpen würde.

(Abg. Teßmer SPD: Die Bayern haben es halt gemacht!)

Wenn mehr Anträge kommen, dann können Sie sicher sein, dass wir nicht nur im Ausschuss, sondern auch in der Fraktion darüber reden werden, wie wir dem begegnen. Bis jetzt – der Minister könnte die Zahlen nennen, ich habe sie auch irgendwo – haben wir die Anträge bedient, wie sie eingegangen sind.

Drittens: Herr Walter, Sie haben das Kombimodell angesprochen. Das ist nicht direkt ein Haushaltsthema. Sie wissen, dass es von Anfang an die erklärte Absicht meiner Fraktion war, dieses Kombimodell einzuführen. Der Minister hat sich in dankenswerter Weise dafür stark gemacht. Darum ist es jetzt auch so gekommen, da alle dafür waren. Es ist gut und richtig, dass es so läuft. Dass die Reform für uns alle eine Herausforderung ist, ist auch schon ein paar mal von diesem Pult aus erklärt worden.

Zum Stichwort Naturschutz greife ich nur einen Punkt auf. Die FFH-Gebiete werden, ich sage es einmal so, unsere ganze Kraft kosten.

(Abg. Teßmer SPD: Nicht nur Kraft, sondern auch Geld!)

Wir werden rechtzeitig nachmelden, wir werden keine Strafe bezahlen. Dazu kann der Minister auch Detailausführungen machen. Die FFH-Gebiete werden in dem Umfang, wie wir sie in Baden-Württemberg haben, unsere ganze finanzielle Kraft kosten. Trotzdem werden wir auch die anderen Dinge im Naturschutz, die Schutzgebietsausweisung oder den Vertragsnaturschutz, nicht zurücknehmen. Hoffentlich werden wir nicht durch das überfordert, was uns durch Natura 2000 pauschal ins Haus steht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Stächele.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Haushaltsdebatte gibt in der Tat Gelegenheit, zumindest einige Schwerpunkte unserer Politik für den ländlichen Raum zu beleuchten. Es kann nur bei einigen Schwerpunkten bleiben.

Ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Beiträge. Bevor ich einige Ausführungen zu dem mache, was uns im Moment besonders am Herzen liegt, aus Respekt vor dem Parlament einige wenige Anmerkungen zu dem, was bereits gesagt worden ist.

Ich beginne mit dem, was mich ein bisschen verunsichert hat, lieber Herr Walter. Ich weiß wirklich nicht mehr, wie ich das Thema „Renate Künast“ behandeln soll. Sie haben sie ja fast für sakrosankt erklärt:

(Heiterkeit des Abg. Walter GRÜNE)

„Heilige Renate“. Sie werden mir doch abnehmen – –

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Walter GRÜNE: Die wird sich freuen, wenn sie das liest!)

Ich kann doch hier nicht eine großartige Lebensleistung von Renate Künast loben, wenn sie in Brüssel die Allgäuer Milchwirtschaft an die Wand gefahren hat.

(Abg. Walter GRÜNE: Oje, oje!)

Es muss doch noch zulässig sein, dass man – bei aller konstruktiven Zusammenarbeit im Interesse der Betroffenen – das, was nicht in Ordnung ist, aber durch unsere Kritik in Ordnung gebracht werden kann, benennt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Also Spaß beiseite; andere Dinge sind wichtiger.

Zunächst einmal zu Ihren Aussagen zur Gentechnik und zu meinem Verhalten bezüglich der Gentechnik: Wenn ich mich richtig erinnere, war es nicht Herr Stächele, sondern

(Minister Stächele)

war es Frau Künast in Brüssel, die mit zustimmen musste – das sage ich ausdrücklich –, dass das Moratorium für Gentechnikfreiheit in der EU, also auch in Deutschland, aufgehoben wurde.

(Abg. Walter GRÜNE: Sie hat sich enthalten!)

– Enthalten oder nicht enthalten: Wir wollen jetzt nicht so tun und sagen: „Hier sind die Guten, und da sind die Bösen.“ Ich möchte einfach nur feststellen: Wir setzen uns auseinander – und ich komme auf dieses Kapitel nachher noch zu sprechen – mit dem, was Gentechnik künftig für uns bedeuten muss und wie wir sorgsam und verantwortungsbewusst damit umgehen.

Stichwort Boxberg: Natürlich gibt der Bund 5 Millionen €, und das ist gut so.

(Abg. Teßmer SPD: Na also!)

Aber ohne die 16 Millionen € vom Land könnte nicht gebaut werden.

(Zuruf des Abg. Knapp SPD)

Der Bund gibt die 5 Millionen € deswegen, weil unser Standort vorbildlich ist und weil er sich für die überregionale Ausbildung qualifiziert hat. Ohne Grund gibt der Bund das Geld nicht, und deswegen werden wir in diesem Jahr mit dem Bau beginnen. Die Landesanstalt für Schweinezucht in Boxberg wird erstellt. Es hat zwar einige Jahre gedauert, aber gut Ding will auch Weile haben.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na! So viel Weile nicht! Das war schon Langeweile!)

Stichwort Münsingen: Sie rennen bei mir offene Tore ein. Wir dürfen aber nicht so tun, als hätte sich der Bund seiner Aufgabe bereits entledigt und wäre daraus entlassen. Zunächst einmal: Die Grundverantwortung für das Münsinger Gelände liegt beim Bund.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Sie werfen da mit Millionen um sich, die es so möglicherweise gar nicht gibt; die kann man vielleicht einmal brauchen, wenn es um die Erhaltung geht.

(Abg. Hillebrand CDU: So ist es!)

Aber das Gelände wieder in den Zustand zu bringen, dass man eine Übernahme überhaupt verantworten kann, das ist Sache dessen, der bis jetzt Eigentümer ist, und das ist der Bund.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Lieber Herr Teßmer, ich brauche es eigentlich nicht mehr ausdrücklich zu sagen, weil Herr Drautz darauf hingewiesen hat, sage es aber doch: Das war in Ihrer Rede etwas holprig. Einerseits klagen Sie, die armen Betroffenen bekämen kein Geld mehr, andererseits wollen Sie über einen Antrag in einem Bereich kürzen, der für unsere Landwirte existenziell ist, nämlich bei der Gemeinschaftsaufgabe. Da ist irgendetwas schief gegangen; das sollten Sie noch einmal überdenken.

(Abg. Teßmer SPD: Nein, Sie haben auch gestrichen!)

Schwamm drüber; Sie haben sich da geirrt und haben es vielleicht gar nicht so ernst gemeint.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist auch nicht schön! Das wissen Sie auch!)

– Nein, nein. Herr Teßmer, Sie haben hier gesagt, man solle nicht dort kürzen, wo es die Bäuerinnen und Bauern trifft,

(Abg. Teßmer SPD: Ja! Natürlich!)

aber gleichzeitig haben wir nachher über einen Antrag auf Kürzung von Mitteln zum einen beim Wald, was Besitzer kleiner Privatwälder treffen würde, und zum anderen bei der Gemeinschaftsaufgabe zu befinden. Kollege Drautz hat es angesprochen.

Hinzu kommt ja noch das Faszinosum oder die Torheit, dass man, wenn man bei der Gemeinschaftsaufgabe um 5 Millionen € kürzt, zwar 2 Millionen € Landesmittel spart, aber 3 Millionen € Bundesmittel und 3,5 Millionen € EU-Mittel zurückgibt. Das ist natürlich ein ganz cleverer Antrag. Am besten ist es, wir vergessen ihn gleich. Vielleicht können Sie verhindern, dass darüber abgestimmt wird, damit das nicht in die Landtagsgeschichte eingeht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Na ja!)

Dann noch eines, Herr Teßmer: Die Behauptung, beim Personal würde nicht gespart, lasse ich nicht durchgehen. Im MLR – und es gibt noch einige andere Häuser, in denen so verfahren wurde – sind in den letzten zehn Jahren 20 % der Personalstellen abgebaut worden. Das macht summa summarum 1 100 Stellen. Da war das Ministerium betroffen und waren die nachgeordneten Behörden betroffen.

(Abg. Teßmer SPD: Die Waldarbeiter!)

Das muss erst einmal einer nachmachen. Wenn Sie sagen, man solle dort weiter abbauen, dann stellen Sie sich aber demnächst bitte nicht wieder hier hin und sagen, zur Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit gebe es zu wenig Personal und in der Naturschutzverwaltung gebe es zu wenig Personal. Also, da muss man schon ehrlich sein. Da muss insbesondere in einer Haushaltsdebatte Geradlinigkeit in den Aussagen angesagt bleiben.

(Zurufe der Abg. Teßmer SPD und Heike Dederer GRÜNE)

Über Legehennen haben wir schon oft diskutiert.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Nur, damit eines klar ist – –

(Abg. Walter GRÜNE hält einen Artikel aus der Zeitschrift des Deutschen Tierschutzbundes „du und das tier“ in die Höhe. – Abg. Walter GRÜNE: Da bist du drin!)

– Ja, ja. Ich weiß. Dazu will ich Stellung nehmen.

(Minister Stächele)

Bei der letzten Debatte im Bundesrat ging es nicht darum, dass irgendein Vertreter der Länder die Käfighaltung wieder einführen wollte. Das ist ausdrücklich von jedem einzelnen Redner so auch zu Protokoll gegeben worden. Es geht wirklich nur darum, dass wir die ausgestalteten Käfige nach Prüfung auch bei uns verwenden können. Sie sind möglicherweise eine Alternative zur Freiland- und zur Bodenhaltung, die wiederum mit vielen Problemen behaftet sind. Im nächsten Jahr werden sie europaweit getestet und geprüft. Wir dürfen nicht wieder den törichten Alleingang gehen, dass um uns herum möglicherweise mit ausgestalteten Käfigen ganz sinnvolle Legehennenhaltung betrieben wird.

Wir jagen die Legehennen weg – Hauptsache: weg –, das Gewissen ist beruhigt, und die Eier kommen aus Käfigen von außen wieder herein.

(Beifall des Abg. Hauk CDU – Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Nehmen Sie sich ein Beispiel an der Schweiz!)

– Das würde ich oft gerne tun, aber dann müssten wir uns zu der Erkenntnis durchringen, dass beim Einkommen der Landwirte 60 % staatliche Transferleistungen sind. So ist das in der Schweiz.

Dann müsste der Verbraucher bereit sein – das wäre ein dringender Appell, den Sie aussprechen könnten –, zum Beispiel für das Frühstücksei ein „Fränkli“ zu bezahlen.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Genau!)

Von diesen Realitäten würden unsere Landwirte träumen. Es nutzt nichts, auf die Schweiz zu verweisen, wenn die Wirklichkeit bei uns eine andere ist. Letztlich müssen sie hier ihre Existenz sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will jetzt einige Dinge ansprechen, die den ländlichen Raum betreffen. Naturgemäß beginnt man mit dem, was im Zentrum des ländlichen Raums steht, der Landwirtschaft. Gerade vor zwei Tagen kam wieder eine Meldung, die uns alle mit Sorge erfüllt hat: Das Höfesterben geht weiter. Es hat zugenommen. Sie müssen die genannten 3,8 % pro Jahr umsetzen. Das bedeutet nichts anderes, als dass im Land Baden-Württemberg pro Jahr 2 500 Höfe aufgegeben werden.

(Abg. Teßmer SPD: Das sind nicht alles Hauptwerbliche!)

Anderswo ist es das Gleiche. Zum Beispiel kann man am Oberrhein überdeutlich erkennen, wie den Menschen das Wasser an der Kante steht. Es ist ein Kampf um das Überleben. Die Landwirte dort sagen: Wir können nicht zulassen, dass Schweizer mit dickeren Geldbeuteln in der Lage sind, uns die Grundstücke wegzukaufen, die wir dringend brauchen, um zu überleben und die notwendige Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

In der Tat müssen wir uns darauf besinnen, was Agrarpolitik in der Zukunft ausmachen kann und muss. Ich glaube, hier sind wir uns im Grundbekenntnis einig. Ich habe nicht gehört, dass einer sagt: Wir wollen keine Nahrungsmittel-

produktion im Land Baden-Württemberg. Jeder hier im Saal weiß – das wird auch ausdrücklich angesprochen –: Nahrungsmittelproduktion ist bei uns letztlich Gott sei Dank mit wertvoller Landschaftserhaltung und Landschaftsgestaltung verbunden.

Dann kommt das Dritte.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Moser?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Er soll sich einen Moment gedulden. Ich bin gerade bei Ausführungen, die sicher auch für ihn interessant sind.

(Heiterkeit)

Wenn man weiß, dass ein Landwirt die Existenz seiner Familie mit Marktpreisen nicht sichern kann, dann muss eben die klare politische Herausforderung bestehen, diese Einkommen mit staatlichen Transferleistungen abzudecken bzw. die Landschaftserhaltung zu vergüten. Das haben wir in Baden-Württemberg vorbildlich aufgebaut.

Jetzt darf Herr Kollege Moser seine Zwischenfrage stellen.

**Abg. Moser SPD:** Ich bin beeindruckt, Herr Minister, was ich jetzt in der kurzen Zeit gelernt habe.

(Heiterkeit)

Vorhin haben Sie die Situation am Hochrhein und die Existenzfrage der Bauern auf deutschem Gebiet in Konkurrenz zur hoch subventionierten Landwirtschaft der Schweiz angesprochen. Könnten Sie kurz andeuten, welche Überlegungen in Ihrem Haus entwickelt worden sind und ob Sie bereit sind, dafür einzutreten, dass die einschlägigen Abkommen entweder gekündigt oder geändert werden? Wie wollen Sie diesbezüglich vorgehen?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Ja, das will ich gerne beantworten.

Die ganze Sache liegt auf internationaler Ebene begründet. Sieben Freizügigkeitsabkommen wurden 1999 zwischen der Schweiz und der EU abgeschlossen. Sie sind in nationales Recht transformiert worden. Diese Freizügigkeitsabkommen sind zum 1. Juni 2002 wirksam geworden. Sie beinhalten die Sicherstellung der Freiheit im Warenverkehr, aber auch eine Gleichstellung der am Wirtschaftsleben Beteiligten. Darunter fallen auch die Landwirte. Das heißt, der Schweizer Landwirt ist in den Rechten und Pflichten – in diesem Fall in den Rechten – gleichzustellen mit dem baden-württembergischen, dem deutschen Landwirt.

Dies wiederum heißt, dass wir, so denn ein Erwerb von Grundstücken ansteht, nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der Interessen der deutschen Landwirtschaft handeln können bzw. Genehmigungen verweigern können, sondern die Genehmigung muss erteilt werden, als ob es ein Landwirt wäre, der nebenan, am Hochrhein, seinen Hof hat. Das ist das Erste.

Das Zweite: Was war zu tun, und was hätte getan werden können? Schon bei der Verabschiedung im Bundesrat hat

(Minister Stächele)

Baden-Württemberg einen Entschließungsantrag eingebracht, der insoweit angenommen wurde, als die Bundesregierung damals, 1999, aufgefordert wurde, die erkennbaren Probleme am Hochrhein bilateral mit Bern zu lösen. Dies ist nicht geschehen. Deshalb gehen wir damit jetzt erneut in den Bundesrat und versuchen, der Bundesregierung im Sinne der früheren Entschließung Beine zu machen. Wenn jemand in einer solchen internationalen Angelegenheit mit Bern sprechen kann, dann ist es Berlin. Wir dürfen Berlin nicht aus der Verantwortung entlassen.

Ungeachtet dessen gibt es die Prüfung, inwieweit wir über das Grundstücksverkehrsrecht das eine oder andere regeln können. Sie wissen, dass wir in Prozessen schon auf die Nase gefallen sind. Das heißt, unsere Spielräume sind da im Grunde genommen gleich null.

**Abg. Moser SPD:** Herr Minister, darf ich Sie in diesem Zusammenhang noch einmal etwas fragen?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Ich freue mich.

**Abg. Moser SPD:** Ist in Ihren Überlegungen auch eine Gleichstellung mit den Bauern geplant, die sich im Großraum Genf und auf der französischen Seite befinden?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Freihandelszone!)

Könnten deutsche Bauern dann in der Schweiz zu Schweizer Preisen verkaufen, wie französische Bauern in der Schweiz dies können? Planen Sie, eine Gleichstellung innerhalb dieser EU-Sondergrenzregelungen herbeizuführen?

Im Übrigen bekommen Sie unsere Unterstützung – zumindest meine –, was das Beinemachen bei der Bundesregierung anbelangt.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Nun, Herr Kollege Moser, das ist der zweite Teil des Themas, nämlich die Frage, ob wir mit den Zollvorschriften handeln können. Das wird aber die Grundstücksverkehrsangelegenheit nicht lösen. Es wäre bloß die Frage, inwieweit die Wettbewerbsposition der Landwirte auf beiden Seiten ungleich ist. In der Tat: Wenn ein Landwirt aus der Schweiz, der auf deutscher Seite anbaut, Produkte ohne irgendwelche Abgaben in den Schweizer Markt einbringen kann, dann sollte es umgekehrt aber auch so sein, dass auch der deutsche Bauer ohne Abgaben einbringen kann.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig!)

Das ist aber das Kapitel der Zollvorschriften. Sie haben das zu Recht angesprochen.

Sie sprachen auch den Grenzraum bei Genf an. Ich habe mich jetzt ausdrücklich darüber informieren lassen, wie dort die Grundstücksverkehrsangelegenheiten geregelt werden. Mir scheint – wie oft in Europa –, dass die Franzosen da möglicherweise etwas pragmatischer mit den Dingen umgehen. Wir lassen das im Moment prüfen, und ich will das in die Gespräche einbringen. Wir werden in den nächsten drei Wochen mit Herrn Bötsch, dem Direktor des Schweizer Bundesamts für Landwirtschaft, die Gespräche fortführen.

(Abg. Moser SPD: Danke!)

Meine Damen und Herren, ich habe davon gesprochen, dass wir uns grundsätzlich zu einer eigenständigen baden-württembergischen Agrarpolitik bekennen. Das sind keine Sonntagsreden, sondern wir wissen, was wir haben. Wenn ich das jetzt noch einmal im Telegrammstil anspreche, so einfach deswegen, weil wir das alles im Hinterkopf haben müssen, wenn es darum geht, die gemeinsame europäische Agrarpolitik neu zu ordnen. Von allergrößtem Interesse ist, inwieweit die spezifischen baden-württembergischen Belange bei dieser Neuordnung gewahrt bleiben oder ob da und dort – und das wäre schlimm – tatsächlich Gefährdungen auftreten.

Sie wissen, dass ein zentrales und auch beispielgebendes Element der MEKA, die umweltgerechte Landbewirtschaftung ist. Immerhin beläuft sich – das bitte ich zu beachten, wenn man wieder über Subventionen und pauschalen Subventionsabbau spricht – diese Maßnahme, die unseren Landwirten zugute kommt, auf 148 Millionen €, die jährlich zur Verfügung gestellt werden.

Ich denke an den Gewässerschutz: 26,5 Millionen € über die SchALVO. Diese Mittel werden nicht deshalb vergeben, weil man sie jemandem nachschmeißen will, sondern weil man Bewirtschaftungsauflagen, die ertragsmindernd sind, ausgleichen will.

Das Dritte, ganz wichtig: unsere Landschaftspflegerichtlinie – immerhin 13 000 Verträge, rund 10 Millionen €. Sie beschreibt in ganz pragmatischer, flexibler Weise das, was Vertragsnaturschutz mit unseren Bäuerinnen und Bauern heißt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich erinnere auch an unsere Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Bitte behalten Sie die Ausgleichszulage in benachteiligten Gebieten im Auge. Das sind gut angelegte Gelder, komplementär finanziert durch Bund und EU.

Aber bei all dem, was da im Schwange ist, lieber Kollege Walter, und angesichts der vielen Millionen, die verteilt werden: Bei schrumpfendem Gesamtplafond besteht immer wieder die ganz große Sorge, dass das, was man großzügig an eine Seite verteilt, letztlich an einer anderen Stelle weggenommen wird, nämlich dort, wo wir eine existenzsichernde Landwirtschaft, insbesondere zugeschnitten auf unsere kleinbäuerlichen Strukturen hier im Südwesten, aufgebaut haben.

Deswegen war ich auch über Ihren Antrag überrascht, bei den Aufwendungen für Flurneuordnung einzusparen. Meine Damen und Herren, Herr Teßmer, ich bitte Sie, sich nicht immer nur mit Herrn Kiefl zu treffen. Gehen Sie einmal mit dem Kollegen Fleischer an den Kaiserstuhl! Dort werden wir das Entstehen von Brachland über Brachland erleben, wenn wir unsere Flurneuordnung nicht in ungeschmälerter Form fortsetzen können.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Gehen Sie einmal dorthin, und schauen Sie sich das an. Das ist auch interessant. Insofern kann man sich sicherlich gegenseitig austauschen.

(Abg. Fleischer CDU: Fast 40 Verfahrensanträge!)

(Minister Stächele)

Und schließlich, meine Damen und Herren – ich muss es nennen, weil es einfach ein zentraler Baustein unserer Politik für den ländlichen Raum ist –, das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum. Ich weiß, dass ich diesbezüglich eine breite Unterstützung habe. Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass da nie herangegangen wird. Trotz großer Sparzwänge sind wiederum 51 Millionen € ermöglicht worden. Ich danke ausdrücklich den Fraktionen, die das mitgetragen haben. Wenn Sie mit Bürgermeistern reden, stellen Sie fest: In einer Zeit der großen Veränderungen, in der es wirklich darum geht, überall dort, wo dies möglich ist, Ersatz- oder ergänzende Arbeitsplätze zu schaffen, ist dies das Instrument für den ländlichen Raum. Ich bin dankbar dafür, dass wir in diesem Haushalt trotz allergrößter Sparnot diese 51 Millionen € noch halten konnten.

(Beifall bei der CDU)

Warum habe ich das in den Eckdaten noch einmal skizziert? Die Sprecher der Fraktionen haben es schon angesprochen: Wir stehen mitten in einer ganz, ganz großen Reform der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik. Das Schlimme an der Reform ist – ich sage es einmal so, lieber Kollege Walter –, dass sie jetzt fast im Hauruckverfahren vollzogen wird. Wir müssen ja die parlamentarischen Beratungen bis zum 1. August abgeschlossen haben,

(Abg. Fischer SPD: Müssen wir nicht!)

damit wir unsere eigenen Modelle verwirklichen können.

Das Schlimme daran ist, dass wir auf diesem Weg fast nicht die Zeit haben, diejenigen mitzunehmen, die schließlich radikal von dieser Reform betroffen sind. Ich spüre das im Moment, wie Sie auch, auf Bauernversammlungen. Es ist im Grunde ganz schwierig, jetzt den Kommunikationsprozess zu betreiben, der den Menschen, die davon betroffen sind, Schritt für Schritt verständlich macht, was es bedeutet, wenn sie künftig die bisherigen großen und wichtigen stabilisierenden Förderungen nicht mehr erhalten, weil sie produzieren, sondern, weil jetzt entkoppelt wird und im Grunde die staatlichen Transferleistungen auf ganz neue Füße gestellt werden, die Förderung entweder nach einem Betriebsmodell – Fischler, Deutscher Bauernverband – oder eben nach einem Kombimodell, das unter Federführung unseres Hauses – das kann man mit Fug und Recht sagen – geschaffen wurde, erhalten, dann im Kontakt mit den anderen Bundesländern und dem Bund. Ich bin sehr stolz darauf, dass sich die baden-württembergischen Bauernverbände im Gegensatz zum Deutschen Bauernverband diesem Modell uneingeschränkt angeschlossen haben.

Wir können uns nicht vorstellen, was Fischler eigentlich mit einer Betriebsprämie meint, gemessen zwischen 2000 und 2002, egal, was künftig produziert wird. Das wäre der „Sofamelker“ in Potenz. Das kann der Gesellschaft überhaupt kein Mensch mehr klar machen. Können Sie sich vorstellen, dass ein Bullenmäster, der im Jahr 2001 diese Förderbeiträge für seine Rindfleischproduktion erhalten hat, am 1. Januar 2005 oder 2006 alle Bullen abschafft? Das heißt also, er wird nur noch seine Flächen bewirtschaften, denn er kann die neuen Prämienrechte nur aktivieren, wenn sie auf einer Fläche liegen. Er wird nach Cross Compliance bewirtschaften, aber er wird in der Tat eine an der damaligen Produkti-

on orientierte Prämienzufuhr erhalten, die keinem Menschen mehr erklärbar ist.

Deswegen sind wir zum Kombimodell gekommen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln!)

Das heißt, wir gehen den Weg zu einer Flächenprämie. Diese Flächenprämie soll – das sage ich ganz ausdrücklich – komplett als bundeseinheitliche Flächenprämie im Jahre 2013 – das ist das Eckdatum der jetzigen Reform – verwirklicht sein.

Um die Übergänge einigermaßen abzufedern, um existenzielle Brüche zu vermeiden und um damit in den zentralen Bereich zu kommen, der uns die größten Sorgen bereitet, gibt es eben diesen Kombiansatz. Wir wollen im Übergangszeitraum bis 2012 betriebsindividuell Zusatzzahlungen, zum Beispiel für Rinder und Schafe, so genannte Top-ups, einführen. Diese werden dann stufenweise im Anpassungszeitraum abgeschmolzen. In der Milchwirtschaft heißt das, dass nicht einfach bisherige EU-Stützpreise für Milch genommen werden – das würden unsere Milchwirtschaftler nie und nimmer aushalten, etwa bei Herrn Kollegen Kiefl im Allgäu –, sondern dass wir hier tatsächlich Übergänge schaffen. Aber mit der klaren Zielsetzung, am Ende eine bundeseinheitliche Flächenprämie zu haben.

Ich gebe zu, die damit verbundene Überzeugungsarbeit ist nicht ganz einfach. Man muss wissen, dass bei dieser einheitlichen Flächenprämie, bei der ja nicht mehr die Produktion zugrunde liegt, Baden-Württemberg finanziell auch profitieren könnte. Das macht einige neidisch; das macht die Diskussion, auch mit unseren Nachbarn im Süden, schwierig. Aber wir sind fest entschlossen, die Vorteile unseres Kombimodells, nämlich gesellschaftliche Akzeptanz und ein kaum zu befürchtender Handel mit Prämienrechten – das scheint mir auch ganz wichtig –, wirklich umzusetzen und einen notwendigen Schritt nach vorne zu gehen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren,

(Abg. Fischer SPD: „Ich komme zum Schluss“!)

lassen Sie mich jetzt zum Zweiten ein paar Sätze zu Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit sagen. Ich weiß, ich halte Sie jetzt vom Konsum regionaler Produkte ab, aber ein Viertelstündchen müssen wir miteinander noch verbringen.

(Abg. Rau CDU: So lange? – Weitere Zurufe)

– Ja, es ist schon gut. Bei absoluter Konzentration können wir es auf zehn Minuten kürzen.

(Abg. Walter GRÜNE: Zehn Minuten geben wir Ihnen noch!)

Lassen Sie mich zur Lebensmittelsicherheit einige wenige Sätze sagen,

(Abg. Zeller SPD: An der Abstimmung wird sich sowieso nichts mehr ändern!)

(Minister Stächele)

denn es soll auch durch einen Beitrag zum Haushalt zum Ausdruck kommen, dass die Gewährleistung der Lebensmittelsicherheit in Baden-Württemberg zu einer der Schwerpunktaufgaben dieser Landesregierung gezählt hat

(Abg. Fischer SPD: Das merken wir an der Auflösung der Wirtschaftskontrolldienste!)

und weiterhin zählen wird. Eines muss ich Ihnen aber sagen: Das Wort „Lebensmittelsicherheit“ ist leicht ausgesprochen, erfordert aber, wenn man Tiergesundheit, Tierschutz, Tierarzneimittelrecht und alles andere abdecken will, eine umfassende Architektur der Beratung und der Kontrolle. Denn Lebensmittelsicherheit ist nur dann garantiert, wenn der Verbraucher sagen kann: „Vom Feld, vom Stall bis auf den Teller ist ein Optimum an Kontrolle gewährleistet. Das heißt, ich habe mein Recht auf gesunde Nahrungsmittel voll verwirklicht.“ Aber wenn jemand glaubt, der Staat oder die staatliche Verwaltung, in diesem Fall die Landesverwaltung, könnte zum Vorkoster der Nation werden, dann irrt er. Das heißt also, es geht darum, den Glauben auszurotten, dass hinter jedem Teller ein Prüfer der staatlichen Verwaltung stehen kann. Das ist ganz wichtig. Die Hauptaufgabe liegt im Grunde bei den Produzenten. Unsere Aufgabe ist es, zunächst vorbeugenden Verbraucherschutz zu betreiben und dann immer wieder einzugreifen, etwa durch unvermutete Kontrollen in Verdachtsfällen, und in der Tat dafür Sorge zu tragen, dass faule Eier, sofern es sie gibt, auch nach oben kommen, dass Ordnungswidrigkeiten sanktioniert werden und gegebenenfalls auch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In diesem Zusammenhang sehe ich, lieber Herr Walter, etwa auch die gesamte Ernährungsberatung nach wie vor als einen Teil der Maßnahmen zur Gewährleistung unserer Lebensmittelsicherheit. Frau Künast kommt jetzt dort an, wo wir seit zehn Jahren sind – was übrigens von ihr zugestanden wird.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Sie hat Baden-Württemberg immer als ein Land gelobt, das in der Ernährungsberatung, insbesondere bei der Beratung zur Kinderernährung, meilenweit vor dem ist, was viele andere tun.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Die Landesinitiative BeKi, „Bewusste Kinderernährung“, ist im Grunde ja nichts anderes als eben das Bekenntnis zur bewussten Kinderernährung. Und ich spreche denjenigen, die dort wirken, ein großes Kompliment aus: Der dort neu geschaffene Atlas findet reißenden Absatz in allen Schulen und allen Klassen.

Ich will noch ein ganz wichtiges Thema anschnitten, das mir am Herzen liegt: Bei der Lebensmittelsicherheit sieht man natürlich, wie notwendig es ist – auch wenn es einem manchmal Erschwerungen bringt –, einheitliche europäische Vorschriften zu schaffen. Da tritt natürlich der Zielkonflikt zutage zwischen dem, was Subsidiarität bedeutet, und dem, was jeder aufgrund seines normalen Verstandes in eine europäische Zuständigkeit bringen will, weil es mittlerweile nicht nur einen europäischen, sondern auch einen in-

ternationalen Warenverkehr gibt. Das heißt, wir müssen uns, auch wenn es oft schmerzhaft ist, darauf einstellen, dass Brüssel bis hinunter an die Ladentheke im Interesse europäischer Lebensmittelsicherheit hineinregiert. Und ich kann Ihnen schon jetzt ankündigen: Sie werden viele schmerzliche Diskussionen mit den Metzgerfachgeschäften führen müssen, die ab dem nächsten Jahr zum Beispiel wieder „drangsaliiert“ werden. Aber ich sage Ihnen: An diesem Beispiel wird das, was einerseits der Subsidiaritätsgedanke wäre und was uns andererseits die Wirklichkeit abverlangt, besonders deutlich dargestellt. Deswegen muss man hier ein Bekenntnis zu einer europaweiten Klärung abgeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Rahmen dieser Sicherheitsmaßnahmen ist auch bundesweit zutage getreten, was in den letzten Wochen unter dem Stichwort BSE wieder Schlagzeilen gemacht hat. BSE ist eine Herausforderung. Das war es, und das wird es bleiben. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse reichen noch nicht dafür aus, dass man Entwarnung geben könnte, wiewohl ich nach wie vor der Auffassung bin – das habe ich schon vor den letzten Schlagzeilen gesagt –, dass es an sich ein Unfug ist, BSE-Tests bei 24 Monaten anzusetzen, dass wir also – da sind wir uns europaweit einig – 30 Monate gelten lassen könnten.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Zunächst einmal muss ich eines sagen: Ich danke all denen, die die letzte BSE-Thematik, nämlich deutschlandweit in einigen Fällen unterlassene BSE-Tests, einigermaßen rational abgehandelt haben. Ich hatte den Eindruck, die allermeisten – auch Journalisten – waren bestrebt, jetzt keine falsche Hysterie aufkommen zu lassen, sondern rational über die Thematik zu berichten.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Was ist Sache? Seit dem letzten Jahr können wir eine mittlerweile perfekte Datei über unsere Rinder anwenden. Die Einwohnerdatei ist ein Dreck gegen die Datei, die die Rinder anbelangt.

(Abg. Rückert CDU: Das glaube ich! – Abg. Fleischer CDU: Gibt es für Rinder keinen Datenschutz? – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das heißt, wir konnten im letzten Jahr das abgleichen, was die Ohrmarke und die Rinderdatei hergeben – Rind da, Rind geschlachtet – und was andererseits die Datensammlung im Hinblick auf die durchgeführten BSE-Tests ergibt. Dieser Abgleich war jetzt erstmals in dieser Form möglich. Es ist übrigens eine Warnung für die Zukunft für alle, die davon irgendwie betroffen waren.

Wir haben in Deutschland insgesamt 2 153 nicht getestete Rinder. Baden-Württemberg ist mit 208 nicht getesteten geschlachteten Tieren dabei. Dazu kommen 120 so genannte Geburtstagsrinder, also Rinder, die genau im Alter von 24 Monaten geschlachtet wurden, zusammen 328 Tiere.

Für Sie ist jetzt wohl wichtig zu wissen, wie wir im Ländervergleich liegen: 20 % der in Deutschland erfolgenden Schlachtungen von Rindern über 24 Monate und somit auch der BSE-Tests werden in Baden-Württemberg durchge-

(Minister Stächele)

führt. Die Anzahl der Fehlerfälle liegt bei etwa 15 %, obwohl wir in Baden-Württemberg über eine verdichtete, kleingliedrige Schlachthofstruktur verfügen, wie sie kein anderes Land hat. Nachweislich – das muss man auch immer wieder sagen – sind es nicht unbedingt immer die Großen, die Fehler machen, sondern Fehler passieren auch bei den Kleinen.

Berlin hat sehr wohl gesehen, dass Baden-Württemberg bereits Mitte Dezember letzten Jahres – Kollege Walter, das war ein Lob aus dem Haus in Berlin, das wir gern entgegen genommen haben – die unklaren Fälle aufgearbeitet hatte.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Kurzum: Das war die aktuelle BSE-Problematik. Ich kann nur sagen: Wer vorsätzlich handelt und vorsätzlich gegen Recht verstößt, hat nichts anderes als den Staatsanwalt verdient.

Ich komme nun zu einem Punkt, der mich sehr – –

(Abg. Zeller SPD: Die zehn Minuten sind vorbei! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, die Redezeit der Abgeordneten betrug zehn Minuten. Sie sprechen jetzt 29 Minuten und 11 Sekunden. Vielleicht könnten Sie es erreichen, in 30 Minuten insgesamt fertig zu sein.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Herr Präsident, das nehme ich gern entgegen. Aber wir sollten zumindest die Zeit abziehen, die mich Kollege Moser mit sehr interessanten Fragen gekostet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Moser SPD: So hat es der Herr Präsident auch gemeint! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Sonst kommt Herr Teßmer noch einmal!)

Lassen Sie mich noch ein Thema ansprechen. Herr Präsident, ich weiß um Ihre Not. Ich werde jetzt aber noch ein Thema kurz ansprechen.

(Abg. Zeller SPD: Welche Not hat er? – Zuruf: Unseren Hunger! – Vereinzelt Heiterkeit)

Lassen Sie mich einige wenige Sätze zur grünen Gentechnik sagen. Das ist ein Thema, das Sie ab den kommenden Tagen in allen Versammlungen ganz gewaltig beschäftigen wird. Sonnleitner hat selbst davon gesprochen: Wir dürfen es nicht zu einem Bauernkrieg in unseren Dörfern kommen lassen. Deswegen sage ich Ihnen: Wir in Deutschland müssen uns den gentechnischen Möglichkeiten stellen. Das ist gar keine Frage. Das Moratorium ist weg. Wir müssen den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen verantwortungsbewusst regeln. Dabei möchte ich ein Dämonisieren ausdrücklich ausschließen.

Entscheidend ist: Wir müssen eine Koexistenz schaffen zwischen denen, die gentechnisch veränderten Anbau betreiben wollen, und denen, die ihn nicht betreiben wollen.

(Abg. Walter GRÜNE: Geht das überhaupt?)

Denn, Herr Walter – das ist das Entscheidende; zum Glück kam der Zwischenruf zuvor –, Sie können ein gentechnikfreies Land nicht per Gesetz schaffen. Österreich hat das abgeklärt.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber freiwillig kann man darauf verzichten! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

– Das muss aber betont werden. Es darf nicht im Raum stehen: „Diese Landesregierung möchte . . .“ Was möglich ist, das ist in der Tat – –

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Wenn sich im Wege der Freiwilligkeit regional alle zum gentechnikfreien Anbau verpflichten, ist das möglich. Das möchte ich nicht ausschließen.

(Zurufe der Abg. Teßmer SPD und Walter GRÜNE)

Aber, lieber Herr Walter, wir dürfen uns trotzdem nicht davonstellen, wenn es gilt, auch die ganz wichtigen Haftungsfragen zu lösen.

(Beifall der Abg. Döpfer und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Sie können nicht garantieren, dass überall Gentechnikfreiheit besteht. Das heißt, wir haben Regelungspflicht und müssen – ohne die Gentechnik zu dämonisieren; ich sage das ausdrücklich noch einmal, denn ich sehe eine Diskussion auf uns zukommen, die schon wieder zum Glaubenskrieg wird – die erforderlichen Regelungen verantwortungsbewusst treffen. Das ist Sache von Frau Künast, die nun dem Kabinett einen Eckpunkteentwurf vorgelegt hat. In diesem Zusammenhang ist wirklich die Haftungsfrage zu klären.

Wenn via Pollenflug eine Vermischung stattfindet, kann es doch nicht sein, dass allen ringsum anbauenden Landwirten im Grunde eine Kollektivschuld zugemessen wird. Es kann doch nicht sein, dass die Haftung verschuldensunabhängig gilt. Das heißt, man muss in der Tat eine Haftung aufbauen, wonach der Landwirt, der nach fachlich guter Praxis anbaut, nicht von vornherein in eine Gesamthaftung genommen wird. Wir schauen uns verschiedene Modelle an. Ich könnte mir vorstellen, dass die Lösung letztlich auf einen Haftungsfonds hinausläuft. Die Schweiz hat ja eine eigene gesetzliche Regelung geschaffen. Vielleicht dient sie uns als Beispiel.

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Schlusssatz, meine Damen und Herren: Herr Walter, wir können im Ausschuss darüber befinden.

Und nun noch kurz zum Naturschutz, zu Natura 2000.

Erstens: Natura 2000 sollten wir optimistisch und offensiv begreifen. Das ist eine ganz wichtige Botschaft, sonst schaffen wir das nicht.

Zweitens: 8,6 % der Landesfläche sind für Natura 2000 gemeldet. Es haben nun bilaterale Gespräche mit der Kommission stattgefunden. Für FFH-Gebiete werden nun über 4 % nachgemeldet.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

(Minister Stächele)

Wir sind im Zeitplan: Wir werden jetzt auszeichnen, wo diese Gebiete sind. Es kommt dann zum Kabinettsbeschluss. Wir werden die Anhörungsrunde durchführen. Wir müssen daran denken: Es geht um eine Erhaltung unseres Kultur- und Naturerbes. Ich weiß: Vor Ort werden auch verschiedene Überlegungen zur Nutzung angestellt. Das wird zwar durch die anschließend notwendigen Verträglichkeitsprüfungen erschwert, die vorgenommen werden müssen, aber wir kommen nicht darum herum: Das ist europäisches Recht, national umgesetzt. Auch Baden-Württemberg hat dem einmal zugestimmt. Wir sollten nicht einen Feindwall aufbauen, sondern diese Dinge mit den Bürgermeistern, den Kommunalpolitikern vor Ort bestimmen.

Natura 2000 wird weitergeführt. Wir haben dafür in diesem Jahr zwar weniger Mittel vorgesehen, weil wir jetzt erst die ersten Pflege- und Entwicklungspläne machen.

(Abg. Fischer SPD: „Schlusssatz“, hat es gegeben!)

Aber ich muss schon jetzt ankündigen: Wenn man die Bestands- und Entwicklungspläne aufbaut, wenn man sie umsetzt,

(Abg. Fischer SPD: Das ist aber ein langer Schlusssatz, Herr Minister!)

braucht man mehr Geld.

Jetzt der Schlusssatz.

(Heiterkeit – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Die Europäische Union hat sich in Artikel 8 der FFH-Richtlinie verpflichtet, eine entsprechende Komplementärfinanzierung aufzubauen. Bisher haben wir nichts Konkretes davon gehört. Man geht im Moment davon aus, dass Natura 2000 allein für Deutschland mehrere Milliarden kostet. Deswegen muss man hier auch der Europäischen Union via Berlin Beine machen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Das war ein langer Schlusssatz!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegt kein Antrag einer Fraktion vor, angesichts der Redezeit des Ministers die Redezeiten zu verlängern.

(Abg. Fischer SPD: In Anbetracht des Freitags!)

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2808 Abschnitt I. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich an der jeweiligen Stelle aufrufen.

Ich lasse zunächst über das

Kapitel 0801

Ministerium

abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Ich rufe auf

Kapitel 0802

Allgemeine Bewilligungen

und dazu die beiden hierzu vorliegenden Änderungsanträge der Fraktion der SPD.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Erhöhung der globalen Minderausgabe für den Einzelplan 08 –, Drucksache 13/2848-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Einsparungen beim Aufwand für Informationstechnik –, Drucksache 13/2848-2, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0802 in der Fassung der Beschlussempfehlung abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0803

Ländlicher Raum, Ernährung und Landwirtschaft

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Streichung von Zuschüssen zur Wiederaufforstung –, Drucksache 13/2848-3, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über Kapitel 0803 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Kapitel 0805

Flurneuordnung und Landentwicklung

Dazu rufe ich zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Einsparungen bei den Aufwendungen für Flurneuordnung –, Drucksache 13/2848-4, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen ab über das Kapitel 0805 – Flurneuordnung und Landentwicklung. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich angenommen.

(Stellv. Präsident Birzele)

#### Kapitel 0807

Staatliche Akademie für Landbau und Hauswirtschaft Kupferzell

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

#### Kapitel 0809

Landwirtschaftliche Bezirksverwaltung

Ich rufe dazu den Antrag der Fraktion der SPD – Einsparungen bei der landwirtschaftlichen Bezirksverwaltung –, Drucksache 13/2848-5, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über das Kapitel 0809. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

#### Kapitel 0810

Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume mit Landesstelle für landwirtschaftliche Marktkunde

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so beschlossen.

Ich möchte nun gern die Kapitel 0811 bis 0829 in der Abstimmung zusammenfassen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Bis Kapitel 0816 inklusive!)

– Ich rufe also auf

#### Kapitel 0811 bis Kapitel 0816

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Zugestimmt.

#### Kapitel 0818

Haupt- und Landgestüt Marbach

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Kann ich die anderen Kapitel zusammenfassen?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Mit Ausnahme von Kapitel 0831! – Abg. Fischer SPD: Bis Kapitel 0829!)

Ich fasse zusammen

#### Kapitel 0819 bis Kapitel 0829

Wer diesen Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

#### Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Hier lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2848-6, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen ab über das Kapitel 0831. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

#### Kapitel 0832

Forstdirektionen

Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

#### Kapitel 0833

Forstämter

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Verbesserung beim Holzverkauf durch Schaffung eines Landesbetriebes Forst –, Drucksache 13/2848-7, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über das Kapitel 0833 abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über die

#### Kapitel 0834 und 0835

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir haben nun noch über Abschnitt II – Kenntnisnahme – der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2808, abzustimmen. Wer Abschnitt II der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratungen zu Einzelplan 08 – Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:05 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Ich darf Sie bitten, die Türen zu schließen und die Plätze einzunehmen.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 1 c, 1 d, 1 e, 2 und 3** auf:

**Punkt 1 c:**

**Einzelplan 06: Finanzministerium**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2806**

**Berichterstatter: Abg. Schmid**

**Punkt 1 d:**

**Einzelplan 12: Allgemeine Finanzverwaltung**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2812**

**Berichterstatter: Abg. Clemens Winckler**

**Berichterstatter für den Bereich Staatlicher Hochbau: Abg. Kurz**

**Punkt 1 e:**

**Staatshaushaltsgesetz 2004 – Drucksache 13/2706**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2813**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Scheffold**

**Punkt 2:**

**Haushaltsstrukturgesetz 2004 – Drucksache 13/2680**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2816**

**Berichterstatter: Abg. Clemens Winckler**

**Punkt 3:**

**Mittelfristiger Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2003 bis 2007 – Drucksache 13/2790**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 13/2815**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Scheffold**

(Abg. Fischer SPD: Wir beantragen Abstimmung!  
– Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir geben unsere Reden zu Protokoll! – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung dieser fünf gemeinsam aufgerufenen Tagesordnungspunkte eine Gesamtrededauer von 15 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold das Wort.

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt dieses Jahres steht wie schon die Haushalte der vergangenen Jahre vor einer schwierigen Gesamtsituation. Er gilt für eine Zeit, in der das gesamtwirtschaftliche Umfeld auf Bundesebene auch von uns äußerste Anstrengungen im Hinblick auf Einsparungen und im Hinblick auf die Haushaltsgestaltung erfordert.

Wir als CDU-Fraktion weisen zu Recht darauf hin, dass wir bereits in den vergangenen Jahren – man kann mittlerweile fast schon von einem Jahrzehnt sprechen – immer wieder vor die Aufgabe gestellt wurden, Einsparungen zu erbringen. Wir haben diese Einsparungen auch erbracht. Wir stellen aber gegenwärtig fest, dass aufgrund des Wegbrechens der Steuereinnahmen und des mangelnden Wirtschaftswachstums, wofür die Verantwortung bei der Bundespolitik liegt, weiterhin neue Anstrengungen notwendig sind. In dieser Gesamtkonstellation – –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das ist, glaube ich, weltweit, Kollege Scheffold!)

– Nicht ganz weltweit, Frau Kollegin. Wenn Sie einmal sehen, wie in Amerika das Bruttosozialprodukt wächst,

(Abg. Gall SPD: Wie das Staatsdefizit wächst! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Auf Pump!)

wie hoch dort das Wachstum der Unternehmen ist, und dies mit der Situation bei uns vergleichen, dann stellen Sie fest, dass dies mit Sicherheit nicht auf die Weltpolitik zurückzuführen ist.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Auf Pump! Gucken Sie mal das Staatsdefizit in Amerika an! Da kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch!)

Sie können jetzt nicht nur auf die weltpolitische Gesamtsituation hinweisen, so, wie Sie vor einem Jahr gesagt haben, die Terroranschläge hätten alles beeinträchtigt.

In dieser Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, verlangen Sie von der Opposition von uns zwei Dinge: Sie verlangen auf der einen Seite, die Nettonullverschuldung herbeizuführen, und auf der anderen Seite sagen Sie uns ständig, wir gäben nicht genügend aus für die Forschung, für die Einstellung von Beamten – dieses Mal sind es die Steuerbeamten, die fehlen –, und wir investierten nicht genügend. Frau Kollegin,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Da dürfen Sie mich nicht angucken!)

die Investitionen werden nach der Definition der Landeshaushaltsordnung beurteilt, und sie betreffen eben Baumaßnahmen oder den Erwerb beweglicher oder unbeweglicher Sachen. Aber es ist natürlich schon die Frage zu stellen: Was ist gute und was ist schlechte Politik? Orientiert sich die Antwort daran, ob wir im Sinne dieser Definition Investitionen machen oder nicht? Da, meine ich, kann man es guten Gewissens vertreten, von guter Politik zu sprechen.

(Abg. Junginger SPD: Forderungsverkauf, ja!)

Denn, Kollegen von der SPD, die Frage, ob eine Politik gut oder schlecht ist, wird nicht daran gemessen, ob man etwas in diesem Sinne erwirbt, sondern ob man in die richtigen Bereiche investiert.

(Abg. Pauli CDU: Genau!)

Beispielsweise gehört die Anschaffung von Leasingfahrzeugen nicht in den Bereich der Investitionen. Nun erspart aber ausgewiesenermaßen beispielsweise die Ausstattung der

(Dr Scheffold)

Polizei mit Leasingfahrzeugen dem Landeshaushalt Kosten bei besserer Aufgabenerfüllung.

(Abg. Hauk CDU: Das ist Intelligenz!)

– Das ist intelligente Politik, Herr Kollege Hauk. Ich darf Ihnen da zustimmen.

(Lachen der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Junginger SPD: Wenn ihr beide euch noch einig seid! – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das Protokoll vermerke bitte, dass der Redner selbst lachen muss!)

Ein weiterer Punkt: Personalausgaben gehören auch nicht in den Bereich der Investitionen, Frau Kollegin Dederer. Sie sind ja die Ersten, die immer sagen: Wir brauchen mehr Lehrer.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein!)

Bildung ist das Wichtigste für die Kinder, für die Zukunft.

(Abg. Hauk CDU: Richtig! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Darum frage ich mich, warum es schlechte Politik sein soll, wenn wir in dieser Legislaturperiode 5 500 Lehrerstellen neu schaffen. Nein, meine Damen und Herren, das ist gute Politik, das ist verantwortliche Politik. Deswegen ist der Haushaltsentwurf, den wir hier vorlegen, ein guter Erfolg für diese Koalition, die in schwieriger Haushaltslage einen ausgewogenen Mix zwischen Einsparungen und notwendigen zukunftsweisenden Investitionen geschaffen hat.

Es ist sicher schwierig, in der jetzigen Situation einen Haushalt vorzulegen, bei dem alle Beifall klatschen, weil Einsparungen und Einschnitte natürlich nicht den Beifall der Betroffenen finden.

(Abg. Gall SPD: Außer bei euch gibt niemand Beifall!)

Ich glaube, der vorliegende Haushaltsentwurf ist trotzdem hervorhebenswert.

Wir haben erstens keinen verfassungswidrigen Haushalt, wie das in vielen anderen Ländern der Fall ist. Vor allem halten wir mit unserem Haushalt im Jahr 2004 die Maas-tricht-Kriterien ein. Wenn Sie einmal schauen, welche Steuereinnahmen das Land selbst hat – Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer –, stellen Sie fest, dass diese nur zu einem ganz unwesentlichen Teil zum Gesamtsteueraufkommen des Landes beitragen. Das meiste kommt aus Mischsteuern: aus der Lohnsteuer, aus der Körperschaftsteuer, aus der Umsatzsteuer. Das alles betrifft Bereiche, bei denen in Berlin die richtige Politik gemacht werden müsste, damit diese Steuereinnahmen sprudeln.

(Abg. Junginger SPD: Und der Bundesrat das verhindert!)

Die Tatsache, dass Baden-Württemberg trotzdem in diesem Jahr in den Länderfinanzausgleich wieder Zahlungen von 2 Milliarden € leisten wird – das ist die bittere Wahrheit –, zeigt, wie stark Baden-Württemberg dazu beiträgt, dass die bundeswirksamen Steuern im Prinzip noch in dem Maße er-

halten bleiben, in dem sie erhalten bleiben sollen, während die anderen Länder nichts dazu beitragen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Wir haben in diesem Haushalt eine Deckungslücke von 3 Milliarden € gehabt. Wir haben diese Lücke mit 2 Milliarden € neuen Schulden und mit 1 Milliarde € Einsparungen gedeckt.

Weil die Steuereinnahmen nach der neuen Steuerschätzung vom November weggebrochen sind, ergab sich eine weitere Deckungslücke, sodass wir mit einer Nachschiebeliste neue Einsparungen machen mussten. Wir haben die Hälfte dieser neuen Deckungslücke durch weitere Einsparungen gedeckt und nur für die andere Hälfte neue Schulden gemacht.

(Abg. Junginger SPD: GMA!)

Sie haben uns im Zuge des Verlaufs der Debatten hier im Plenum noch verschiedene andere Vorwürfe gemacht. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben noch eine dritte Lesung. Ich schlage vor, dass wir in der nächsten Woche diese Themen noch ausführlich erörtern.

Herr Kollege Reichardt wird in der zweiten Runde sprechen.

(Abg. Gall SPD: Das wird niemand wundern!)

Ich meine, wir können die Debatten in der zweiten Lesung hier ein bisschen kürzer halten. Ich glaube, dass dieser Haushalt gut ausgewogen ist. Ich darf für die CDU-Fraktion sagen, dass wir diesem Haushalt zustimmen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Immer mal was Neues! – Abg. Junginger SPD: Das war jetzt intelligent!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

**Abg. Schmid SPD:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf die Aussprache des heutigen Nachmittags dazu nutzen, auf die Haushaltssituation des Landes näher einzugehen.

Wir beraten mit dem Entwurf des Landeshaushalts 2004 zum zweiten Mal in Folge einen Haushalt mit einer Rekordneuerschuldung von über 2 Milliarden €. Allein mit diesen 2 Milliarden € zusätzlichen Schulden für 2004 belasten wir die kommenden Haushalte mit jährlich mindestens 100 Millionen € Zinszahlungen; bei einem Wiederanstieg des Zinsniveaus ergeben sich natürlich noch entsprechend höhere Belastungen.

Das Land Baden-Württemberg wird Ende dieses Jahres, falls die Haushaltszahlen halten, mit rund 39 Milliarden € verschuldet sein.

(Abg. Hauk CDU: Das hängt von der gesamtwirtschaftlichen Lage ab!)

Das bedeutet, dass der jährliche Schuldendienst, auch bei dem derzeit günstigen Zinsniveau, rund 2 Milliarden € be-

(Schmid)

tragen wird. Damit wird deutlich, dass die zusätzlichen Neuschulden in diesem Jahr vollständig dazu gebraucht werden, um den Zinsendienst für die Altschulden zu finanzieren. Hinzu kommt: Sie haben es dieses Mal nur mit einigen Trickereien geschafft, die Rekordverschuldung des letzten Jahres nicht noch deutlich zu überbieten. So wird der Bestand an Verpflichtungsermächtigungen, der in diesem Jahr Geldbewilligungen zulasten kommender Haushalte zulässt, um 170 Millionen € ausgeweitet. Das bedeutet, dass wir 170 Millionen € mehr Verpflichtungen eingehen, als wir in diesem Jahr an alten Verpflichtungsermächtigungen einlösen. Damit erhöhen Sie den Bewilligungsrahmen und können sich vor Ort bei den Begünstigten von Maßnahmen politisch damit brüsten, es werde Geld bereitgestellt, wenn auch nicht im Jahr 2004, sondern etwas später.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Dieser Wechsel auf die Zukunft relativiert Ihre vermeintlichen Einsparerfolge, weil Sie nämlich genau dieses Haushaltsvolumen von 170 Millionen € in die Folgejahre verschieben, die Versprechungen aber schon jetzt politisch verkaufen.

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist unredlich!)

Beim Landesstraßenbau – zweiter Punkt Ihrer Trickereien – verausgaben Sie 2004 über die Baufinanz Ausgaben in Höhe von 89,5 Millionen € und stellen im Haushalt zur Refinanzierung lediglich 31,7 Millionen € zur Verfügung. Das bedeutet, dass Sie 57,8 Millionen € reale Ausgaben in diesem Bereich auf kommende Haushalte verlagern.

Dritte Trickerei: Auch beim Hochbau des Landes verlagern Sie in der Baufinanz über so genannte Tilgungsstreckungen bis zu 27 Millionen €, und beim Wohnungsbau verlagern Sie – ebenfalls durch Tilgungsstreckungen gegenüber dem Bund – 6,5 Millionen €.

(Abg. Capezzuto SPD: Da sieht es ja ganz mau aus!)

Vierte Trickerei: Es werden Sonderausschüttungen von landesbeteiligten Unternehmen und Sonderablieferungen von staatlichen Verpachtungsbetrieben in Höhe von rund 23 Millionen € veranschlagt. Solche Einmalaktionen verändern den Haushalt strukturell überhaupt nicht und können natürlich in den Folgejahren nicht beliebig wiederholt werden, ohne die Substanz unseres Staatsvermögens zu schmälern.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wie bei den Privatisierungen!)

Fünfte Trickerei: Sie verkaufen nicht wie im SPD-Konzept zur Reinvestition, sondern zur Deckung von Haushaltslöchern Forderungen in Höhe von 40 Millionen € und belasten durch künftig ausfallende Rückflüsse spätere Haushalte.

(Abg. Capezzuto SPD: Um Gottes willen! Was habt denn ihr gemacht?)

Sechste Trickerei: Sie verkaufen Grundstücke im Wert von 70 Millionen € und verwenden damit Vermögen des Landes zur allgemeinen Haushaltsdeckung und nicht entsprechend dem seriösen Vorschlag der SPD ausschließlich zugunsten neuer Investitionen oder zur Schuldentilgung.

Allein mit diesen nicht vollständig aufgezählten Notmaßnahmen gewinnen Sie zulasten kommender Haushalte 400 Millionen €, sodass die Bilanz für die tatsächliche Verschuldung des Landeshaushalts eher bei 2,5 Milliarden € liegen dürfte.

(Abg. Junginger SPD: Das ist der Punkt!)

Damit ist klar geworden: Der Finanzausschuss wird immer mehr zum Beichtstuhl für Ihre haushaltspolitischen Sünden.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Sie haben sich darüber hinaus mächtig angestrengt, damit Ihrem Haushalt nicht das Stigma, nicht verfassungsgemäß zu sein, anhaftet. Aber auch das schaffen Sie nur mit Tricks.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Na, na!)

Sie bleiben zwar formal um vielleicht etwa 100 Millionen € unter der Grenze der Verfassungswidrigkeit, gleichzeitig weisen Sie aber globale Minderausgaben in Höhe von fast 400 Millionen € aus, die erfahrungsgemäß zu einem Großteil bei den Investitionen eingespart werden. Deshalb ist der von Ihnen vorgelegte Haushalt zumindest in der Realität des Haushaltsvollzugs mit ziemlicher Sicherheit nicht verfassungsgemäß.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Oje!)

Die globalen Minderausgaben in dieser außerordentlichen Höhe verletzen auch die gebotene Haushaltsklarheit und -wahrheit. Die Festlegungen des Landtags in den Haushaltsberatungen werden dadurch von vornherein zu einem guten Teil Makulatur. Maßgeblich sind nicht mehr die beschlossenen Beträge in den Einzelhaushalten, sondern Überlegungen der Ministerien, also der Exekutive, in welchen Bereichen sie die globalen Minderausgaben erbringen werden.

Aber nicht nur dies. Hinzu kommt: Globale Minderausgaben müssen im Wesentlichen bei den nicht zwangsläufigen Sachausgaben erwirtschaftet werden.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Von den Sachausgaben sind ausweislich der mittelfristigen Finanzplanung 97 % durch Gesetze, Verordnungen und andere rechtliche Verpflichtungen zwangsläufig festgelegt. Bei dem kleinen Rest der nicht zwangsläufigen Sachausgaben, die etwa 900 Millionen € pro Jahr ausmachen, müssen die globalen Minderausgaben in Höhe von rund 400 Millionen € erwirtschaftet werden. Das bedeutet im Klartext, dass das Parlament den kleinen haushaltspolitischen Spielraum, den es außerhalb von Vorabfestlegungen noch hat, nicht selbst gestaltet, sondern der Regierung überlässt. Die so genannte freie Spitze im Landeshaushalt wird damit etwa zur Hälfte der Entscheidungsgewalt der Landesregierung mittels globaler Minderausgaben unterworfen.

(Abg. Capezzuto SPD: Jesses!)

Meine Damen und Herren, das ist ein herber Bedeutungsverlust für das Parlament, den die Regierungsfractionen abgenickt haben, ohne mit der Wimper zu zucken.

(Beifall bei der SPD)

(Schmid)

Das Operieren mit globalen Minderausgaben zeigt auch das Versagen der Haushaltsstrukturkommission und damit das Versagen von Landesregierung und Koalitionsfraktionen.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Dr. Scheffold CDU: Jetzt gucken Sie doch mal nach Berlin, was die uns aufoktroyieren!)

Vielmehr wursteln Sie haushaltspolitisch mehr schlecht als recht vor sich hin, leben von der Hand in den Mund und verspielen dabei die Zukunftsfähigkeit des Landes.

(Zurufe der Abg. Hauk und Dr. Scheffold CDU)

– Sehr geehrter Herr Abg. Scheffold, ich analysiere den Landeshaushalt. Nehmen Sie das zur Kenntnis.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Der aktuelle Entwurf Ihrer Fraktionen zeigt Ihre ganze Konzeptionslosigkeit und Mutlosigkeit.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

In der vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung zeigt sich vollends die ganze Hilflosigkeit der Landesregierung.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

Sie verschieben das Ziel der Nettonullverschuldung auf das Jahr 2008, also nach außerhalb des Planungszeitraums. Je ferner das Zieldatum, desto ehrgeiziger die Zielmarke!

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Vor allem liegt das nach der Wahl!)

Die Nettokreditaufnahme in den nicht verbindlich festgelegten Planjahren sinkt zwar auf dem Papier von Jahr zu Jahr. Im Gegenzug wird aber die Deckungslücke, deren Betrag nach der geplanten Kreditaufnahme noch einzusparen ist, größer.

(Abg. Hauk CDU: Mit den Rahmenbedingungen aus Berlin! – Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

So will die Regierung im Jahr 2005 neue Schulden in Höhe von 1,8 Milliarden € machen. Hierfür will sie zusätzliche Einsparungen von 1,264 Milliarden € erbringen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Deswegen brauchen wir Steuerwachstum, Herr Kollege! Bei diesen bundespolitischen Steuerausfällen!)

Im Jahr 2007 will sie laut Plan noch 800 Millionen € Schulden machen und dafür zusätzliche Einsparungen in Höhe von 2,4 Milliarden € erbringen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Deswegen brauchen wir Steuerwachstum, Herr Kollege!)

Das bedeutet im Klartext: Die reale Deckungslücke in den nächsten Jahren beträgt jährlich rund 3,2 Milliarden €. Sie bleiben jegliche Antwort darauf schuldig, wie Sie diese Herausforderung der Nettonullverschuldung erreichen wollen.

Der Verweis auf das Steuerwachstum geht natürlich fehl, weil schon ein sehr hohes Steuerwachstum in Ihre Planungsdaten eingearbeitet ist.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Wir brauchen mehr, nicht weniger!)

Das heißt, Sie haben die bundespolitischen Weichenstellungen schon eingearbeitet.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Es liegt an Ihnen, diese 3,2 Milliarden € Deckungslücke herauszuarbeiten. Das liegt nicht an der Bundesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE – Abg. Dr. Scheffold CDU: Das meinen Sie doch nicht im Ernst?)

Mehr als 5 % Einnahmewachstum bei den Steuern können Sie nicht ernsthaft erwarten. Trotzdem ist in der mittelfristigen Finanzplanung noch eine Deckungslücke von 3,2 Milliarden €. Sie müssen zunächst Ihre Hausaufgaben im Land machen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: An den Einnahmen liegt es nicht!)

Wir von der SPD haben den Mut zu strukturellen Veränderungen im Landeshaushalt. Wir wollen die Landesstiftung auflösen und Anteile des Landes an der LBBW veräußern. Mit den Erlösen wollen wir Landesschulden tilgen.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Damit würden wir strukturell finanzpolitischen Handlungsspielraum gewinnen, da die Einsparungen bei den Zinsen nachhaltig wären und künftig Jahr für Jahr anfielen.

Außerdem schlagen wir vor, die Rothaus AG an die L-Bank zu verkaufen

(Abg. Pfister FDP/DVP: Niemals! – Zuruf des Abg. Dr. Scheffold CDU)

und die Verkaufserlöse zur Stärkung der Investitionen und zur Verringerung der Neuverschuldung einzusetzen. Damit würde der solide haushaltspolitische Grundsatz gewährleistet, Vermögen für Vermögen einzustellen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Rosstäuschertricks!)

während die Landesregierung Verkaufserlöse zur Stopfung von Haushaltslöchern einsetzen will. Das habe ich bereits dargestellt. Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, dass das Land eine Brauerei besitzen soll und gleichzeitig die Gerichtsvollzieher privatisieren will, meine Damen und Herren.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Doch, die Dividende!)

Als Argumente gegen einen Verkauf werden strukturpolitische Gründe angeführt. Diese sind nachvollziehbar. Deshalb wollen wir die Rothaus AG an die Strukturbank des Landes, die L-Bank, veräußern.

Außerdem schlagen wir vor, zur Verstärkung der Investitionen im Wohnungsbau zweckgebundenen Forderungen aus den

(Schmid)

Wohnungsbaudarlehen zu verkaufen. Wiederholt haben Sie, Herr Stratthaus, dies als nicht seriös bezeichnet.

(Minister Stratthaus: Ja!)

Umso größer war unser Erstaunen, als am letzten Tag der Beratungen im Finanzausschuss die Regierungsfractionen und die Landesregierung zur Deckung von Haushaltslöchern einen Verkauf von 40 Millionen € aus Forderungen des Landes aus dem Bereich des MLR als Tischvorlage aus dem Hut gezaubert haben.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Man merke: Bei der CDU und der FDP/DVP gelten Vorschläge so lange als nicht machbar, bis sie diese Vorschläge selbst machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Allerdings gibt es einen finanzpolitisch äußerst bedeutsamen Unterschied: Wir wollen zweckgebunden im Sinne der Förderung des sozialen Wohnungsbaus reinvestieren. Sie stopfen nur Haushaltslöcher.

(Abg. Birzele SPD: Sehr richtig! – Abg. Hofer FDP/DVP: Wie wird denn Rothaus zweckgebunden?)

Sie kürzen im Haushaltsentwurf zulasten der Kommunen. Einerseits lehnen Sie einen Kompromiss zur Gewerbesteuer ab, der die Kommunen im Land 50 Millionen € bei steigender Tendenz kostet. Andererseits nehmen Sie den Kommunen im Landeshaushalt noch einmal 80 Millionen € durch Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich weg. Das ist unglaublich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Diese Kürzungen betreffen dringend benötigte Investitionen auf kommunaler Seite. Diese Kürzungen sind auch völlig ungerechtfertigt, da die Kommunen bereits durch ihre Beteiligung am Steuerverbund des Landes an den sinkenden Steuereinnahmen des Landes proportional beteiligt sind. Die eigenen Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden sind in den letzten Jahren noch stärker gefallen als die des Landes. Wir wollen diese ungerechtfertigten Kürzungen mit unserem Haushaltskonzept zurücknehmen.

Dagegen ist die Verminderung der Leistungen im kommunalen Finanzausgleich durch die so genannte Spitzabrechnung für den Länderfinanzausgleich in Höhe von 125 Millionen € gerechtfertigt, weil sie vertraglich geregelt ist und einen fairen Interessenausgleich zwischen Land und Kommunen darstellt – im Unterschied zu den einseitig vorgenommenen zusätzlichen Kürzungen in Höhe von 80 Millionen € im Kommunalen Investitionsfonds und im Kfz-Steuerverbund; diese wollen wir rückgängig machen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Sehr richtig!)

Wir fordern Sie des Weiteren dazu auf, sich endlich von dem völlig verkorksten und nach der Verwaltungsreform vollends in der Luft hängenden NSI-Projekt in der jetzigen Form zu verabschieden

(Beifall bei der SPD)

und die noch vorhandenen Haushaltsmittel zu sichern. Ein Fass ohne Boden darf nicht weiter aus Steuermitteln aufgefüllt werden. Der bemerkenswerte Vorschlag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Oettinger, bei den 200 Controller-Stellen zu sparen, hat sich im Verlauf der Haushaltsberatungen als bloße Luftnummer entpuppt. Trotz starker Vorbehalte in Ihren eigenen Reihen schaufeln Sie unverdrossen weiter am Millionengrab NSI.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Das darf doch nicht wahr sein! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Schließlich spart die Landesregierung an der falschen Stelle. Ausgerechnet die Steuerverwaltung soll den neuen Stellenabbauplänen unterworfen werden, obwohl der Landesrechnungshof festgestellt hat, dass uns durch mangelhafte Personalausstattung in unseren Finanzämtern jährlich 360 Millionen € verloren gehen.

(Zurufe der Abg. Dr. Scheffold CDU und Heike Dederer GRÜNE)

Wir beantragen daher erneut die Stärkung unserer Einnahmeverwaltung: Personalstellen, die nachgewiesenermaßen mehr einbringen, als sie kosten.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Eigentlich ganz logisch!)

Sie sehen, meine Damen und Herren: Die SPD-Fraktion hat das bessere Haushaltskonzept.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wir ordnen Landesvermögen neu, stärken Investitionen und setzen Schwerpunkte bei Bildung und Forschung sowie bei der Kinderbetreuung im schulischen und vorschulischen Bereich, wie Sie bei den Einzelplanberatungen gesehen haben.

Durch die von uns vorgeschlagene intelligente Neuordnung von Landesvermögen gelingt es uns außerdem, gegenüber dem jetzt in Zweiter Beratung vorgelegten Haushaltsplanentwurf die Nettokreditaufnahme um 200 Millionen € abzusenken. Damit zeigen wir als SPD einen Weg auf, die ausufernde Neuverschuldung nicht nur einzudämmen, sondern deutlich zu verringern.

(Beifall bei der SPD)

Unser Haushaltskonzept ist dem der Landesregierung überlegen. Ich bitte Sie deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Geben Sie Ihrem Herzen einen Ruck, und stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich gleich auf meinen Kollegen Schmid eingehen darf: Was die Anträge der Opposition betrifft, die er hier skizziert hat, so sind die-

(Kleinmann)

se alles andere als der Haushaltslage des Landes angepasst. Sie erwecken immer noch den Eindruck, als könne man ganze Bereiche des Haushalts pauschal von Kürzungen ausnehmen und zusätzliche Wünsche erfüllen. Deren Deckung – allerdings nur auf dem Papier – finden Sie vor allem in Änderungsanträgen zum Einzelplan 12: um 70 Millionen € geringere Zinszahlungen aufgrund einer Auflösung der Landesstiftung – ein Pappkamerad, den Sie uns jedes Jahr aufs Neue präsentieren.

(Zuruf von der SPD: Ha, ha! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist wahr! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung, wir alle sind doch froh – gestern hat es Herr Kollege Pfister schon gesagt –, dass man im Bereich Bildung und Wissenschaft noch eine Möglichkeit hat, irgendwo eine Förderung zu bekommen,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

die dann wiederum weitere Investitionen im Bildungs- und im Wissenschaftsbereich ermöglicht.

(Abg. Birzele SPD: Diese Ausführungen zeigen Ihre begrenzte Lernfähigkeit! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

216 Millionen € Mehreinnahmen durch eine Veräußerung der Rothaus-Brauerei an die L-Bank: Ich bin ja schon gespannt, Herr Schmid – da habe ich noch auf Ihren Vorschlag gewartet –, wohin Sie das Geld dann stecken wollen, wenn es wiederum adäquat eingesetzt werden sollte. Dann 21 Millionen € aus geringeren Bewirtschaftungskosten, geringeren Energiekosten und geringerem Aufwand für Mieten und Pachten und 73 Millionen € aus dem Ausstieg aus dem Projekt „Neue Steuerungsinstrumente“. 380 Millionen € Deckungsmittel aus Luftnummern sind es insgesamt.

Meine Damen und Herren, auch was NSI betrifft:

(Abg. Capezzuto SPD: Jetzt!)

Es ist völlig falsch, jetzt in der Mitte auszusteigen. Ob man das Projekt überhaupt hätte machen sollen oder nicht, das steht auf einem ganz anderen Blatt.

(Oh-Rufe von der SPD – Unruhe)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie sich da so aufregen. Wir haben darüber sehr kontrovers diskutiert – Herr Capezzuto, Sie haben das gar nicht mitbekommen; das ist das Problem –, und zwar hauptsächlich dahin gehend, ob wir mit der Firma, die wir jetzt beauftragt haben, die richtige haben und ob das System das richtige ist.

Unstreitig ist, dass es sehr sinnvoll ist, diese einzelnen Aufgabenbereiche zum einen einer Aufgabenkritik zu unterziehen

(Abg. Junginger SPD: Wenn man es richtig macht! Dazu gehört aber Intelligenz!)

und zum anderen dann eine bestimmte finanzielle Zuordnung vorzunehmen. Bloß, wenn ich es angefangen habe, muss ich es durchziehen; sonst ist es Quatsch und sonst hätte ich tatsächlich das ganze Geld in den Sand gesetzt.

(Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Abg. Junginger SPD: Was wollen Sie denn durchziehen?)

– Ich bin doch gerade am Anfang meiner Rede! – Wenn man, was wir wollen, irgendwann einmal dazu übergeht, die Ministerien zu budgetieren, hat das ja nur Sinn, wenn eine klare Zuordnung finanzieller Art gegeben ist. Sonst kann ich die Budgetierung von vornherein gleich bleiben lassen.

(Zuruf des Abg. Junginger SPD)

Meine Damen und Herren, der finanzielle Handlungsspielraum unseres Landes ist in den letzten drei Jahren, wie Sie wissen, in gravierendem Umfang enger geworden. Konnte das Land im Jahr 2000 noch Steuereinnahmen in Höhe von 23 Milliarden € verbuchen, waren es im Jahr 2002 nur noch 21,3 Milliarden €, und im gerade zu Ende gegangenen Jahr waren es knapp 22 Milliarden €. Wenn sich die Prognosen der Steuerschätzung vom November, ergänzt durch die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses vom Dezember 2003, bestätigen sollten, werden wir auch in diesem Jahr mit 22,2 Milliarden € immer noch mit geringeren Steuereinnahmen auskommen müssen als im Jahr 2000.

(Abg. Drexler SPD: Wenn man den Bürger entlasten will, können die Zahlen nicht steigen!)

– Wenn Sie keine falschen Prognosen in Bezug auf das Wirtschaftswachstum abgeben würden, die wiederum als Parameter in die Steuerschätzung eingehen, dann hätten wir ganz andere Steuerschätzungen und dann würden die Zahlen stimmen. Es ist doch interessant, dass die Kirchen bei ihren Schätzungen auf den Punkt genau hinkommen, und der Staat schafft es nicht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mit Gottes Segen!)

– Nein, nicht mit Gottes Segen, sondern mit mehr Grips und Verstand im finanzwissenschaftlichen Bereich.

(Unruhe)

Die Steuerschätzung vom Mai 2002 prognostizierte für 2004 ein Steueraufkommen von 24,7 Milliarden € und die vom Mai 2003 eines von 22,7 Milliarden €, die jüngste vom November eines von 22,2 Milliarden €. Innerhalb von eineinhalb Jahren waren das 2,5 Milliarden € weniger!

Netto, also nach Abzug der Leistungen in die Finanzausgleichssysteme, waren es 17,8 Milliarden € nach der Steuerschätzung vom Mai 2003 und 16,1 Milliarden € nach der Steuerschätzung vom November 2003, also 1,7 Milliarden € netto weniger.

Das heißt, auch ohne auf die noch wesentlich optimistischen Steuerschätzungen weiter zurückliegender Jahre zurückgreifen zu wollen, steht fest: Wenn sich die Wachstumserwartungen aus dem Frühjahr des Jahres 2002, auf denen die Steuerschätzung ja basiert, erfüllt hätten, hätten wir in den vergangenen zwei Monaten nicht daran arbeiten müssen, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen und eine neue Rekordverschuldung des Landes zu vermeiden, sondern wären auf einem soliden Pfad, die Nullnettoneuverschuldung spätestens mit dem Haushalt 2006 zu erreichen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das glauben Sie doch selber nicht!)

(Kleinmann)

Dies sei der Opposition zum Mitschreiben diktiert, oder Sie können es sich auch im Munde zergehen lassen: Die Differenz zwischen netto 2,039 Milliarden € Neuverschuldung und netto rund 1,7 Milliarden € können Sie sich problemlos ausrechnen. Sie beträgt genau 339 Millionen €, die wir dann als tatsächliche Nettoneuverschuldung für dieses Jahr hätten.

(Abg. Junginger SPD: Hätten, hätten! Das ist doch keine Politik!)

– Ja, wollen Sie behaupten, Herr Birzele, dass Sie für die Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft überhaupt nicht zuständig sind, obwohl Sie das Wirtschaftsministerium in Berlin stellen?

(Abg. Birzele SPD: Es ist schön, dass Sie mich ansprechen, aber ich hatte Sie gar nicht angesprochen! – Heiterkeit – Unruhe)

– Entschuldigen Sie, dass ich Sie da über Wert beachtet habe.

Ich erwähne dies, meine Damen und Herren, damit nicht in Vergessenheit gerät, dass die Tatsache, dass dies nicht so ist, nicht die Konsequenz einer überzogenen Ausgabenentwicklung des Landes ist, sondern vor allem die Konsequenz einer negativen Wirtschaftsentwicklung, die wir – sicher nicht allein, aber doch zu großen Teilen; das wissen Sie ja – dem chaotischen Hin und Her in der Wirtschafts-, Steuer-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unserer Bundesregierung zu verdanken haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir haben dies oft genug erörtert. Ich verzichte darauf, Ihnen die Einzelheiten noch einmal darzulegen.

Mit der Agenda 2010, meine Damen und Herren, und der Beauftragung der Rürup-Kommission hat Rot-Grün ja selbst das Scheitern dieser Art von Politik eingestanden, die zwischen 1998 und dem Frühjahr 2003 betrieben worden ist. Die wirtschaftliche Stagnation der Jahre 2001 bis 2003 hat uns in dem Bemühen um eine dauerhafte Haushaltskonsolidierung deutlich zurückgeworfen.

(Abg. Capezzuto SPD: 1982 bis 1998! Erzählen Sie dazu mal was!)

Haushaltskonsolidierung ist noch schwieriger geworden,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sie haben neue Schulden gemacht!)

aber ich füge auch hinzu, Frau Kollegin Dederer, sie ist noch dringlicher geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: 1982! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Denn mit immer neuen Schulden gewinnen wir keine Gestaltungsspielräume, sondern schränken die Gestaltungsspielräume der Zukunft weiter ein. Ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum und eine entsprechende Erholung der Steuereinnahmen sind die unabdingbare Voraussetzung

dafür, dass wir auf dem Weg dauerhafter Haushaltskonsolidierung

(Abg. Junginger SPD: Investitionen kürzen! Ja!)

erfolgreich marschieren können.

Aber Wachstum allein, meine Damen und Herren – da stimme ich Ihnen, Frau Dederer, zu –, reicht nicht aus.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Denn die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass selbst ordentliche Wachstumsraten bei den Steuereinnahmen nicht ausreichen werden, das Loch der Jahre 2001 bis 2003 aufzufüllen und das Konsolidierungsziel quasi von selbst zu erreichen.

Bezogen auf das Planungsjahr 2007 weist die Mifri, also die mittelfristige Finanzplanung, 2,4 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen aus als im Jahr 2004. Aber 2,1 Milliarden € davon, meine Damen und Herren – es bleiben also gerade noch einmal 300 Millionen € übrig –, werden durch höhere Personalausgaben mit weit überproportional steigenden Pensionsverpflichtungen und höheren Zinslasten in Anspruch genommen. Die Pensionslasten steigen schon jetzt weit überproportional, und sie werden unausweichlich weiter steigen. Hätten wir eine Generationenbilanz für den Haushalt unseres Landes, dann würde diese deutlich zeigen, in welchem Ausmaß wir heute Lasten in die Zukunft verschieben und insoweit über unsere Verhältnisse – das heißt, zulasten der nächsten Generation – leben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Ich halte das auch für ethisch nicht vertretbar. Wir wollen, dass solche Generationenbilanzen regelmäßig erstellt werden; auch dies gehört zwingend zur Transparenz öffentlicher Haushalte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wird in der Enquetekommission gemacht!)

– Jawohl, Herr Pfister, das wird in der Enquetekommission gemacht; das ist richtig.

Wenn uns die Pensionszahlungen in Zukunft nicht völlig überfordern sollen, stehen uns nur drei Wege offen: erstens eine Verringerung der Zahl der Beamten, zweitens eine Erhöhung des realen Pensionseintrittsalters und drittens, parallel zur sukzessiven Absenkung des Rentenniveaus, auch eine schrittweise Absenkung des Niveaus der Pensionen. Das alles sind keine schönen Dinge, aber die Wahrheit ist konkret.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Und man muss kein Prophet sein, um feststellen zu können, dass wir wahrscheinlich alle drei Wege gleichzeitig werden beschreiten müssen. Nur so wird es zu erreichen sein, dass die Personalausgaben insgesamt nicht einen immer stärker steigenden Anteil unseres Haushalts in Anspruch nehmen.

Angesichts der bestehenden Verschuldung macht es keinen Sinn, einen realen Pensionsfonds einzurichten, der diesen Namen auch tatsächlich verdienen würde. Ich glaube, da

(Kleinmann)

sind wir uns auch mit der Opposition einig. Aber wir müssen Transparenz schaffen. Ein erster Schritt dazu ist, dass jetzt erstmals die Pensionen und die dazugehörigen Beihilfeleistungen nicht mehr im Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – veranschlagt sind, sondern in den Einzelplänen der jeweiligen Ministerien.

(Beifall der Abg. Pfister FDP/DVP und Heike Dederer GRÜNE)

Neben den Pensionszahlungen sind die Zinsen der zweite große Risikofaktor unserer Haushalte. Niemand garantiert uns, dass das gegenwärtige Zinsniveau dauerhaft erhalten bleibt. Ich erinnere nur an Europa. Im Gegenteil, wir müssen damit rechnen, dass das Zinsniveau eher noch ansteigt. Die Belastung, die die seit 1972 Jahr für Jahr gestiegene Verschuldung des Landes für den laufenden Haushalt mit sich bringt, kann sich deshalb schneller und deutlicher erhöhen, als es das Maß der Nettokreditneuaufnahme deutlich macht; da sind wir uns auch einig, Herr Schmid und Frau Dederer. Wir müssen deshalb rasch auf den Pfad des Abbaus der Nettokreditneuaufnahme zurückfinden, der in den Jahren 1998, 1999 und 2000 erfolgreich beschritten worden war. Wir waren ja schon einmal bei einer Nettoneuverschuldung von 800 Millionen DM – wohlgemerkt: D-Mark – angekommen.

Wachstum ist dafür unabdingbar. Aber wir müssen, Herr Kollege Scheffold, auch sagen: Es ist keine Zauberformel. Und es gibt auch sonst keinen Zaubertrick, mit dem das strukturelle Defizit im Landeshaushalt zum Verschwinden gebracht werden könnte,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Schön wär's!)

ohne dass es zu Einschnitten bei einer Vielzahl von Leistungen kommen müsste, die das Land über alle Einzelpläne des Haushalts hinweg selbst erbringt oder fordert. Angesichts der Größe der Aufgabe gilt: Kein Bereich kann von vornherein von den Anstrengungen zur Konsolidierung des Haushalts ausgenommen werden, auch die Bereiche nicht, die zu Recht höchste landespolitische Priorität haben. Es kann keinen einzigen politischen Bereich geben, der von diesen Anstrengungen ausgenommen werden könnte. Die Stichworte heißen: Effizienzreserven erschließen, vermehrt den Prinzipien der Subsidiarität und der Delegation nach unten folgen, Aufgabenkritik, Bürokratieabbau, Mut zu Prioritäten und schließlich Vorrang von privater vor öffentlicher Erbringung von Leistungen, wo immer dies sinnvoll und möglich ist.

(Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Mit dem Entwurf des Haushaltsstrukturgesetzes 2004 wird der Haushalt dauerhaft – wohlgemerkt! – um rund 100 Millionen € pro Jahr entlastet. Mit den im Finanzausschuss auf Antrag von CDU und FDP/DVP eingefügten Ergänzungen werden es sogar, Kollege Scheffold, etwa 145 Millionen € sein.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Genau! Die Tourismusförderung hat man etwa noch um eine halbe Million erhöht!)

Das kurzfristig nur auf das Jahr 2004 bezogene Entlastungsvolumen liegt mit über 250 Millionen € deutlich hö-

her, denn die im Gesetz enthaltene Spitzabrechnung der kommunal bedingten Belastungen des Landes im Länderfinanzausgleich in Höhe von 125 Millionen € stellt selbstverständlich nur eine einmalige Entlastung dar. Damit ist in den nächsten Jahren nicht mehr zu rechnen.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Herr Kleinmann, sagen Sie doch einmal konkret, was Sie wollen!)

Ich übergehe die verschiedenen Artikel des Gesetzes, die im Einzelnen schon alle besprochen worden sind, und komme zum Schluss.

(Abg. Braun SPD: Sagen Sie doch erst einmal, was Sie wollen, bevor Sie zum Schluss kommen! – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Der wichtigste Punkt des Gesetzes aber, das wir zu beschließen haben, ist die Änderung – – Schwätzen Sie doch jetzt nicht immer dazwischen, wenn Sie nichts verstehen!

(Beifall des Abg. Blenke CDU – Abg. Ruth Weckenmann SPD: Ja, wenn man Sie nicht versteht!)

Der wichtigste Punkt des Gesetzes ist die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes mit einer Änderung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen im Umfang von 80 Millionen €. Beide Seiten, Land und Kommunen, haben unter den wegbrechenden Steuereinnahmen der letzten Jahre schwer zu leiden gehabt.

(Abg. Zeller SPD: Geben Sie einmal eine Zusammenfassung Ihrer Äußerungen!)

Die überproportionale Belastung der Kommunen, die insbesondere durch die Eichel'sche Fehlkalkulation bei der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zustande gekommen war, ist mit dem Abschluss des Vermittlungsverfahrens im Dezember beseitigt. Das Sofortprogramm zugunsten der Kommunen, das FDP und Union wiederholt gefordert hatten, ist Gesetz. Die Notwendigkeit einer umfassenden Gemeindefinanzreform aber bleibt. Sie kann nach unserer festen Überzeugung nicht in einer Modernisierung oder gar einer Revitalisierung der Gewerbesteuer bestehen, sondern nur darin, die Gewerbesteuer gänzlich abzuschaffen und durch einen höheren kommunalen Anteil an der Umsatzsteuer und ein Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer zu ersetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Blenke CDU – Zuruf der Abg. Ruth Weckenmann SPD)

Nur dieser Weg sichert den Kommunen einen verlässlichen Anteil am Steueraufkommen.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das wird aber teuer für das Land!)

Nur dieser Weg stellt gleichzeitig einen Beitrag zur Entbürokratisierung und Steuervereinfachung dar,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Das wird aber teuer für das Land!)

und nur dieser Weg trägt gleichzeitig zu mehr Bürgernähe bei und hilft den Kommunen bei ihren Entscheidungen.

(Kleinmann)

In der Frage der aktuellen Ausgestaltung eines aufgabengerechten Finanzausgleichs zwischen dem Land und den Kommunen konnte sich die gemeinsame Finanzverteilungskommission im letzten Jahr nur in Teilen auf ein gemeinsames Votum verständigen, nämlich im Bereich der Umsetzung der vereinbarten Regelungen zur Spitzabrechnung des Länderfinanzausgleichs. Es verwundert schon, wenn die Opposition sich nicht einmal dieser Übereinkunft anschließt.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Wir haben halt den Bericht gelesen!)

– Ja, ja. – Sie können damit nur eines erreichen wollen, nämlich draußen im Land Propaganda gegen die Landesregierung zu betreiben und ihr Kommunalfeindlichkeit vorhalten zu können, um von den eigenen Fehlern insgesamt ablenken zu können.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Blenke CDU:  
Das ist aber erfolglos! Das hat keinen Erfolg! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Strittig zwischen Land und Kommunen blieb in der Finanzverteilungskommission die Kürzung der Finanzausgleichsmassen um 80 Millionen € zugunsten des Landes. Wenn wir heute die Auswirkungen der Steuerschätzung vom November, die Kürzung der Finanzausgleichsmassen um 80 Millionen € und die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens vom Dezember zusammennehmen, stellen wir fest, dass im Ergebnis der kommunale Anteil an den Nettoeinnahmen von Land und Gemeinden im Jahr 2004 wieder auf etwa 41,6 % ansteigt. Er liegt damit beim gleichen Prozentsatz wie 1993 –

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

zwar unter dem Anteil, der den Kommunen zwischen 1998 und 2002 zugeflossen ist, aber über dem Anteil, der ihnen in den Jahren von 1994 bis 1997 zur Verfügung stand.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Tatsache, dass die Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens die kommunalen Haushalte auch in den kommenden Jahren deutlich stärker entlasten als den Haushalt des Landes, werden die Änderungen, die durch das Haushaltsstrukturgesetz am FAG vorgenommen werden, dem Anspruch fairer Partnerschaft zwischen Land und Kommunen durchaus gerecht.

So viel, meine Damen und Herren, in dieser ersten Runde.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Zeller SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

(Abg. Birzele SPD: Hat Herr Kleinmann noch Zeit? Neun Sekunden für die zweite Runde, Herr Kleinmann! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Na, immerhin!)

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu Herrn Kleinmann halte ich keine Bewerbungsrede für das Amt des Pressesprechers des Finanzministers.

(Beifall der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Zeller SPD: Da fühlt er sich auch noch geehrt!)

– Das ist zu befürchten, Kollege Zeller.

Meine Damen und Herren, „pecunia non olet“ heißt ja ein gängiges Sprichwort.

(Beifall des Abg. Stickelberger SPD – Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

– Ich habe das große Latinum, verehrter Kollege.

(Abg. Hauk CDU: Von wem stammt der Spruch?)

– Von dem römischen Schriftsteller Sueton.

(Beifall des Abg. Blenke CDU – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, „Geld stinkt nicht“ heißt ein bekanntes Sprichwort. Ich muss ganz ehrlich sagen: Als ich in die Einzelpläne 06 und 12 hineingeschaut habe, ist mir doch einiges begegnet, was stinkt. Ich will aus diesen Einzelplänen einmal vier Beispiele herausgreifen.

Das erste Beispiel sind die Bewirtschaftungs- und die Energiekosten bei den Gebäuden. Meine Damen und Herren, Sie mögen jetzt vielleicht sagen, es handle sich dabei betragsmäßig um Peanuts.

(Abg. Blenke CDU: Peanuts stinken nicht!)

Aber an diesem Beispiel zeigt sich, wie Sie von den Regierungsfractionen arbeiten. Bei allen Haushaltsberatungen beantragen die Grünen und auch die SPD Kürzungen der eindeutig zu hohen Ansätze für die Bewirtschaftungs- und Energiekosten der staatlichen Gebäude. Jedes Mal – jedes Mal! – lehnen Sie unsere Anträge im Finanzausschuss und sicher auch heute wieder im Plenum ab. Aber jedes Mal bestätigen die Istzahlen am Ende des Jahres das, was wir beantragt haben.

Auch im abgelaufenen Jahr 2003 liegen die abgefragten Istzahlen wieder deutlich unter dem von Ihnen angesetzten Soll für das Jahr 2003. Ich frage mich wirklich, was das soll, zumal die Regierungsfractionen auf ihrer Klausurtagung im Januar angekündigt hatten, selbst noch etwas anderes vorzuhaben. Dazu findet sich im Haushaltsplan nichts. Von Ihnen kam auch kein Antrag. Ich habe den Eindruck, dass es sich einfach um eine offensichtliche Provokation handelt.

Auch im Haushaltsplanentwurf 2004 haben Sie wieder Kostensteigerungen von fast 20 % veranschlagt. Ich frage mich, ob es Ihnen, Herr Finanzminister, nicht allmählich peinlich ist, dass die Opposition in diesem Fall immer Recht hat.

Das gilt auch beim Thema Steuerverwaltung. Das ist mein zweiter Punkt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie müssen sie einmal klatschen lassen, Frau Dederer! Die wollen dauernd klatschen! – Beifall bei den Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Sie redet zu schnell!)

(Heike Dederer)

Auf die Steuerverwaltung entfällt ja der größte Batzen im Einzelplan 06. Ich brauche Ihnen auch nach diesen Haushaltsberatungen nichts über die Bedeutung unserer Steuerverwaltung für die Sicherung der Einnahmen zu sagen. Ich glaube, wir wissen alle, wie wichtig die Einnahmen für unser Land sind. Umso erstaunlicher ist es, dass entgegen einem einstimmig gefassten Beschluss des Finanzausschusses, auf die Beteiligung der Finanzverwaltung an den Stellenabbauprogrammen zu verzichten, die Finanzverwaltung jetzt doch an diesen Programmen teilnimmt.

(Abg. Zeller SPD: Unglaublich!)

Bei den Beratungen des letzten Doppelhaushalts ging es im Zusammenhang mit der Steuerverwaltung ja noch um so allgemeine Themen wie unzumutbare Beförderungszeiten, Familienfreundlichkeit bei Versetzungen oder die beginnende Pensionierungswelle in der Finanzverwaltung ab dem Jahr 2004.

Bei diesen Haushaltsberatungen geht es aber bereits um ganze Finanzämter. Hinter der so genannten – Herr Finanzminister, Sie nennen es so – organisatorischen Eingliederung von Finanzämtern verbirgt sich meines Erachtens als weiterer Schritt die Auflösung von Finanzämtern. Meine Damen und Herren, die Zusammenfassung von Finanzämtern halte ich für absoluten Quatsch, weil man damit nämlich genau dort spart, wo Geld eingebracht wird, weil man unten spart, an der Front, wo unsere Steuereinnahmen eingetrieben werden.

(Zuruf des Abg. Blenke CDU)

Unter dem Strich wird die Zusammenfassung von Finanzämtern sogar Geld kosten. Sie brauchen neue Steuernummern. Sie werden auch höhere Aufwendungen – beispielsweise beim Porto – haben.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir wissen seit der Rechnungshofuntersuchung aus dem Jahr 2002, dass Finanzbeamte Geld einbringen. Sie, Herr Finanzminister, doktern hier an der Front herum und frustrieren die Leute vor Ort, die übrigens, wie ich auch, nur aus der Presse von Ihren Überlegungen erfahren. Das machen Sie ausgerechnet in einer Zeit, in der wir hoch motivierte Leute in der Steuerverwaltung brauchen, weil wir auf jeden Euro angewiesen sind. Das ist wirklich eine Glanzleistung, Herr Finanzminister.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, meine Aussagen bedeuten nicht, dass ich nicht genau hinschaue, ob es Einsparpotenziale in der Finanzverwaltung gibt. Die gibt es nämlich, und da ist der Rechnungshof, auch wenn er heute hier nicht vertreten ist, mein Zeuge. Ich sehe diese Einsparpotenziale allerdings nicht im unteren Bereich, sondern – getreu dem Motto, dass man die Treppe von oben nach unten kehrt – im Bereich der Oberfinanzdirektionen. Wir haben einen Antrag gestellt, der dem Vorschlag des Rechnungshofs entspricht, die IuK-Bereiche bei beiden Oberfinanzdirektionen zusammenzulegen. Dadurch könnte man 57 Stellen einsparen. Der Rechnungshof schlägt vor, ein Drittel dieser Stellen für

Aus- und Fortbildung zu verwenden. Dann hätten Sie immer noch über 30 Stellen, die Sie hier einsparen könnten, meine Damen und Herren. Sie haben unseren Vorschlag abgelehnt. Das ist für mich unverständlich.

Dem Antrag der SPD zur Stärkung der Finanzverwaltung würde ich natürlich am liebsten zustimmen.

(Abg. Zeller SPD: Dann machen Sie es doch!)

Allerdings halte ich ihn für unrealistisch.

(Abg. Stickelberger SPD: Jetzt! – Abg. Birzele SPD: Unrealistisch? Warum?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, bei diesem Antrag erinnern Sie mich an ein Zitat, das Manfred Rommel einmal gebracht hat.

(Zuruf von der CDU: Sehr klug! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Neues Zitat!)

Er hat gesagt: Finanzpolitik ist die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die einen Euro haben und zwei Euro ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

– Sie brauchen hier wirklich nicht zu klatschen, weil Sie keine zwei Euro ausgeben, sondern 2 Milliarden € zu viel.

(Abg. Reichardt CDU: Ich habe wegen Rommel geklatscht! Der hat Recht gehabt! Ihr habt von ihm gelernt! – Abg. Birzele SPD: Sind Sie jetzt für oder gegen mehr Beamtinnen und Beamte?)

Ich bin schlicht und ergreifend nicht davon überzeugt, dass Ihre Gegenfinanzierung hier greift. Sie werden nicht gleich im ersten Jahr entsprechende Mehreinnahmen haben. Sie müssen diese Leute ja auch entsprechend ausbilden. Außerdem bin ich davon überzeugt, dass ursächlich die Arbeitsbelastung der Finanzbeamten ein Thema ist. Dieses Problem kann man natürlich politisch lösen. Ich glaube, da sind wir uns auch einig. Wir müssen dringend eine Vereinfachung unseres Steuerrechts angehen.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Sehr gut! Sagen Sie es nach Berlin!)

Dann können wir uns zusätzliche Finanzbeamte sparen. Das ist letztendlich auch das wirksamste Mittel, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen und gegen Steuerhinterziehung anzugehen.

(Abg. Birzele SPD: Das ist das Problem für die Allgemeinheit, aber nicht für Betriebsprüfungen! Darum geht es!)

– Verehrter Kollege Birzele, ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Meine Hoffnung ist, dass der politische Druck so groß wird, dass der Bund hoffentlich noch in diesem Jahr an die Steuerreform herangeht.

(Heike Dederer)

Der dritte Punkt, meine Damen und Herren, ist die Imagekampagne.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Oh! – Abg. Dr. Birk CDU: Die duftet sehr gut, die riecht nicht!)

Jetzt haben Sie hier, meine Damen und Herren von CDU und FDP/DVP, wenigstens ein bisschen gekürzt.

(Abg. Dr. Birk CDU: Unsere Duftmarke!)

Sie bewegen sich doch ein wenig in unsere Richtung. Ich bin ja ein Fan der Imagekampagne,

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

verehrter Kollege Wieser.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich weiß genau, der Finanzminister wird sich nachher auch noch zu Wort melden und wird natürlich auf die Auszeichnungen verweisen, die die Imagekampagne gewonnen hat. Aber, meine Damen und Herren, es kommt nicht darauf an, ob ich oder Sie sie gut finden.

(Abg. Wieser CDU: Doch, das ist wichtig, wenn Sie sie gut finden! – Abg. Reichardt CDU: Hochdeutsch!)

In Zeiten, in denen wir wirklich bei den Ärmsten in unserer Gesellschaft kürzen – Sie kürzen zum Beispiel bei den Bahnmissionsmissionen,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Unglaublich! Unverantwortlich!)

wo Sie den letzten Euro zusammenstreichen –, geben Sie 6 Millionen € im Jahr für eine Imagekampagne aus, und zwar für einen Satz, den mittlerweile eh jeder kennt und den bereits jeder zitiert.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Wieser CDU: Dann hat er gewirkt!)

Das ist wirklich unglaublich. Meine Damen und Herren, in einer solchen Zeit kann ich diese 6 Millionen € nicht befürworten. Deswegen haben wir im Ausschuss einen Antrag dazu gestellt. Der Herr Ministerpräsident kann seine Orchideen im Privatgarten züchten, aber nicht mit öffentlichen Steuergeldern.

(Beifall bei den Grünen)

Mein vierter Punkt sind natürlich die Neuen Steuerungsinstrumente. Sie wissen, dass ich die Grundidee, nämlich Transparenz und Wirtschaftlichkeit, durchaus begrüße.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber was ist denn ehrlicherweise von den Neuen Steuerungsinstrumenten übrig geblieben?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Ein Scherbenhaufen!)

– Ein Scherbenhaufen. – Schauen wir die Verwaltungsreform an: Es wird künftig maximal in einem Viertel unserer Behörden überhaupt die Neuen Steuerungsinstrumente geben. Letztendlich sind die Neuen Steuerungsinstrumente nur ein besseres EDV-System zur Haushaltsaufstellung. 500 Millionen € für ein paar technische Verbesserungen zu verschwenden ärgert nicht nur mich, sondern ich weiß, dass es auch in Ihrem Kreis Leute gibt, die davon nicht so ganz begeistert sind.

Wir werden den Antrag der SPD-Fraktion dennoch ablehnen, obwohl ich die politische Intention natürlich teile.

(Abg. Reichardt CDU: Schlecht formuliert wieder!)

Denn der Ausstieg aus NSI wäre zwar rechtlich möglich – wir durften ja die Verträge jetzt einsehen –, aber erstens hätten wir natürlich trotzdem Folgekosten, weil das System in Betrieb ist – es ist blind, zu glauben, man könnte hier die Kosten auf null reduzieren –, und zweitens gibt es mit Sicherheit keinen Ausstieg zum Nulltarif – verehrter Kollege Schmid, das sage ich Ihnen als einem Juristen mit Prädikatsexamen.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Abg. Fischer SPD: Das weiß er auch!)

Noch einige Anmerkungen – –

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmid?

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Sehr gerne, ja. Bitte, Kollege Schmid.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: „Woher wissen Sie, dass ich ein Prädikatsexamen habe?“! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Das hat er im Finanzausschuss verraten.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Herr Abg. Schmid.

**Abg. Schmid SPD:** Frau Kollegin Dederer, wissen Sie, dass wir bei NSI über 140 Millionen € auf Halde haben, dass also eine Kürzung um etwa 73 Millionen € ohne Probleme machbar ist, ohne die Abfinanzierung des Restprojekts zu gefährden?

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Ich gehe aber davon aus, dass wir dieses Geld in den nächsten Jahren benötigen werden, weil das System betrieben werden muss.

(Abg. Schmid SPD: Aber nicht in der Höhe!)

Sie können den Vertrag nicht kündigen,

(Abg. Schmid SPD: Jährlich kündigen!)

ohne dass entsprechende Schadenersatzforderungen auf das Land zukommen.

(Abg. Birzele SPD: Schlampig gemacht!)

Von daher teile ich Ihre Einschätzung in diesem Fall nicht.

(Heike Dederer)

(Abg. Birzele SPD: Woher wissen Sie, dass man ihm nicht kündigen kann? – Zuruf des Abg. Schmid SPD)

– Wir haben die Verträge angeguckt. Die Verträge können gekündigt werden, aber es könnten eventuell Schadenersatzforderungen auf uns zukommen.

(Abg. Schmid SPD: Ich glaube, Sie haben die Verträge nicht richtig gelesen!)

Mehr darf ich dazu nicht sagen, weil das nichtöffentlich ist.

(Abg. Birzele SPD: Die sind außerordentlich schlampig gemacht!)

Aber der Kollege Schmid hat die Verträge auch eingesehen. Vielleicht unterhalten Sie sich einmal mit dem Kollegen Schmid.

(Abg. Birzele SPD: Der ist anderer Auffassung und ist Jurist!)

– Das darf er ja äußern. Aber ich muss diesem Antrag nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch zu dem großen Punkt „mittelfristige Finanzplanung“ kommen. Man könnte die mittelfristige Finanzplanung auch mit „Bankrotterklärung“ überschreiben.

(Abg. Wieser CDU: Oh!)

Sie halten zwar am Ziel der Nettonullverschuldung 2008 fest, aber ein Ziel ohne Weg bringt überhaupt nichts.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Wir sparen doch jetzt ein!)

Verehrter Herr Finanzminister Stratthaus, Sie müssen uns schon einmal erklären, wenn man in diese mittelfristige Finanzplanung hineinschaut, wie Sie mit einer Neuverschuldung von 1,8 Milliarden € im Jahr 2005, 1,3 Milliarden € im Jahr 2006 und 800 Millionen € im Jahr 2007 auf eine Neuverschuldung von null im Jahr 2008 kommen wollen, wenn wir gleichzeitig eine Deckungslücke haben, die jedes Jahr zwischen 2 und 2,5 Milliarden € liegt. Das heißt, wir haben jedes Jahr insgesamt eine Deckungslücke von über 3 Milliarden €.

(Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Pst!)

Ich darf Sie daran erinnern, dass das ein Zehntel unseres Jahresetats ist.

Herr Dr. Scheffold, Sie haben gerade gesagt: „Wir sparen ja schon.“ Sie sparen 1 Milliarde €, meine Damen und Herren, und nehmen über 2 Milliarden € neue Schulden auf. Vielleicht gibt das einen Vorgeschmack darauf, was es bedeutet, wenn man tatsächlich vorhat, 3 Milliarden € einzusparen. Sie wissen doch ganz genau: Wir haben kein Einnahmeproblem, sondern wir haben ein Ausgabenproblem.

(Abg. Fleischer CDU: Kein Einnahmeproblem bei den Steuerausfällen?)

Das verschärft sich mit steigenden Zinslasten, und es verschärft sich mit steigenden Pensionslasten. Darauf haben Sie keine Antwort.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: Das ist wirklich ein Problem! Das stimmt!)

Herr Finanzminister, Sie sagen, ausgeglichene Haushalte seien nur dann möglich, wenn strukturelle Einsparungen im Land gemacht würden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Sie haben es erkannt, aber Sie setzen es nicht um. Unsere Vorschläge für strukturelle Veränderungen lehnen Sie ab. Mit der Auflösung der Landesstiftung – Herr Kollege Schmid hat diese Möglichkeit schon genannt – könnten Sie die Neuverschuldung um einen großen Betrag reduzieren und gleichzeitig auch noch demokratisch wirklich fragwürdige Nebenhaushalte abschaffen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Oettinger CDU: Ihr Gutachten ist falsch, Frau Kollegin!)

– Mein Gutachten ist richtig. Da gibt es halt auch unterschiedliche Rechtsauffassungen, wie bei NSI, verehrter Kollege Oettinger.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Aber die Grünen interessiert das nicht arg! – Zuruf von der CDU: Wer es bestellt, kriegt die entsprechenden Antworten!)

Unser Gutachten besagt, dass wir die Landesstiftung auflösen könnten, ohne Steuern zu bezahlen. Sie könnten es ja einmal probieren. Selbst wenn wir Steuern zahlen müssten,

(Abg. Oettinger CDU: Jetzt haben wir's!)

hätten Sie immer noch einen großen Betrag, den Sie in den Landeshaushalt einstellen könnten.

Meine Damen und Herren, Sie könnten auch durch eine echte Verwaltungsreform, die tatsächlich Strukturen abbaut, richtig Geld sparen. Wir haben Ihnen das bei der Schulverwaltung vorgemacht. Sie können die Schulen ohne einen zusätzlichen Euro stärken, indem Sie die Schulverwaltung abbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Sie haben es in diesem Jahr nicht geschafft, den Haushalt zu sanieren. Ich frage mich: Warum sollten Sie es in den nächsten Jahren schaffen? Sie haben kein Konzept. Sie setzen auf globale Minderausgaben. Das bedeutet, dass keine politische Diskussion über Schwerpunkte stattfindet. Von der Haushaltsstrukturkommission, Herr Kollege Oettinger, hört man auch nichts mehr. Ich weiß nicht, ob sie aufgelöst ist oder ob es sie noch gibt. Wir brauchen eine Regierung, die heute klar sagt, wo sie morgen hin will,

(Zuruf von der CDU: Nach Berlin!)

und die einen Weg für dieses Land aufzeigt. Ihr Weg, meine Damen und Herren, führt in den Schuldenstaat.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: In eine Sackgasse!)

Ich stelle mir eine nachhaltige Finanzpolitik anders vor.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Reichardt.

**Abg. Reichardt** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute den dritten Tag der zweiten Lesung des Staatshaushaltsplans 2004.

(Zuruf von der SPD: Wirklich?)

Jenseits der vielen Detailbetrachtungen möchte ich sozusagen zum Abschluss auf einige zentrale Sachverhalte hinweisen.

Wir haben im Landeshaushalt Investitionen in Höhe von 3,753 Milliarden €, also eine Investitionsquote von 8,5 % des Haushaltsvolumens. Unter den 16 Bundesländern gehört Baden-Württemberg zu den drei Bundesländern, die einen eindeutig verfassungsgemäßen Haushalt verabschieden werden. Diesen Sachverhalt sollten wir deutlich herausstellen. Wir bewegen uns bei der Haushaltsstabilität und Haushaltskonsolidierung unter den ersten drei der 16 Bundesländer, wenn Sie so wollen, auf einem Medaillenplatz.

Zum anderen liegen wir, gemessen an den Maastricht-Kriterien, mit 2,8 % deutlich unter 3 % und deutlich besser als der Bund.

(Abg. Fischer SPD schüttelt den Kopf.)

– Herr Kollege Fischer, das ist nicht ein Thema des Kopfschüttelns, sondern des Nachrechnens.

(Abg. Fischer SPD: Ich kann meinen Kopf schütteln, wann ich will! – Abg. Stichelberger SPD: Das ist ja nicht Ihr Kopf!)

Das lässt sich einfach nachrechnen. Wir sind mit 2,8 % Maastricht-konform. Das ist eine Tatsache.

Sie machen seit drei Tagen die gewohnten Vorschläge. Ihre Innovationsabteilung ist die Wiedervorlagemappe der Haushaltsberatungen der letzten Jahre. Zum Thema Rothaus: Rothaus ist für Sie geradezu ein Blinklicht, weil es das Einzige mit dem Begriff „rot“ in Baden-Württemberg ist, das funktioniert.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit – Abg. Gaßmann SPD: Ha, ha! Schon bessere Witze gemacht!)

Wenn ich Ihnen aber sage, dass ich 6 % Zinsersparnis zurückstelle gegen 25 % Dividendenausschüttung, dann meine ich, dass Ihr Vorschlag nicht umsetzbar ist.

Zum Thema Landesstiftung: Liebe Frau Kollegin Dederer, da gibt es in der Tat einen Sachverhalt, den ich hier darstellen möchte. Selbst die SPD ist im Finanzausschuss von einer beträchtlichen Steuerschuld im Falle der Auflösung ausgegangen. Das ist dem Protokoll des Ausschusses zu entnehmen. Und, Frau Kollegin Dederer, die Anteile der EnBW wurden nicht in die Holding eingelegt, sondern die Holding hat die Anteile tatsächlich gekauft. Daraus ergibt sich rechtsgutachterlich eine andere Position gegenüber dem, was Sie hier zum wiederholten Mal eingeführt haben.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut herausgearbeitet!)

Zum Thema Landesanteil an der LBBW, Begrenzung auf Sperrminorität. Ich habe gerade in der letzten Woche noch einmal mit einem Vorstand der LBBW über das gesprochen, was sich zwischen Landesbanken derzeit entwickelt. Gerade im Konnex mit Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen wäre das die völlig falsche Maßnahme, weil sie die Position unseres Landes schwächen würde. Das wäre sozusagen Geldschöpfung in den schnellen Sack mit kurzer Überlegung. Wir wollen aber eine langfristige, tragfähige Überlegung unserer Entscheidung zugrunde legen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren der SPD, Sie haben immer wieder sozusagen kaschierend auf das Verhältnis Baden-Württemberg – Bund hingewiesen, und bei der CDU wird immer wieder auf das Verhältnis zwischen Baden-Württemberg und Bayern hingewiesen. Jetzt hören Sie, Frau Dederer – ich beherrsche das Hochdeutsche ja auch nicht so perfekt –

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist nicht schlecht!)

dass ich aus dem rheinischen Teil unseres Bundeslandes komme.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist schlecht!)

Da ist mir ein Bundesland in naher Betrachtung – –

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Schwäbisch kann er auch nicht!)

– I han scho Schwäbisch kenne. Aber i han des verlernt. Mei Großvadder isch vo Böblinge.

(Heiterkeit der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich will Ihnen das sagen – –

(Unruhe)

– Sie können dann mit mir Mannheimerisch üben, und dann kriegen wir das einmal in einen sprachlichen Gleichklang.

(Heiterkeit – Abg. Heike Dederer GRÜNE: Oh Gott! Lieber nicht! – Abg. Stichelberger SPD: Sprachtest bei Frau Schavan!)

Das Bundesland, von dem ich sprechen will, ist das Vergleichsland Rheinland-Pfalz.

(Zuruf von der SPD: Wird gut regiert! – Zuruf: Und da kandidieren Sie?)

– „Wird gut regiert“, sagen Sie. Seit fast 15 Jahren kann es sich der Güte des Regierens gar nicht erwehren.

Ich möchte Ihnen einmal Zahlen gegenüberstellen. Rheinland-Pfalz hat 4 Millionen Einwohner, Baden-Württemberg hat 10,5 Millionen Einwohner. Die Rheinland-Pfälzer haben bei 4 Millionen Einwohnern eine Neuverschuldung in Höhe von 1,1 Milliarden €. Wir sind bei 1,9 Milliarden €. In Rheinland-Pfalz liegt die Pro-Kopf-Neuverschuldung – rechnen Sie es nach – im laufenden Haushaltsjahr also um mehr als ein Drittel höher als in Baden-Württemberg. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

(Reichardt)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Wieser  
CDU: Wer regiert denn da? – Abg. Heike Dederer  
GRÜNE: Die bilden auch Rückstellungen für ihre  
Beamten!)

Dabei ist nicht eingerechnet, dass Rheinland-Pfalz von uns pro Jahr etwa 180 Millionen € aus dem Länderfinanzausgleich kassiert.

Nächstes Beispiel: Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat ja am ersten Tag der Debatte ins Zentrum gestellt, dass es uns darum geht, Zukunft, Ausbildung und vor allem Arbeit für Menschen in Baden-Württemberg zu schaffen. Ich stelle deshalb die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gegenüber. Es wird ja allseits als Aufgabe anerkannt, dass es auf diesem Gebiet Verbesserungsbedarf gibt. Nur sind es in Rheinland-Pfalz trotz 240 000 Arbeitnehmern, die dort in der Statistik positiv angerechnet werden, aber in anderen Bundesländern arbeiten, etwa 30 %, nämlich bei 290 von 1 000. Dagegen liegen wir in Baden-Württemberg bei 50 % der Landesbevölkerung, nämlich bei 5,2 Millionen von 10,5 Millionen Einwohnern,

(Beifall der Abg. Fleischer und Wieser CDU)

5,2 Millionen, die hier Arbeit haben, die hier Steuern zahlen, die hier in den Landeshaushalt Geld einbringen. In Rheinland-Pfalz stimmt diese Bilanz eben nicht!

Diese Fakten können Sie belächeln; wir müssen sie uns im Vergleich vergegenwärtigen, um festzustellen: Rot-Grün hat in Baden-Württemberg keinen Platz zum Regieren. Das darf hier nicht passieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Schmid  
SPD: Die FDP/DVP auch nicht!)

Drittes Beispiel: Herr Kollege Schmid, weil Sie von einer Verschuldung von 39 Milliarden € sprachen – in der Tat ist ja in diesem Jahr das, was wir über den Länderfinanzausgleich als Folter- und Verteilinstrument abliefern, so hoch wie die Neuverschuldung –, will ich einen weiteren Vergleich mit Rheinland-Pfalz anstellen. Zwar sind wir bei unerfreulichen 39 Milliarden €. Die Rheinland-Pfälzer wären aber, hochgerechnet auf unsere Bevölkerungszahl, bei deutlich über 50 Milliarden €, obwohl sie seit einigen Jahren auf der Empfängerseite stehen, Jahr für Jahr mit wachsender Dimension.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Was wollen Sie uns damit sagen?)

Das will ich Ihnen einfach einmal zum rechtsrheinisch-linksrheinischen Vergleich sagen. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

Meine Damen und Herren, der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion hat vorgestern gesagt: Die im Haushalt des Kultusministeriums festgeschriebenen k.w.-Stellen sollen ab 2008 haushaltssanierend eingespart werden. Gleich kam Gegenwind aus der SPD. Herr Schmid, ich will Sie fragen: Wenn wir einmal über die Brocken diskutieren, über die Positionen und Summen, die Volumen ausmachen, dann sagen Sie uns doch bitte hier und heute einmal, an welchen Brocken, an welchen großen, voluminösen Ausgabefeldern

Sie in Baden-Württemberg einsparen wollen. Von Ihnen höre ich immer nur etwas von Mehrausgaben.

(Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Da hört man nur: Man könnte da und dort mehr ausgeben. Wir haben beim Wirtschaftsministerium im Finanzausschuss eine Position gestrichen. Kollege Schmiedel ist nicht hier. Bei dieser kleinen Streichung sprach er von einem Morgenthauplan zulasten Baden-Württembergs. Der Morgenthau, den Sie da an die Wand gemalt haben – mich hat der Kollege Schmiedel gefragt, ob mir Morgenthau bekannt sei –, ist in meiner aktuellen Wahrnehmung eher vergleichbar mit dem Finanzminister von Berlin oder dem von Rheinland-Pfalz als mit dem historischen Morgenthau.

(Abg. Schmid SPD: Das waren die Grünen mit dem Morgenthauplan!)

Da Sie, Herr Kollege Schmid, heute gesagt haben, wir seien als Finanzausschuss ein harter Beichtstuhl, muss ich sagen – ich bin ja ein konservativer Lutheraner –: Wenn wir in Baden-Württemberg ein Beichtstuhl sind, dann erleben die Herren Wowereit und Eichel in Berlin momentan die flammende Hölle. Das muss man festhalten, damit sich die Wahrnehmung nicht verwässert und nicht verschiebt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut! Das sind theologische Bilder!)

Globale Minderausgabe – Bedeutungsverlust für das Parlament. Sagen Sie das analog auch von Ländern wie Rheinland-Pfalz? Dann kämen Sie zu dem Ergebnis, dass die globale Minderausgabe in Baden-Württemberg, verglichen mit all diesen Empfängerländern aus dem Länderfinanzausgleich, immer noch geringer ist und immer noch mehr Kreativität auch für das Parlament erkennen lässt.

Anhand Ihrer Anträge der letzten Wochen im Finanzausschuss habe ich Ihren großen Kreativitätsausbruch allerdings nicht erkennen können. Für mich persönlich habe ich das Fazit gezogen – ich bin ja noch nicht sehr lange in diesem Parlament –, dass Sie auch aufgrund der Widersprüche zwischen SPD und Grünen das Ziel, jemals in Baden-Württemberg mitzuregieren oder allein zu regieren, innerlich längst aufgegeben haben – Frau Dederer vielleicht noch nicht so sehr wie Herr Schmid, aber beide mit entsprechendem Nachdruck. Das hat uns überzeugt, als CDU für Baden-Württemberg weiter kräftig zu arbeiten und erfolgreich zu arbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der dritte Parlamentstag und der demoskopische Befund: Frau Kollegin Haußmann, „forsa“ sagt diese Woche: SPD im Land Baden-Württemberg um die 20 %.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Verehrter Kollege, sagen Sie doch einmal etwas zu den 2 Milliarden € neue Schulden! Als ob es nichts zu verbessern gäbe!)

Das ist sozusagen meine Schlussbemerkung, weil die Redezeit limitiert ist.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Oh Gott!)

(Reichardt)

Erlauben Sie mir die Schlussbemerkung, und stellen Sie vernünftige Anträge, dann können wir im nächsten Jahr im Finanzausschuss intensiver in der Sache diskutieren. Hier habe ich limitierte Redezeit. Die SPD kommt in Baden-Württemberg in der Wählergunst aktuell auf 20 % – tagesaktueller Sachverhalt und tagesaktuelles Vertrauen der Menschen in unserem Bundesland in die SPD.

(Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Und auch der dritte Plenartag lief nach meinem Eindruck nach dem Tenor des „Struwelpeters“: Am dritten Tage aber, ach, da war die Opposition müd' und schwach.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Stratthaus.

(Zuruf von der CDU: Fakten, Fakten, Fakten!)

**Finanzminister Stratthaus:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe von einigen Mitgliedern dieses hohen Hauses gehört, dass die Züge um 16:07 Uhr fahren und ich mich deswegen kurz fassen soll. Ich werde mich in der Tat kurz fassen, aber nicht, weil die Züge so bald fahren,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Die fahren eh nicht pünktlich!)

sondern weil ich die Gelegenheit hatte, bei der Haushaltseinbringung relativ ungestört 40 Minuten lang zu sprechen, und weil heute in acht Tagen noch einmal die Möglichkeit besteht, intensiv zu diskutieren. Ich werde es wirklich ganz kurz machen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Bravo! Sehr gut! – Abg. Wieser CDU: Das fängt gut an, Herr Minister!)

Erstens darf ich feststellen, dass dieser Haushalt tatsächlich kein guter Haushalt ist. Ich hätte auch gern einen Haushalt eingebracht, der weniger Schulden vorgesehen hätte. Ich glaube, darüber sind wir alle einig: Die Verschuldung ist zu hoch. Die Verschuldung ist viel zu hoch. Die Verschuldung darf auf Dauer nicht so bleiben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Eines muss man allerdings auch feststellen: Wir leben hier nicht auf einer Insel. Heute wurde schon einige Male gesagt, dass wir eines der ganz wenigen Länder sind, das überhaupt noch einen verfassungsgemäßen Haushalt hat.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Wir sind eines der ganz wenigen Länder, das, auf die Landesverhältnisse heruntergerechnet, die Maastricht-Kriterien einhalten kann.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es!)

Nun gibt es eine Reihe von Vorschlägen der Opposition. Viel geholfen haben sie uns nicht. Das waren alles Ver-

schiebungen. Den Verkauf von Rothaus kann doch niemand ernst meinen. Die Auflösung der Landesstiftung betreiben Sie schon seit drei Jahren.

(Abg. Schmid SPD: Solange Sie nicht zustimmen!)

Das Geld wäre schon fünfmal vervespert, wenn wir die Landesstiftung aufgelöst hätten.

Manche Zahlen stimmen überhaupt nicht. Die Verpflichtungsermächtigungen – lieber Herr Schmid, schauen Sie bitte nach – sind vom Jahr 2003 auf das Jahr 2004 um 81 Millionen € zurückgegangen. Sie haben den ganzen Zeitraum, der bis 1998 zurückgeht, gerechnet. Meine Mitarbeiter haben das nachgeprüft. Im Jahr 2003 sind die Verpflichtungsermächtigungen im Vergleich zum Jahr 2004 um 81 Millionen € zurückgegangen.

Thema Forderungsverkauf: Ich bin der Überzeugung, dass unsere Art des Forderungsverkaufs etwas anderes ist.

(Abg. Schmid SPD: Das ist ja noch schlimmer! – Zuruf von der SPD: Ohne Zweckbindung!)

Wir verkaufen Forderungen zum Zeitwert und werden dadurch in den kommenden Jahren keine Entlastung des Haushalts haben. Die hätten wir im anderen Fall gehabt, weil wir Zinsen und Tilgung erreicht hätten. Das ist wahr.

Sie aber wollen Bundesforderungen – das sind ja gar nicht unsere Forderungen – zum heutigen Zeitwert verkaufen. Der Zeitwert ist wesentlich niedriger als der Nominalwert.

(Abg. Schmid SPD: Das machen Sie ja auch!)

Die Schuld gegenüber dem Bund bleibt aber auf der Höhe des Nominalwerts. In Zukunft würden wir also wesentlich mehr an den Bund zurückzahlen müssen, als wir im Gegenzug von den Wohnungsbaugebern bekämen – um das ganz eindeutig zu sagen.

(Abg. Schmid SPD: Das haben wir im Finanzausschuss ausführlich diskutiert!)

Das ist wahrscheinlich wirklich zu kompliziert, um es hier in allen Einzelheiten zu diskutieren, aber glauben Sie mir: Es ist so.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Gaßmann?

**Finanzminister Stratthaus:** Das geht allerdings von der Zeit ab, die die Leute brauchen, um zum Zug zu kommen.

(Zuruf von der CDU: Er ist Stuttgarter!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte, Herr Abg. Gaßmann.

**Finanzminister Stratthaus:** Bitte sehr. Sie sind aus Stuttgart und müssen nicht zum Zug.

**Abg. Gaßmann SPD:** Deswegen mache ich die Frage auch ganz kurz: Ist Ihnen bekannt, Herr Finanzminister, dass ein erheblicher Teil der Forderungen, die wir verkaufen wollen,

(Gaßmann)

um den Wohnungsbau anzukurbeln, Forderungen sind, die dem Land und nicht dem Bund zustehen,

(Zuruf von der SPD: Aha!)

mindestens ein Drittel davon?

**Finanzminister Stratthaus:** Wenn sie dem Land zustehen, ist der Fall ganz genauso. Sie wollen ja nicht nur Forderungen verkaufen, sondern Sie wollen – wie Sie eben gesagt haben – die Erlöse in den Wohnungsbau reinvestieren. Sonst gibt das ja keinen Sinn. Tatsache ist, dass wir die Forderungen – sowohl Bundes- als auch Landesforderungen – natürlich nicht zum Nominalwert verkaufen können. Die werden abgezinst auf den heutigen Tag.

(Abg. Schmid SPD: Aber hier ist es doch genauso!)

– Ja, natürlich, aber wir müssen die Verschuldung,

(Abg. Schmid SPD: Und Sie stopfen damit Haushaltslöcher!)

die wir dem Bund gegenüber tilgen müssen und die wir in Zukunft haben, nicht durch höhere Darlehen bedienen als heute.

Aber wir diskutieren diese Sache im Ausschuss; das ist hier zu kompliziert.

(Abg. Schmid SPD: Wenn Sie es falsch darstellen!  
– Abg. Fleischer CDU zur SPD: Für Sie zu kompliziert! – Gegenruf des Abg. Schmid SPD: Sie waren im Ausschuss nicht dabei! Sie schweigen!)

– Es ist so. Ich bin ja bereit, mit Ihnen darüber im Ausschuss zu diskutieren. Aber das hat doch jetzt keinen Wert.

Meine Damen und Herren, Sie wollen bei jeder Gelegenheit mehr Personal. Sie wollen bei allen Einzelheiten mehr Ausgaben. Zum Schluss wollen Sie auch noch mehr sparen. Ich will Ihnen gerade einmal ein Beispiel bringen: Finanzbeamte. Sie sagen immer, wir hätten die wenigsten Finanzbeamten. Das ist wahr. Aber Folgendes: Wir haben in Baden-Württemberg die besten Schüler. Wir haben die besten Lehrer. Wir haben die besten Unternehmer. Wir haben auch die besten Finanzbeamten. Deswegen schaffen sie mit weniger Köpfen und weniger Arbeitsaufwand die gleiche Arbeit wie die anderen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Schmid SPD: Deshalb verlieren wir 360 Millionen €! – Abg. Fischer SPD: Und wir haben die größten Bescheißer!)

Woran liegt es eigentlich, dass die Haushalte – unser Haushalt und diejenigen aller anderen – so schlecht sind? Dafür gibt es drei Gründe. Der Hauptgrund liegt ohne Frage beim Bund, zweitens im Finanzausgleich und drittens in einer Kombination aus beidem.

Nehmen wir zunächst einmal das, was Sie nicht gern hören: Als die mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 2004 aufgestellt wurde – das war im Jahr 2000 –, hat uns der damalige Finanzminister Eichel mitgeteilt, wir könnten in unserer mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2004 27 Milliarden € Steuern veranschlagen.

(Abg. Junginger SPD: Das entsprach den damaligen Werten!)

– Das entsprach der damaligen Steuerschätzung.

(Zuruf des Abg. Schmid SPD)

Heute haben wir 22 Milliarden €, 5 Milliarden € weniger, als uns vor vier Jahren gesagt wurde. Wenn wir diese Milliarden hätten, besäßen wir einen Überschuss von 3 Milliarden € gegenüber unserer Verschuldung.

(Abg. Junginger SPD: Und wann haben Sie das gemerkt? Doch nicht dieses Jahr! Vor zwei Jahren!)

– Wann wir das gemerkt haben? Wir haben das allmählich gemerkt, aber entscheidend ist doch, dass Sie im Bund eine so miserable Wirtschaftspolitik betrieben haben, dass die Steuereinnahmen entsprechend schlecht geflossen sind.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das nächste Problem: Es ist hier schon tausendmal gesagt worden, aber offenbar muss es wiederum gesagt werden: Sie haben eine Körperschaftsteuerreform gemacht, die dazu geführt hat, dass in den Jahren 2001 und 2002 bundesweit praktisch keine nennenswerte Körperschaftsteuer eingegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Die großen Unternehmen haben nicht nur keine Steuern bezahlt, sie haben sogar noch Steuern zurückbekommen.

(Abg. Dr. Scheffold CDU: Milliardenausfälle! – Zuruf von der CDU: Die Regierung der Bosse war das!)

Das muss man einfach mit aller Klarheit sagen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

In der gleichen Zeit, in der die Steuereinnahmen um 5 Milliarden € zurückgegangen sind, sind die Personalkosten jedes Jahr ganz beachtlich gestiegen.

Das Nächste, meine Damen und Herren: Sie sagen immer, wir sollen nicht von den anderen reden. Wir müssen das, denn wir zahlen natürlich ungeheure Summen in den Finanzausgleich ein. Baden-Württemberg zahlt zusammen mit dem Umsatzsteuerausgleich 4 Milliarden € an die anderen Länder.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Man muss sich das einmal vorstellen: 4 Milliarden € an die anderen Länder! Vieles würde ganz anders aussehen, wenn wir das nicht müssten.

Ich darf jetzt noch ganz wenige Sätze zu dem sagen, was unseren Haushalt auszeichnet. Es ist schon einige Male gesagt worden: Außer Bayern haben alle anderen Länder und vor allen Dingen auch der Bund eine wesentlich schlechtere Haushaltsstruktur.

(Minister Stratthaus)

Was zeichnet unseren Haushalt besonders aus? Ich möchte das offen sagen. Wir haben außergewöhnlich hohe Ausgaben für Bildung und für Universitäten, die höchsten in Deutschland. Ich muss Ihnen sagen, als Finanzminister bin ich alles in allem darauf auch etwas stolz – um das mit aller Deutlichkeit zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir haben schon viel von Investitionen geredet. Ich weise bei dieser Gelegenheit erneut darauf hin: Eine Investition ist nach unserer Definition zum Beispiel der Bau eines Spaßbades, der Bau eines Museums. Das sind alles Investitionen, während Ausgaben für die Universitäten und für die Schulen Konsum sind. Jetzt frage ich Sie aber: Was ist wichtiger für unsere Zukunft? Alles ist wichtig, aber es ist eine Tatsache, dass wir für Bildung und Forschung besonders viel ausgeben. Wir haben auch einen Vorteil davon, nämlich höhere Steuereinnahmen als die anderen.

(Abg. Hillebrand CDU: Viel Spaß!)

Aber die Steuereinnahmen bleiben nicht bei uns, sondern sie gehen über den Finanzausgleich an den Bund und an die anderen Länder.

Deswegen frage ich: Was können wir tun? Ich möchte noch einmal betonen, dass es mir sehr ernst damit ist, im Jahr 2008 die Nullnettoneuverschuldung zu erreichen. Ich gebe auch zu, dass einiger Mut dazu gehört, das heute zu fordern. Das ist keine leichte Sache, aber es muss ein Ziel sein; denn die Belastungen, die auf uns zukommen, die Belastungen über Zinsen – das ist heute schon einige Male gesagt worden –, die Belastungen über die Pensionskosten und vieles andere, sind so hoch, dass wir das Einzige, was wir auf diesem Gebiet machen können, auch machen müssen, nämlich die Verschuldung herunterfahren.

Wir werden weiter bei den Personalkosten sparen müssen. Wir haben damit bereits angefangen, und ich sage Ihnen, wir müssen in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit wesentlich weniger Personal auskommen, als wir heute haben. Ich meine damit, um das ganz klar zu sagen, nicht etwa ein Herabfahren der Besoldung. Wir werden in einigen Jahren sogar das Problem haben, gute Beamte zu bekommen.

(Abg. Zeller SPD: Das haben wir doch jetzt schon!)

Wenn die Jahrgänge kleiner werden, werden wir weniger Beamte, weniger Angestellte im öffentlichen Dienst haben. Diese müssen dann aber marktgerecht bezahlt werden, sonst werden wir unser blaues Wunder erleben. Die Verhältnisse sind in fünf oder zehn Jahren ganz anders.

(Beifall des Abg. Wieser CDU)

Wir müssen die Programme zurückfahren.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einen Satz zu NSI sagen: Ich habe manchmal das Gefühl, Ihre Feindschaft gegenüber NSI ist die Fortsetzung der Technikfeindschaft, die Sie in den vergangenen Jahren generell gehabt haben.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ach was! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wir sind technikfreundlich!)

Neue Methoden werden abgelehnt, und so verhalten Sie sich auch zu NSI. Wir müssen wissen, welche Abläufe die richtigen Abläufe sind. Wir brauchen Kostenklarheit, wir brauchen Transparenz. Das wird uns NSI bringen, und in fünf Jahren wird jeder fragen: Wie sind die vor fünf Jahren ohne NSI überhaupt ausgekommen?

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dederer?

**Finanzminister Stratthaus:** Die letzte. Ich bin auch fast am Ende. Bitte sehr.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Herr Finanzminister, ist Ihnen entgangen, dass ich in der Plenardebatte im letzten Jahr zu NSI sogar gefordert habe, NSI auf sämtliche im Zuge der Verwaltungsreform einzugliedernden Behörden auszuweiten? Ich war jemand, der NSI immer befürwortet hat, aber ich wollte es ganz oder gar nicht. Das, was wir jetzt haben, ist letztlich nur Rumpf-NSI.

**Finanzminister Stratthaus:** Das sehe ich überhaupt nicht so. Im Übrigen ist mir das tatsächlich entgangen. Ich freue mich, wenn Sie so hinter NSI stehen, und ich werde Sie in Zukunft als Zeugin zitieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, um es noch einmal zusammenzufassen – wir werden uns bei der dritten Lesung ja noch einmal treffen –: Dieser Haushalt steht unter ganz schwierigen Voraussetzungen. Ich glaube, wir haben eine gute Leistung vollbracht. Wir haben es geschafft, immerhin mehr als 1,2 Milliarden € einzusparen. Ich sage Ihnen, wir müssen auf diesem Weg weitermachen. Wir müssen in einigen Jahren die Nullverschuldung erreichen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

wenn wir vor der Zukunft und vor zukünftigen Generationen bestehen wollen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid.

**Abg. Schmid SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in der Debatte zwei Gesichter der CDU gesehen:

(Abg. Wieser CDU: Nur zwei?)

einmal das Gesicht des Büttnerredners des Mannheimer Karnevals

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Hauk CDU: Wenn man es selber nicht kann, soll man es lassen!)

und dann das Gesicht des Sündenbocks,

(Schmid)

(Abg. Wieser CDU: Sie sind nicht karnevalstauglich!)

der mein Sündenregister quittiert hat. Denn eines sage ich Ihnen, Herr Finanzminister: Auf alle Punkte, in denen ich dargelegt habe, dass Sie durch Tricksen und Schieben zu Einsparungen im Haushalt 2004 auf dem Papier gekommen sind, haben Sie keine Erwiderung gefunden, mit einer Ausnahme, nämlich dem Bestand der Verpflichtungsermächtigungen. Ich weise Sie nur darauf hin: „Bestand“ heißt für mich: alle Verpflichtungsermächtigungen, die in den vergangenen Jahren – und nicht nur im Vorjahr – aufgenommen worden sind, im Vergleich zu denen, die Sie abgelöst haben. Und da ergibt sich in der Tat eine Erhöhung, eine Differenz von 170 Millionen €, die Sie in die Folgejahre verschieben.

Sie haben versucht, die Schuld auf die Bundespolitik abzuwälzen und sich damit als Sündenbock zu entlasten. Ich sage Ihnen einmal eines: Sie haben selbst dargelegt, dass wir im vergangenen Jahr ein Rekordniveau an Steuereinnahmen hatten. Sie haben des Weiteren dargelegt, dass die Steuerschätzungen gemeinsam verabschiedet worden sind. Deshalb ist der Verweis auf die Steuerschätzung und auf Fehlentwicklungen bei der Steuerschätzung keine Entschuldigung dafür, dass Sie im Land die notwendigen Aufgaben nicht anpacken.

Ich habe darauf hingewiesen, dass in der mittelfristigen Finanzplanung schon bei einem von der Steuerschätzung einvernehmlich unterstellten starken Ansteigen der Steuereinnahmen Ihre Deckungslücke auf dem Weg zur Nettoullverschuldung im Jahr 2008 Jahr für Jahr über 3 Milliarden € beträgt. Diese Deckungslücke von 3,2 Milliarden € ist Ihre Aufgabe und hat mit der Frage, wie die Steuereinnahmen insgesamt laufen, nichts zu tun. Denn Sie unterstellen ja selbst in der mittelfristigen Finanzplanung dieses Wachstum der Steuereinnahmen und kommen trotzdem noch zu einer Deckungslücke von 3,2 Milliarden €. Das zeigt, dass Sie es in der Hand haben, diese Deckungslücke zu schließen. Ein Wachstum der Steuereinnahmen von mehr als 4 bis 5 % kann man realistischweise in den nächsten Jahren nicht unterstellen.

Zur Frage der Steuerbeamten will ich doch einmal eines deutlich machen: Der Ausweg in die Vereinfachung des Steuerrechts mag auf den ersten Blick charmant sein.

(Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe von der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Nur haben wir insbesondere bei den Betriebsprüfungen große Intervalle. Das führt natürlich dazu, dass wir bei weitem nicht so intensiv prüfen können, wie es angezeigt wäre, um Steuergerechtigkeit durchzusetzen. Wenn man jährliche Einnahmen von bis zu 1,3 Millionen € pro Betriebsprüfer unterstellt und dagegen stellt, dass ein Finanzbeamter im Schnitt 40 000 € pro Jahr kostet, dann haben wir doch eine breite Refinanzierungsspanne für jeden zusätzlich eingestellten Beamten.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU – Abg. Dr. Scheffold CDU: Ich rechne Ihnen einmal vor, wie das ist, Herr Kollege!)

Deshalb sage ich Ihnen: Flüchten Sie sich nicht in die billige Debatte über Steuervereinfachungen. Wir wollen Steuergerechtigkeit im Hier und Jetzt, und deshalb fordern wir eine Stärkung der Steuerverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ansonsten sagen Sie zu Recht, wir forderten seit langem die Auflösung der Landesstiftung. Andere Vorschläge wiederholen wir auch immer wieder, weil Sie ja keine Zustimmung erteilen.

(Abg. Wieser CDU: Wundert Sie das?)

Da bleibt uns gar nichts anderes übrig,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Von der Regierung kommt auch nichts Neues!)

als Sie immer wieder darauf hinzuweisen, . . .

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, darf ich um etwas mehr Ruhe bitten.

**Abg. Schmid SPD:** . . . dass Sie es in der Hand hätten, durch eine Neuordnung des Landesvermögens selbst Spielräume zu eröffnen. Da geht es auch gar nicht mehr um die Frage, ob das zulässig und rechtlich möglich ist oder dergleichen, sondern es geht nur um den politischen Willen. Der politische Wille ist bei uns da und bei Ihnen nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wieser CDU: Der Beifall zeigt die Zustimmung!)

Gleiches gilt für die Frage der Darlehensverkäufe. Sie weisen zu Recht darauf hin, dass wir dann beispielsweise beim Bund in der Schuld stehen. Aber wenn wir neue Darlehen für Ausgaben haben, haben wir ja wieder einen Darlehensbestand, also einen Forderungsbestand, und damit ist diese Verschuldung handhabbar. Wir haben das im Finanzausschuss mehrfach diskutiert, und Sie sind auch darauf eingegangen. Der Unterschied ist noch immer: Sie verkaufen Forderungen, um Haushaltslöcher zu stopfen, und wir wollen Forderungen verkaufen, um neue Wohnungsbaudarlehen zu vergeben und damit den Bestand an Forderungen konstant zu halten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist der Unterschied zwischen einer soliden, wachstumsorientierten Finanzpolitik und einer konservativen, mutlosen Finanzpolitik Ihrer Regierung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den

Einzelplan 06

Finanzministerium

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2806. Den Änderungs-

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

antrag werde ich bei dem entsprechenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Kapitel 0601  
Ministerium

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0602  
Allgemeine Bewilligungen

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0607  
Statistisches Landesamt

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0608  
Steuerverwaltung

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2846.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 0608 – Steuerverwaltung – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0609  
Landesvermögens- und Bauabteilungen  
(Abg. Fischer und Abg. Schmid SPD: Bis Kapitel 0618!)

– Danke schön. – Ich rufe auf

Kapitel 0609 bis Kapitel 0618

Wer diesen Kapiteln zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Kapiteln ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 0620

Betriebe und Beteiligungen (einschließlich Wirtschaftspläne der Landesbetriebe – Anlagen 1 bis 4 zu Kap. 0620)

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 06 angelangt.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2812 Abschnitt I. Die Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln und die Entschließungsanträge am Ende der Einzelplanberatung aufrufen und zur Abstimmung bringen.

Ich rufe von Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf

Kapitel 1201  
Steuern

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1202

Allgemeine Bewilligungen

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1204

Finanzausgleich zwischen Land und Bund sowie anderen Ländern

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Kapitel 1205  
Kommunaler Finanzausgleich

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/2852-1, 13/2852-2 und 13/2852-3.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/2852-1 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich lasse über den Änderungsantrag Drucksache 13/2852-2 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag Drucksache 13/2852-3 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über das Kapitel 1205 – Kommunalen Finanzausgleich – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1206

##### Schulden und Forderungen

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2852-4.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Kapitel 1206 – Schulden und Forderungen – abstimmen. Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1208

##### Staatlicher Hochbau

Wer diesem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1209

##### Staatsvermögen

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/2852-5 und 13/2852-6.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/2852-5 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über den Änderungsantrag Drucksache 13/2852-6 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 1209 – Staatsvermögen – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1210

##### Versorgung

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Reihe von Enthaltungen ist dem Kapitel zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1212

##### Sammelansätze

und dazu die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 13/2852-7 und 13/2852-8, sowie den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2852-11.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag Drucksache 13/2852-7 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über die beiden anderen Änderungsanträge, die Änderungsanträge Drucksachen 13/2852-8 und 13/2852-11 – sie sind inhaltlich identisch –, abstimmen. Wer diesen Anträgen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Anträge sind mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 1212 – Sammelansätze – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1220

##### Zukunftsoffensive II

Darf ich über die Kapitel 1220 und 1221 gemeinsam abstimmen lassen?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein!)

– Nein. – Ich lasse also zunächst über Kapitel 1220 – Zukunftsoffensive II – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1221

##### Zukunftsoffensive III

Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

#### Kapitel 1230

##### Neue Steuerungsinstrumente

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2852-9. Wer diesem Änderungsantrag zu-

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse nun über Kapitel 1230 – Neue Steuerungsinstrumente – abstimmen. Wer dem Kapitel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Kapitel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2812, und dazu zunächst den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2852-10, auf.

Wer dem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2852-12, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über Abschnitt II der Beschlussempfehlung Drucksache 13/2812 abstimmen. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II ist mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Zweiten Beratung des Einzelplans 12 angelangt.

Wir kommen nun in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g* über das

Staatshaushaltsgesetz 2004

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2813. Den dazu vorliegenden Änderungsantrag werde ich bei dem entsprechenden Paragraphen zur Abstimmung aufrufen.

Ich rufe auf

§ 1

Wer diesem Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Darf ich über die §§ 2 und 3 gemeinsam abstimmen lassen?

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Nein, getrennt!)

Ich lasse über § 2 abstimmen. Wer diesem Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer diesem Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2853. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse über § 4 abstimmen. Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Fischer SPD: Bis § 10!)

– Danke schön.

Ich rufe auf

§ 5 bis § 10

Wer diesen Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Paragraphen ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 11

Wer diesem Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 12 bis § 15

Wer diesen Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesen Paragraphen ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 16

Wer diesem Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Paragraphen ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Zweite Beratung des Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2004 ist damit abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen in der Zweiten Beratung zur *E i n z e l a b s t i m m u n g* über das

Haushaltsstrukturgesetz 2004

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2816 Abschnitt I.

Ich rufe unter Abschnitt I auf

Artikel 1

Änderung des Landesbeamtengesetzes

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte)

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Eingliederungsgesetzes

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Artikel ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2842.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Meine Damen und Herren, mit großer Mehrheit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über Artikel 3 abstimmen. Wer Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 3 ist mehrheitlich zugestimmt.

Kann ich im Folgenden zusammenfassen?

(Abg. Fischer SPD: Bis Artikel 8!)

Ich rufe auf

Artikel 4 bis Artikel 8

Wer den Artikeln 4 bis 8 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Artikeln 4 bis 8 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 9

Änderung des Pflichtexemplaregesetzes

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 9 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 10

Änderung der Beihilfeverordnung

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 10 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 11

Änderung der Heilfürsorgeverordnung

Wer Artikel 11 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 11 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 12

Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Entschädigung der Gemeinden für Leistungen im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Wer Artikel 12 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 12 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 13

Schlussbestimmungen

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 13 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt II und Abschnitt III der Beschlussempfehlung Drucksache 13/2816 auf. Wer diesen Abschnitten zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diesen Abschnitten ist einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren,

die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. Januar 2004 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Haushaltsstrukturgesetz 2004“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den

Mittelfristigen Finanzplan des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2003 bis 2007

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Zur Kenntnis nehmen! – Abg. Fischer SPD und Abg. Heike Dederer GRÜNE: Kenntnisnahme!)

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/2815. Der Finanzausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Finanzministeriums vom 13. Januar 2004, Drucksache 13/2790, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung abgeschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 4. Februar 2004, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Schluss: 15:56 Uhr**